Infoladen
Koburger Str 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

ARCHIVEXEMPLAR
KEIN VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG

diskus

Frankfurter StudentInnen Zeitschrift · Bis OF gratis, auswärts 2,5 Euro

Nr. 1.03 · VII 2003 · 52. Jhg.

inhalt

langarm:

soziale uni –
UNI SOZIAL?

s. 05

QUEERING sozialstaat – ueber sexualitaet im arbeitsprozess, über ich ag´en und queere kritik am hartz-konzept

s. 12

GENDER makes the world go around – geschlecht und globalisierung

s. 22

ARBEIT total – die schroederschen sozialreformen

s. 29

Bewaehrte gewerkschaftspolitik oder KAMPF um soziale transformation?

s. 37

kurzarm:

sozialSTATTstaat?
s. 06

PRIMA leben und sparen
s. 07

life-work-BALANCE
à la grecque
s. 10

SICK of it all
s. 11

GESUNDheitsmanager
s. 22

farewell WELFARE
s. 25

beWERBUNGSmanager
s. 25

hallo PARTNER!
s. 28

i´m A pretender
s. 30

neue OEKonomische POLitik
s. 31

garip dünya:

WHY DO YOU LIVE IN A TRUCK?
s. 36

ENTLEERTE ZEIT. DAS GEHARTZER PROGRAMM
s. 45

VERFASSUNGSFEINDLICH WOHNEN
s. 47

DIE GEFAHR SEID IHR ALLE
s. 48

NICHT BESTIMMUNGSGEMÄßES VERWEILEN
s. 49

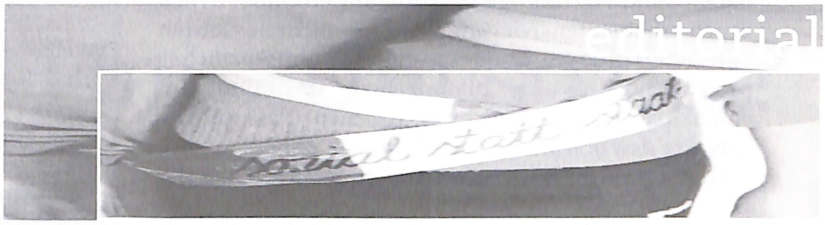
ANGEGRIFFENE TRADITION
s. 50

INDETERMINATE!
s. 52

impressum

s. 55

extoptionen



[intro]

das kommunistische ideal, dass ein jeder mensch morgens fischen, mittags viehzucht und abends philosophie betreiben können sollte, ist von der kapitalistischen wirklichkeit eingeholt worden. das gefängnis einer arbeitsteilung auf lebenszeit, welches die lohnarbeiterInnen lebenslang in die zelle eines berufes zwang, wurde durch die praktische kritik feministischer und antiautoritärer bewegungen geknackt. damit gerät nun auch die stabilität der über lohnarbeit konstruierten identität, die den beruf als berufung setzt, ins wanken. wer brot backt, kann kein bäcker mehr sein, weil die nächste rationalisierungswelle das backen zur lebensabschnittstätigeit erhebt. insofern mit neuer heimarbeit, ›soft skills‹, dem zunehmen weiblicher arbeitskräfte und der vermischung von arbeit und zuhause die strikte trennung von produktions- und reproduktionssphäre morsch wird, erhält auch die konstruktion zweigeschlechtlicher identitäten, die in dieser trennung ihre materielle basis hatte, brüche. dekonstruktivistische feminismen spiegeln als innerfeministische auseinandersetzung diese von der feministischen bewegung forcierte bewegung der kapitalistischen geschichte. wenn die strikte arbeitsteilung der produktivkraftentfaltung disfunktional geworden ist, dann könnte doch der neue mensch morgens programmieren, mittags ehrenamtlich kranke pflegen und abends eine fortbildung besuchen. das kapitalverhältnis etabliert diese möglichkeit dagegen als zwang (ohne dabei die klassenverhältnisse aufzuheben). das schlagwort heißt flexibilität.

flexibel ist mensch, wenn jeder job zu jeder zeit und zu jeder bedingung erledigt wird; unflexibel, wer in der sozialen hängematte auf »seinen« beruf wartet. bisher haben die verkrusteten sozialstaatlichen strukturen zu solchem anspruchsdenken eingeladen. somit ist das problem und seine lösung bereits ausgemacht: der verkrustete staat und die unflexiblen subjekte!

[übergang]

dieses mal wurde die redaktionsarbeit zum eigenexperiment: schröders regierungserklärung verschärfte die demontage zu einer kriegserklärung der bessergestellten an die zunehmende zahl der überflüssigen. ihre arbeit ist keine gesellschaftlich notwendige arbeit, bei knappen profiten ist ihre ruhigstellung auf dem minimum zu teuer geworden. nun sind sie auch noch selbst dran schuld. aber die gegenwehr bleibt schwach. über arbeit funktioniert gesellschaftliche wertstellung, wer immer wieder zu sinnlosem rumsitzen auf ämtern gezwungen und in zwangsmaßnahmen wie bewerbungs- und windows/officeschulungen gesteckt wird, wird nicht zur kämpferIn. zwar war die meinung in der redaktion übereinstimmend, dass zum sozialstaatsabbau die radikale linke seltsam schweigsam bleibt, aber auch die eigene begeisterung für das thema blieb mäßig. eine uns plausibel scheinende antwort ist, dass unsere eigenen lebensverhältnisse bereits im doppelten sinne flexibilisiert sind. haben doch viele die emanzipatorischen kritik an den bürgerlichen institutionen verinnerlicht. der stumpfsinn des normalarbeitsverhältnis, die miefige vater-mutter-kind-familie mit ernährer und reproduktionsarbeiterin etc. werden auf dem müllhaufen der geschichte geworfen. als veranstaltungsagentur oder grafikerIn arbeitet mensch, wann er lust hat, mal rund um die uhr, am stück faulenzend, wenn nichts zu tun oder genug kohle da ist. flexibilisierte lebenswege also. nur passt das auch nahtlos in die flexibilisierung von oben. sozialstaatliche arrangements sind aber an kleinfamilie und normalarbeitsverhältnis gebunden, so dass kaum eine(r) von uns überhaupt ansprüche auf arbeitslosengeld erwirbt oder noch an eine zukunft mit einer rente wie die unserer eltern rechnet. hat dieser kampf also wenig mit unserem alltag zu tun? warum intervenieren, wenn das feld von miefigen gewerkschaftern beherrscht wird, denen nicht viel mehr als das co-management der standortsicherung einfällt?

[übergang]

kommunistische kritik kann nicht indifferent bleiben gegen die veränderung der kräfteverhältnisse; sie hat einen zeitkern. was kommunismus heißt, muss in jeder historischen situation neu bestimmt werden. wie sich an die bürgerlichen ideologien der freiheit und gleichheit anknüpfen ließ, um ihr transzendierendes moment gegen ihre strategische intention und herrschaftstabilisierende funktion zu kehren, so können heute die ideologischen produktionen angeeignet und rückangeeignet werden. das geht, weil jede bürgerliche ideologie einen überschuss hat, besser sein muss als die wirklichkeit, sonst wäre sie nicht das, was sie ist, sondern reine beschreibung der realität. wären die leute heute zufrieden, wenn die humanitäre intervention angriffskrieg hieße und die hilfe zur (wieder-)eingliederung in den arbeitsmarkt arbeitszwang, dann könnte auf solche lügen verzichtet werden. flexibilität und eigenverantwortung stehen also nicht per se auf der seite der gegenerInnen. dies gilt umso mehr, als diese begriffe linken kritiken entwendet wurden. eigenverantwortlichkeit ist vernünftig, wenn die subjekte nicht für bedingungen zur verantwortung gezogen werden, die sie weder geschaffen noch gewählt

haben. eine vernünftige reaktion auf erhöhten druck durch arbeitsintensivierung wäre also nicht das leisten von überstunden, sondern eigentverantwortliches produktionsdrosseln, blaumachen. flexibilität im emanzipatorischen sinne hieße also nicht, dass sich die subjekte den objektiven erfordernissen anpassen, sondern umgekehrt die gesellschaft den bedürfnissen der sie konstituierenden menschen. die arbeitszeit muss flexibel sein, um sich nach meinen schlafgewohnheiten zu richten, und das kapital muss flexibel sein, um jeden wohnortwechsel mitzuvollziehen. diese realpolitischen forderungen haben die objektiven bedingung ihrer möglichkeit in einer produktivkraftentwicklung, die es den kapitalistischen gesellschaften erlaubt, sich eine gewaltige arbeitslosigkeit zu leisten ohne nennenswerte produktivitätseinbußen. je höher die arbeitslosigkeit, umso mehr eigenverantwortlichkeit ist möglich, umso mehr flexibilität lässt sich von staat und kapital erwarten. dies im sinne einer klassischen angebotsorientierten politik oder einer marktlichen selbstregulierung: wenn das kapital keine nachfrage für seine bad- und sweatjobs findet, dann heißt das nicht, dass die sozialhilfe abgesenkt werden muss, bis die leute bereit sind, auch solche jobs anzunehmen, deren lohn unterhalb des sozialhilfeniveaus liegt. nicht die arbeitsnachfrage ist das problem, sondern: komfortablere arbeitszeiten, luxuriösere löhne – und »the invisible hand« würde sich dem problem schon von selbst annehmen.

[übergang]

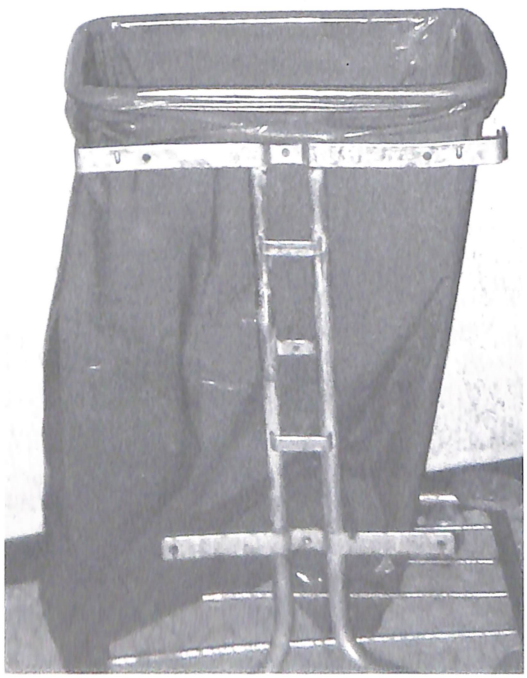
gemeinsam standort sichern ist das schlagende argument. dieser wird vom frei fließenden kapital nur genutzt, wenn es entsprechende bedingungen für seine verwertung vorfindet, so die mär der neuen freunde und förderer des standortes. der dann produzierte mehrwert – wohlstand – stehe der gemeinschaft der fleißigen und pflichtschuldigen deutschen zu, genommen werde er uns jedoch von asylbewerberInnen, migrantInnen, arbeitslosen, sozialhilfeempfängern, kranken, obdachlosen und all denen, die nicht zur verwertung taugen. im zentrum steht also mal wieder das ›auf unsere kosten‹-argument, allerdings treibt diese ideologische produktion auf ihren widerspruch zu. die schädlichen anderen liegen der gemeinschaft der guten deutschen so nahe wie selten: droht doch überall für immer mehr menschen (und eben auch den meisten, die im deutschen ›wir‹ zusammengeschweißt werden sollen) immer öfter arbeitslosigkeit und krankheit zum existentiellen risiko zu werden. das falsche bewußtsein der nationalistisch-chauvinistischen ›wir‹-produktion hat keine überschüsse, die weiter getrieben werden könnten und kann deshalb nur bekämpft werden. die materielle stellung – die altmodisch gewordene klassenlage – ist der theoretische und praktische ausgangspunkt für eine emanzipative position: wir, das sind all die menschen in der weltweiten wertvergesellschaftung, denen ein gutes leben verwehrt bleibt.

die red.

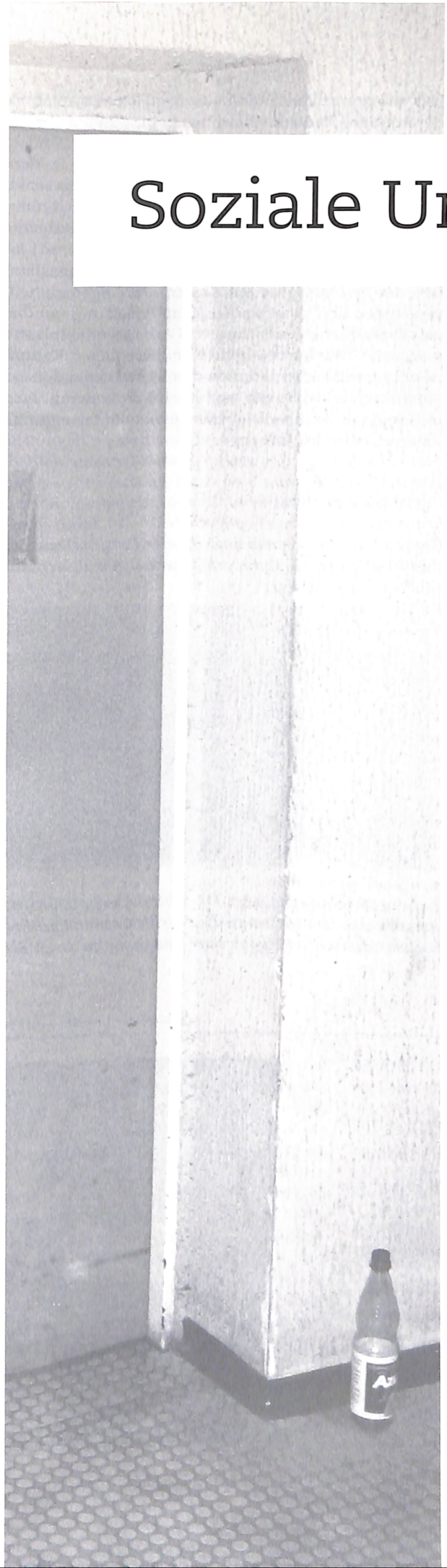
die redaktion lädt – same procedure as every heft – zu kekschen, wein und heftkritik:

mittwoch, den 22. oktober 2003 um 20.00 uhr

im diskusraum, studierendenhaus, raum b 106.
zum anderen ist eine release-party geplant. haltet ausschau nach weiteren informationen ...!



Soziale Uni – Uni sozial?



Der Turm – unendliche geistige Weiten – oder auch nur der materielle Ort geisteswissenschaftlicher Produktion in Frankfurt: Auf dem Weg zum Seminar erklimmt ein Student in Zeiten chronisch überlasteter oder ausgefallener Aufzüge das zweite Stockwerk. Das Flair der 70er Jahre: orangene Türen, angegraute, gelblich gestrichene Wände, welche derzeit von den Zeichen vergangener studentischer Aneignungen, Plakaten und gesprühten Sprüchen befreit werden. Oben angekommen Lärm und Tumult im sonst eher ruhigen Stockwerk: Ein junger Mann brüllt Unverständliches, Rangelei, Schläge werden ausgetauscht. Der Mann bedrängt einen anderen, der Angegriffene wehrt sich. Das Ganze wird umringt von einer handvoll »nichtdeutschen« Frauen und Männern. Als der Student auf der Bildfläche auftaucht, beruhigt sich die Situation. Der angegriffene Mann wendet sich an ihn. Er scheint ein Vorgesetzter zu sein und behauptet, der Angreifer habe angefangen und seine Arbeit nicht gemacht. Schnell stellt sich heraus, dass der Grund der Auseinandersetzung ein nicht ausbezahlter Lohn für eine Reinigungskraft ist. Der angreifende junge Mann ist entlassen worden. Der Student schaut ein wenig verwundert und fragt sich, wie er sich verhalten soll. Die Bullen rufen? Der Angegriffene, etwas älter und gesetzter, hat jetzt das Handy am Ohr und telefoniert offensichtlich mit seinem Chef. Die Lage scheint sich beruhigt zu haben, der Student geht zögernd weiter in sein Seminar.[1]

Was sich hier abgespielt hat, ist kein Einzelfall, sondern eine – wenn nicht die – neue Form, die Arbeitskämpfe im und um den Sozialstaat derzeit annehmen. Als Einzelner steht der junge Migrant vor seinem Vorarbeiter, der seinen Arbeitgeber repräsentiert. Er ist bereits entlassen und ob er nun seine Arbeit tatsächlich nicht oder schlecht gemacht hat, spielt keine Rolle mehr. Wahrscheinlich wird die Arbeit schon von einem anderen erledigt. Er scheint jedoch zu hoffen, in der körperlichen Auseinandersetzung seine Lohnnachforderungen noch durchsetzen zu können. Der Kampf um Entlohnung und Arbeitsrechte findet hier, weit ab vom Kern der Institutionen, seinen Ausdruck. Im Vergleich zu den 70er Jahren erscheint der Kampf als individueller, als Kampf von einzelnen »Privatpersonen« um ihren Lohn. Was sich oben als etwas merkwürdige Situation und Einzelfall darstellt, repräsentiert und symbolisiert die Arbeitsverhältnisse der prekarisiert Beschäftigten.

Sozialstaat

In der derzeitigen Debatte wird der Sozialstaat oft nur als Institution verstanden, die unmittelbare soziale Leistungen an bedürftige BürgerInnen wie Arbeitslose oder SozialhilfeempfängerInnen auszahlt. Dieses Verständnis greift jedoch zu kurz und verhindert, Kämpfe wie den obigen zu verstehen.

In den Debatten der 60er und 70er Jahre wurde der Sozialstaat noch viel umfassender konzipiert. Die ökonomische Entwicklung galt grundsätzlich als steuer- und beherrschbar. Die Theorie des Keynesianismus versprach, dass mit kontrazyklischen Interventionen des Staates die wirtschaftliche Entwicklung in gleichmäßige Bahnen gelenkt werden könne. Staatliche Verschuldung finanzierte die Investitionen und Ausgaben, die in der ökonomischen Krise die private und unternehmerische Nachfrage anregen sollten. Tatsächlich war die Zeit bis zum Ende der 70er Jahre von einer relativ starken Konjunktur geprägt, so dass man annahm, auch weiterhin die wachsenden staatlichen Schulden später aus den ebenso wachsenden Steuereinnahmen bezahlen zu können.

Die gesellschaftliche Steuerung durch den Staat wurde jedoch nicht als allein ökonomische Anpassung der Nachfrage an die Produktion verstanden. Der Staat sollte allen seinen BürgerInnen Zugang zum erwirtschafteten Wohlstand gewähren können. Dies sollte nicht nur durch staatliche Umverteilung und Steuerung der Rahmenbedingungen geschehen (wie die den Korporatismus ermöglichende Tarifgesetzgebung oder der Aufbau eines breiten Bildungsapparates), sondern auch durch die Vorbildfunktion und Maßstabssetzung im wachsenden staatlichen Sektor. Arbeitszeitregelungen, ArbeitnehmerInnenrechte, Aus- und Fortbildung etc. wurden erkämpft, aber auch von oben gewährt. Die Einhaltung erkämpfter ArbeitnehmerInnenrechte wurde durch die breite gewerkschaftliche Organisation »überwacht«. Auch dies war integraler Bestandteil sozialstaatlicher Organisation.

Das erweiterte Verständnis des Sozialstaates spielt in der heutigen Debatte allerdings keine Rolle mehr. In der derzeitigen Reorganisation wird Arbeit nur noch unter dem Kostengesichtspunkt betrachtet. In den Auseinandersetzungen werden massiv Löhne gesenkt oder (wettbewerbliche) Mechanismen zur Lohnsenkung eingebaut. In der Folge werden die Arbeitskämpfe der Beschäftigten im öffentlichen Dienst vor allem als rücksichtslose Verteidigung von Besitzständen der Beschäftigten auf Kosten der Allgemeinheit verstanden und nicht als Auseinandersetzung um die gesellschaftliche Gestaltung von Arbeitsverhältnissen insgesamt. Wird in einigen Bereichen dieser Kampf noch in fordistischen Formen der Tarifauseinandersetzung offen ausgetragen, so hat sich in anderen, wie in der eingangs beschriebenen Auseinandersetzung, schon ein Wandel vollzogen.

Umbau der Uni

Gegen 17.30 Uhr kommt immer dieselbe Putzfrau[2] von der Reinigungsfirma ins Büro, grüßt zurückhaltend, leert die Mülleimer, wischt über die Tische und alle paar Tage saugt sie den Teppich. Letzte Weihnachten hatte die Mitarbeiterin, die das Büro nutzt, ihr eine Kleinigkeit geschenkt und immer wieder versucht ein paar Sätze mit ihr zu wechseln. Ein schwieriges Unterfangen, da die Frau kaum ein Wort Deutsch spricht und sich auch sonst keine gemeinsame Sprache findet. Die Mitarbeiterin fühlt sich immer wieder unwohl, wenn dieser stille Geist in ihr Büro kommt, manchmal springt sie auf und reicht ihr den Mül-

---

sozialstattstaat?

shortestshortstorys von absurd bis gewieft

Hast du schon mal deine krankenkasse beschissen? Oder besonders effektiv krank gefeiert? Hast du listig deine rentenversicherung verunsichert? Oder dich in unendlichen briefwechseln mit dem arbeitsamt verfangen? Hast du bewerbungen gefaket und dir dein arbeitslosengeld verlängert? Bist du schonmal in eine arbeitszwangsmaßnahme gerutscht? Oder konntest diese mit anwaltlicher hilfe oder selbstverantwortlicher sturköpfigkeit umgehen? Hast du in warteschlangen die atmosphäre der sozialämter geatmet und die dialoge anderer arbeitsfreier belauscht?

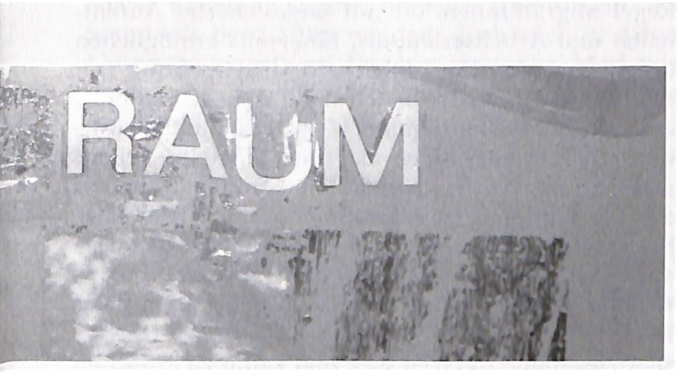
Oder hast du dich in den kafkaesken gängen der bürokratie verlaufen? Bist du eine survivor-expertin fürs überleben in der sozialen hängematte, eine professionalisierte sozialschmarotzerin? Oder hast du im umgang mit den agenten des arbeitsfetischs fehler gemacht, deren wiederholung du nicht raten möchtest und die zu vermeiden du helfen kannst? Bist du das scheitern der subversiven ich-ag?

[aufruf der red.]

leimer. War es nicht komisch, dass sie sich fast jeden Tag sahen und nichts voneinander wussten? Deswegen die vielleicht etwas hilflosen Versuche einer Kommunikation.

Doch an diesem Tag ist es anders. Die Frau kommt ins Büro und reagiert auf den Gruß nicht wie sonst mit einem zurückhaltenden Lächeln sondern fängt an zu weinen. Sie sei entlassen worden, da ihre Firma keine Aufträge mehr an der Universität habe und ihr Chef sie deswegen nicht mehr bezahlen könne.

Wurde lange Zeit die Reinigung der universitären Gebäude von Angestellten der Universität und damit des Staates selbst vorgenommen, hat sich dies entscheidend gewandelt. Heute sind die alten universitären Reinigungskräfte längst in Rente und die Reinigungsleistungen werden von der Universitätsverwaltung öffentlich ausgeschrieben. Private Reinigungsfirmen erbringen die Leistung. Dazu wird zunächst der Umfang der Reinigungsleistungen in einem Ausschreibungskatalog durch die Universitätsverwaltung bestimmt. Diese werden dann für eine bestimmte Zeit – an der Uni für ein Jahr – öffentlich ausgeschrieben. Der billigste private Anbieter der Leistung erhält den Zuschlag. Dieses Verfahren soll in Zeiten knapper öffentlicher Kassen die als ineffizient ausgemachte Leistungserbringung des Staates durch die effizientere privatwirtschaftliche – wettbewerbsorientierte – Erstellung der Reinigungsleistung ablösen – so zumindest die neoliberale Vorstellung der »Modernisierer«. Was im Neusprech Effizienzsteigerung und Aufbrechen verkrusteter staatlicher Strukturen genannt wird, bedeutet jedoch, dass die Beschäftigungsverhältnisse sowohl im Sektor der Gebäudereinigung als auch in anderen Niedriglohnbereichen bei unveränderten Aufgaben aus den Regelungen des öffentlichen Dienstes und damit den vormaligen sozialen »Maßstäben« bewusst heraus genommen werden. Diese sind somit keine »Normalarbeitsverhältnisse« mehr, sondern werden in viele kleine »geringfügige« Beschäftigungsverhältnisse in privaten Unternehmen aufgeteilt. Zwar verkünden die Protagonisten des staatlich inszenierten (Ausschreibungs-)Wettbewerbs, dass soziale Standards wie Tariflohn und Rechte der Beschäftigten etc. in die Ausschreibungskataloge aufgenommen werden könnten. Immer wieder zeigt sich jedoch, dass sie entweder nicht enthalten sind oder wenn doch, von den Unternehmen nicht eingehalten werden.



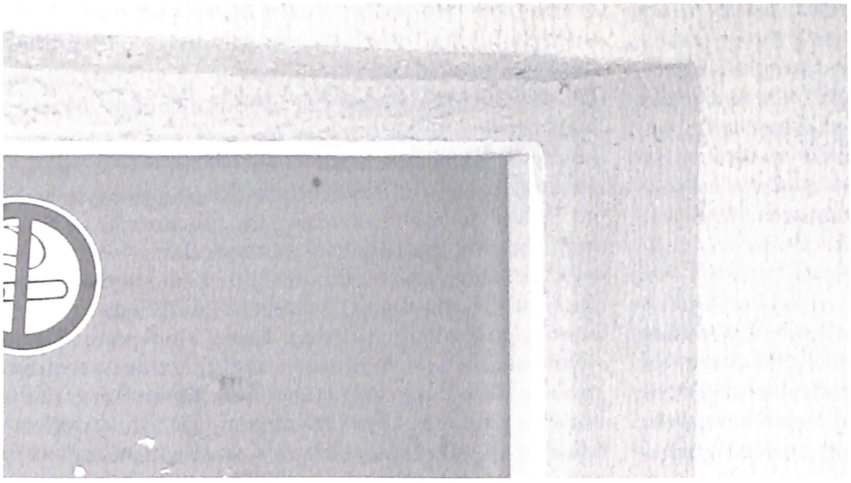
Effiziente Arbeit

Da Reinigungsleistungen im wesentlichen aus direkter menschlicher (Hand-)Arbeit und nur zu einem geringen Teil aus dem Einsatz technischer Geräte bestehen, wird der Ausschreibungswettbewerb zu einem Wettbewerb um die geringsten Personalkosten. Das erzeugt einen enormen Druck auf die Löhne aber auch auf die ArbeitnehmerInnen während der Arbeit selbst. Zum einen sehen sich diese mit der Anforderung konfrontiert, immer mehr Aufgaben in immer kürzerer Zeit erledigen zu müssen. Einzelnen ArbeitnehmerInnen werden bestimmte Aufgaben oder ein Objekt (z. B. ein Gebäude oder Gebäudeteil) übertragen, wofür sie eine bestimmte Anzahl von Stunden bezahlt werden. Meist sind aber die Aufgaben nicht in der vorgesehenen Zeit zu schaffen, so dass dies durch unentlohnte

»Prima leben und sparen«

Im vollen Bewusstsein der Demütigungen des Konsums, wandelte ich mal wieder an den Geschäften vorbei, drückte mir die Nase an den Scheiben platt und wollte all die schönen Dinge dahinter. Ein Stolpern, die Parole »Gegen den Sozialabbau – organisiert den Kaufhausklau!«, Irritation, ja Diebstahl ist doch auch ne Taktik: gegen den Lohnklau, Zeitklau, Lustklau sich das schöne Leben anzueignen. Wow, dachte ich, das hast du dich ja auch schon ewig nicht mehr getraut. Eigentlich war bei mir auch die Luft raus, als ich vor ein paar Jahren im Minimal beim Klau eines Pelikano-Füllers just den jungen Mann beim Einstecken des Markenproduktes so entwaffnend anlächelte [so kam ich doch bisher immer durch], der mir dann Minuten später kurz vor dem Ausgang genauso freundlich lächelnd entgegentrat und seinen Detektivausweis hinhielt. Erwischt. Oh je! War mir das peinlich, mit einem Pelikano-Füller! Aber das Unwohlsein kam eigentlich eher über das Alleinsein – keine »partners in crime« um den Misshergang hinterher in Kritik-Selbstkritik-Runden zu besprechen. Nun, die Sache kostete 300 DM, aber seitdem rechne ich doch vorher immer durch und versuche die schönen Dinge Dinge sein zu lassen.

Meine besseren Erfahrungen gegen das System machte ich, wie so oft, in der Gruppe. Einige Zeit vor meinen Minimal-Schicksal trafen sich einmal die Woche Delegierte mehrer WGs, um in einem Auto durch Frankfurt und Umland zu ziehen – eben in die Viertel, wo wir nicht wohnten – und dort im Team einzuklauen. Da es dort noch Supermärkte gab, die entweder – ganz billig – eine Lichtschranke oder zumindest ein relativ unbeobachtetes Drehkreuz besaßen, über das man leicht einen Einkaufskorb drüber heben konnte, nutzten wir diese Eventualitäten gnadenlos aus. Im Zweifelsfall, gerade im Sommer, gab's immer noch die Ausrede: »... ich muss noch mal nach draußen, die Orangen von der Auslage mitnehmen«. Doch eigentlich benötigt haben wir diese nie. Besonders die Märkte der Schade-Kette hatten diese Methode nicht auf ihrem Scanner. So ließen wir uns Zeit, auch Zeit alles zu beobachten und wurden darin immer sicherer. Hatten auch die Gewissheit, dass sich im Notfall einEr dazwischen stellt oder halt das Blumenregal umschmeißt. Insgesamt schulte das nicht nur – im Gegensatz zum üblichen Ware-in-



Mehrarbeit von den Reinigungskräften aufgefangen werden muss, wenn sie den Job behalten wollen.

Zum anderen führt ein Mechanismus, den man »Beschwerdeprinzip« nennen könnte, zu starkem Druck auf die Reinigungskräfte. Bei diesem Mechanismus ist das maßgebliche Kriterium, ob und wie oft ein Bereich gereinigt wird, faktisch nicht vom Ausschreibungskatalog abhängig, sondern von den Beschwerden der NutzerInnen des jeweiligen Bereiches. Wird sich häufig und von in der Wahrnehmung der Reinigungskräfte hoch stehenden Personen beschwert, wird entsprechend häufig und gründlich gereinigt. Die übrigen Bereiche werden hingegen nicht mehr so häufig oder nur noch oberflächlich gereinigt. Da die Reinigungskräfte meist direkt mit den Beschwerden konfrontiert werden, übernehmen sie unfreiwillig eine Vermittlerposition zwischen den Ansprüchen der Auftraggeber und den Reinigungsunternehmen. Dabei erhöhen die Beschwerden den Druck auf die ArbeitnehmerInnen, da sie auch hier fürchten müssen, ihren Job zu verlieren, wenn zunächst nur ihnen gegenüber geäußerte Beschwerden auf »offiziellem« Weg die Reinigungsfirma erreichen. Oft wird versucht, solche »offiziellen« Beschwerden durch Mehrarbeit zu verhindern, ohne dass dies vom Unternehmen direkt eingefordert werden müsste.

Beide Mechanismen, sowohl unbezahlte Mehrarbeit zu erzwingen, als auch die »Optimierung« durch das Beschwerdeprinzip, erzeugen hohen Druck auf die ArbeitnehmerInnen und intensivieren die Arbeit immer wieder neu. Sie werden zum einen durch die Ausschreibungen strukturell erzeugt und zum anderen von den Reinigungsunternehmen bewusst einkalkuliert.

Unsichtbar

Abhängig von Jobs in Reinigungsfirmen sind in der Regel MigrantInnen, oft mit ungesicherter Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis. Einerseits ermöglichen die mangelnden Kontrollen und Überwachung von Arbeitsrechten das Arbeiten ohne Arbeitserlaubnis, andererseits sind besonders rassistische und sexistische Diskriminierungen bei der Einstellung und während der Arbeit Realität. Die konkrete Situation der Beschäftigten zu erforschen, gestaltet sich aber besonders schwierig, weil diese Arbeitsverhältnisse auch und gerade an der Universität systematisch unsichtbar gemacht werden. Für die Gebäudereinigung ist allein eine zentrale Verwaltungseinheit der Universität zuständig, die weit weg und kaum zu erreichen ist. Informationen zu den Vergaberichtlinien werden von ihr auf Nachfrage wie Geheimnisse behandelt und nicht ohne weiteres weiter gegeben, der Namen der beauftragten Firmen taucht im universitären Alltag

---

aller-Heimlichkeit-verschwindenlassen – die kriminelle Energie, sondern auch den mikrosoziologischen Blick auf das class/race/gender/consumer-Verhalten in HL- oder Tengelmann-Märkten, die Streuung der Klientel über verschiedenen Uhrzeiten: morgens mehr Hausfrauen oder Arbeitslose, mittags SchülerInnen [super, mit denen waren sie beschäftigt] abends war's dann manchmal auch zu voll: »das Leben nach dem Business kann ganz schön hektisch machen«. Die Märkte im Umland waren zwar sehr betulich und verschlafen, dafür warst du ab 5km hinter der Stadtgrenze oft schon das Alien. Das schulte natürlich auch Techniken wie Verkleidung und Performanz: etwas bessere Klamotten, aber nicht zu dick aufgetragen – oft gab es schon große Lacher, wenn sich einige versuchten, betont bürgerlich zu kleiden, aber als Vorlage wohl eher den 1973 er Neckermann-Katalog benutzten. Natürlich führten auch diese Taktiken früher oder später zum typisch kleinkriminellen Größenwahn – statt Einkaufskörben gleich Einkaufswagen rausschieben: »Lass uns Vokü zum Nulltarif machen«, »Warum hast du die billige Marmelade genommen und nicht die von Mövenpick?« – »Äh, die Vierfrucht schmeckt mir besser« – »Ach so!« Der Spaßfaktor war enorm viel höher als beim individuellen Einkauf – auch konnten wir uns so gleich verbunden fühlen mit den Massen der Welt – »Bildet Banden!« usw. Doch in die Kaufhäuser trauten wir uns nicht, die elektrischen Piepser, auch wenn anfangs oft fake, waren uns suspekt. Zwar war in der radikal immer so eine Sozialrevoluzzer-Serie[1] mit tollen Tipps wie der doppelbödigen Tasche – aber allein die Konstruktionsanleitungen trieben mir immer schon den Schweiß auf die Stirn und ich sah mich wochenlang in Papas Heimwerkerkeller am Rumtüfteln, und das war es mir dann doch nicht wert.

Mittlerweile sind Piepser Standardausstattung und auch sonst hat innenarchitektonisch die präventive Aufstandsbekämpfung zugeschlagen. Die luschigen Schade-Märkte (jetzt Tengelmann) haben meist am Drehkreuz noch ne Kleinbäckerei installiert oder irgendein Fuzzi macht dort Produktpräsentation. Die unübersichtlichen Yucca-Palmen zwischen Kasse und Ausgangsbereich werden auch seltener und die teuren Mach3-Rasierklingen gibt's sowieso nur hinter Gitter

nicht auf. Folglich ziehen für die meisten NutzerInnen irgendwelche Unbekannten am frühen Abend oder Morgen durch den Turm und beseitigen die schmutzigen Hinterlassenschaften des Studierens, Lehrens und Forschens. So hat die im Turmgebäude stattfindende geisteswissenschaftliche Produktion strukturell und systematisch nichts mit der Realität ihrer manuellen Voraussetzungen wie der Reinigung zu tun. Wenn sie trotzdem versucht, sich mit diesen Bedingungen in ein Verhältnis zusetzen, dann bleibt dies oft ein nachträglich abstrakter Versuch. Die Arbeitsverhältnisse und die Menschen in ihnen werden erst in einem nachträglichen Akt sichtbar gemacht, anstatt sie von vorn herein mitzudenken.

Deswegen wissen wir über die tatsächlichen Arbeitsbedingungen von Reinigungskräften nur wenig bis gar nichts und es gibt nur sehr wenige Untersuchungen zu diesem Thema. Eine Diplomarbeit von 2002 kann trotz der geringen vorhandenen Literatur sowie dem schwierigen Zugang zu diesem Gebiet von Arbeitsverhältnissen einige Ergebnisse vorweisen.[3] Zwar ist der Zugang zu den so genannten »schwarzen Schafen« der Branche bei Recherchen so gut wie unmöglich und es gibt fast nur Informationen über solche Reinigungskräfte, die nach arbeitsrechtlichen Standards beschäftigt werden, doch auch in diesen Unternehmen wirken die oben genannten Mechanismen von unbezahlter Mehrarbeit durch Verkürzung der bezahlten Stunden bei gleich bleibender Arbeit.

Öffentlich / Privat einmal anders

Öffentliche Auftraggeber machen in der Ausschreibung durchaus bestimmte Mindestbedingungen für ArbeitnehmerInnen in den Vergaberichtlinien zu Vertragsbedingungen. Die Einhaltung wird jedoch so gut wie nie überprüft, was zu systematischer Missachtung führt. Ein Beleg mehr dafür, dass sich die Vorgaben der öffentlichen Einrichtungen – auf der einen Seite arbeitsrechtliche Standards einhalten zu müssen, auf der anderen Seite das günstigste Angebot annehmen zu müssen – grundlegend widersprechen und ohne Kontrollen zu Ungunsten der Beschäftigten allein in eine Richtung entschieden werden. Es zeigt sich, dass öffentliche Auftraggeber nicht mehr wie früher eine wie auch immer geartete Vorbildfunktion für Beschäftigungsverhältnisse abgeben oder Maßstabscharakter für die private Wirtschaft haben, sondern dass das Gegenteil Realität ist. So entsteht eine Situation in der private Auftraggeber bereit sind, in bestimmten Bereichen mehr zu zahlen und öffentliche Aufträge von manchen Reinigungsunternehmen nicht mehr angenommen werden, da ihre Kalkulation oft zu knapp wird.

Vormals wurden von staatlichen Einrichtungen Reinigungstätigkeiten höher entlohnt als von privatwirtschaftlichen Unternehmen und die Beschäftigten fanden bessere Arbeitsbedingungen vor, weil die öffentliche Hand nicht nach Kosten-Nutzen-Kalkülen rechnete, sondern nach notwendigem Aufwand bei vorgegebenen Arbeitsverhältnissen. Heute sind es gerade die staatlichen Institutionen, die jede Tätigkeit allein unter dem Gesichtspunkt der Kostenminimierung organisieren, während eine Orientierung am Ergebnis vollständig entfällt. Systematisch wird zum einen die verschärfte Ausbeutung vor allem prekärer migrantischer Arbeit und die Verschlechterung der Reinigung in Kauf genommen (wenn z. B. Bereiche nach einer Beschwerde weniger oder nicht mehr gereinigt werden). Dagegen können private Unternehmen Dienstleistungen besser honorieren, sofern sie sich positive Effekte für das Unternehmen davon erhoffen. So gibt es in der »bösen« freien Wirtschaft oft (aber nicht immer) bessere Arbeitsverhältnisse als in den restrukturierten staatlichen Institutionen.

Arbeitsverhältnisse

So einfach kann es ja nicht gehen. Mühsam versucht die Mitarbeiterin der Putzfrau zu verstehen zu geben, dass ihr Chef sie nicht so ohne weiteres nach Wegfall eines Auftrags

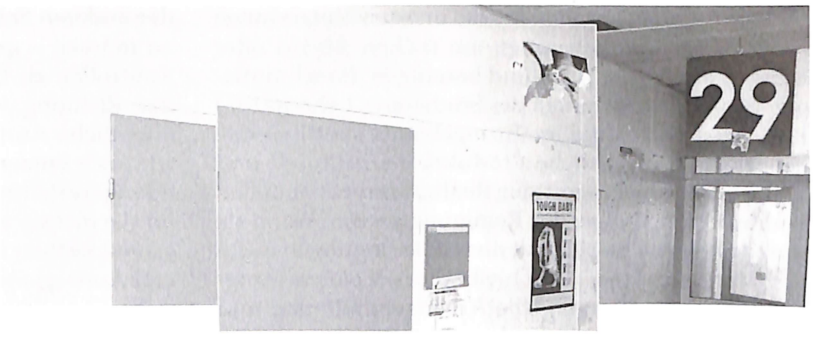
---

an der Kasse. Ich möchte das jetzt nicht zu sehr zerreden, aber Praxis mit diesen Experimenten habe ich nicht mehr. Außerdem gehe ich auch mehr arbeiten und die Verabredung mit vier WGs erfordert wahrscheinlich eine dreiwöchige Terminplanung ...
Nun jetzt könntet ihr sagen, dass war ja auch ganz schön individuell, auch wenn du das jetzt als kollektive Prozesse verkaufst. Und mit dieser These steht ihr dann ja auch immer auf der sicheren Seite. Auch Hausbesetzen statt Miete zahlen, funktioniert nur für die, die dort wohnen. Wo kämen wir denn dahin, wenn das alle machen würden! Wenn ich – alte Neugier – nur wüsste, was alle machen. Sitz ich heute auf einer linksradikalen Veranstaltung, verbinden mich seltenst rebellische Alltagserfahrungen mit den Leuten. Es geht nicht darum, im Nachhinein tolle linke Stammtisch-Geschichten zu erzählen, sondern viel mehr darum, sich überhaupt Geschichten zu erzählen. Manchmal denke ich, je mehr ich über subversive Alltage theoretisiere, desto unkreativer ist mein eigener geworden.

Donato Lopez

>notes<

>1< »Gegen den Sozialabbau – organisiert den Kaufhausklau!« (*radikal* Nr. 143, Mai 1991) Wer diese Bauleitung einfach findet, kann sich ja gerne mal dran versuchen – ich komme mit zum Austesten.



kündigen kann. Wenn es andere Arbeit gäbe, müsste er sie weiter beschäftigen. Sie gibt ihr ihre Telefonnummer mit. Einen Tag später ruft die Tochter der Putzfrau an. Was sie denn nun ihrer Mutter hätte sagen wollen. Die Mitarbeiterin wiederholt alles und gibt noch die Nummer eines befreundeten Anwaltsbüros weiter. Es geschieht ein paar Tage nichts. Als sie später nachfragt, erfährt sie, dass die Reinigungsfirma der Frau, nachdem sie die Kündigung nicht akzeptiert hatte und der Anwalt einen entsprechenden Brief geschrieben hatte, einen Job weit weg von ihrem Wohnort angeboten hat. Sie habe sich aber schon beim Studentenwerk beworben, doch bisher noch keine Antwort bekommen. Die Mitarbeiterin ruft kurzerhand beim Studentenwerk an und fragt nach. Die Antwort ist ernüchternd: Man gedenke nicht, die Frau anzustellen, denn von ihren Kolleginnen habe man gehört, sie sei aufmüpfig. Noch dazu sei sie viel zu dick für den Arbeitsplatz am Fließband zum Abräumen der Essenstabletts in der Mensa.

Lange schon sind die Reinigungskräfte in der Mehrzahl nur noch »geringfügig beschäftigt«, das heißt geringer Kündigungsschutz, keine Arbeitslosenversicherung, zum Überleben mehrere kleine Jobs etc. Viele haben weder Arbeitsverträge noch eine geregelte Arbeitszeit. Deswegen laufen oft gut gemeinte formale Forderungen, die die arbeitsrechtliche Lage der Reinigungskräfte verbessern sollen, ins Leere. Nun kann man/frau dies beklagen und scharfe (staatliche) Kontrollen«fordern, die Wirkungslosigkeit rechtlicher Regelungen hat jedoch zwei Seiten: Zum einen ermöglicht sie eine besonders effiziente Ausbeutung der Arbeitskraft und verschärft die Konkurrenz unter den ArbeitnehmerInnen, zum anderen aber ermöglicht sie MigrantInnen ohne Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis überhaupt erst, einem bezahlten Job nachzugehen. Damit ist die Gruppe der Reinigungskräfte gespalten in diejenigen mit Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis und diejenigen ohne. Eine Betrachtung allein aus der Perspektive rechtlich und tariflich geregelter Arbeitsverhältnisse kann diese Verhältnisse nicht erfassen.

Rechte können hier oft nur diejenigen einfordern, welche darum überhaupt wissen und einen gesicherten Status besitzen. Obwohl dies nun wirklich kein Geheimnis ist, gibt es keine nachhaltige (mehrsprachige) Informationspflicht für die ArbeitgeberInnen oder Institutionen, die entsprechende Information und Beratung anbieten. Offiziell sind keine Institutionen vorgesehen, die vor allem migrantischen prekär Beschäftigten auch materiell in die Lage versetzen, entsprechende auf dem Papier stehende Rechte auch real durch zu setzen. Meist helfen bestehende staatliche Stellen oder der sogenannte Rechtsweg nicht nur kein Stück weiter, sondern wirken genau gegenteilig. Wenn migrantische Arbeitskräfte ihre Rechte einfordern wollen, laufen sie ohne Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis immer Gefahr, behördlich erfasst und anschließend abgeschoben zu werden oder anderen Repressionen ausgesetzt zu sein. Zwar können Rechte auch von Personen ohne Aufenthaltserlaubnis gerichtlich eingefordert werden, diese bleiben aber trotzdem relativ wirkungslos, weil über einen mögli-

»Life-Work-Balance à la grecque«

Als Nikos seinen neuen Job als Vertreter eines Pharma-Riesen antrat, hatte er gemischte Gefühle. Einerseits freute er sich, mit Mitte Dreißig endlich sein eigenes Geld zu verdienen und noch dazu einen Dienstwagen zu haben, andererseits war es ihm ausgesprochen peinlich, sich an die Kapitalisten verkauft zu haben. Dies änderte sich, als ihm aufging, dass er letztendlich doch richtig gehandelt hatte, denn man könne ja das System nicht nur von außen bekämpfen, sondern auch von innen untergraben. Von dieser Perspektive aus hatte er einfach für die zweite Möglichkeit optiert. Folgerichtig begann er dann seinen Dienstwagen in jedes Schlagloch hineinzufahren – mit den Triumphgeschrei: »Noch ein Schlag gegen den Kapitalismus!« In zwei Jahren hat er drei Dienstwagen zu Schrott gefahren und ist sehr stolz darauf.

Eine weitere Untergrabungsmöglichkeit ergibt sich aus der Spesenabrechnung. Er bezahlt einen bei McDonald's beschäftigten illegalen Albaner, damit dieser Quittungen für ihn sammelt – diejenigen über die höchsten Beträge nimmt er dann mit, um sie bei seinem Arbeitgeber einzureichen. Natürlich isst er den McDonald's Frass nicht – der ist schlecht und überteuert. Subversionsmöglichkeiten ergeben sich auch daraus, dass er quasi selbständig arbeitet und von seiner Chefin nur telefonisch kontrollierbar ist. Er hat sich von einem befreundeten Mechaniker ein Bleikästchen herstellen lassen, in dem sein Handy keinen Empfang hat (ausschalten darf er es nicht). So kann er während der Arbeitszeit ruhig baden oder klettern – sein bisheriger Rekord beträgt 34 Arbeitstage am Strand (die Felswand zum Klettern steht auch da). Für Boni hat Nikos auch nichts übrig. Als ihm ein Trip in die Karibik zu Jahresende für die Erfüllung seiner Verkauf-Targets versprochen wurde, wurde er richtig wütend. Er hätte überhaupt kein Interesse – weder an der Karibik, noch an sonstigen Boni –, er wolle einzig und allein seine Ruhe! Insgesamt ist das ganze Team von Pharma Ellas nicht ausgesprochen leistungsorientiert. Konkurrenz innerhalb des Teams ist verpönt und zu Monatsende werden die Targets angeglichen, so dass diejenigen, die mehr geleistet haben, freiwillig an die anderen abgeben. Der Mechanismus scheint gut zu funktionieren, denn zur Zeit sitzen sie alle zusammen auf Kosten des Arbeitgebers an der portugiesischen Küste :–)

eb

chen Prozess Informationen an andere Behörden gehen, die dann zu Abschiebungen führen können. »Nicht auffallen« ist deswegen unmittelbare Notwendigkeit. Viele arbeiten deswegen bewusst ohne Arbeitsverträge. Andere sind durchaus im Besitz von Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis aber kennen noch nicht einmal den Inhalt ihrer Arbeitsverträge. So wird beispielsweise der Lohn in der Praxis als Stundenlohn verstanden. Bei Krankheit und Urlaub wird nichts ausgezahlt, obwohl dies den ArbeitnehmerInnen zusteht. Da Kündigungsschutz vielen unbekannt ist, werden die Menschen flexibel je nach Auftragslage eingestellt und gekündigt. Da die meisten ArbeitnehmerInnen in diesem Sektor extrem auf ihr Einkommen angewiesen sind, wirkt der ständig drohende Jobverlust wahre »Wunder«. Zu den ohnehin schon schlechten Arbeitsbedingungen gehört daneben oft der ungeschützte Umgang mit gesundheitsschädlichen (Reinigungs-)Chemikalien. Hier führt die von den Reinigungsunternehmen bewusst in Kauf genommene Unwissenheit oft zu Gesundheitsschäden, die erst spät wirksam werden und mit der Beschäftigung nicht mehr in Verbindung gebracht werden können.

Die ebenfalls entlassenen KollegInnen der Frau aus dem oben angeführten Beispiel haben ihre Rechte nicht eingeklagt, da das Wissen darüber von einem zufälligen Kontakt mit der arbeitsrechtlich fitten wissenschaftlichen Mitarbeiterin und damit dem Einsatz einer Einzelperson abhing. Das scheint der momentane Stand der Kämpfe zu sein. Ansätze wie in Frankreich, die die Prekarisierung aller Lebensverhältnisse zum Ausgangspunkt haben und so auch die Forderungen der sans papiers in den Blick nehmen, sind hierzulande Mangelware (vgl. den Artikel zu linksgewerkschaftlichen Ansätzen von Stefanie Hürtgen in diesem Heft). Solange beruht die Weitergabe von Wissen über Rechte auf individuellen Kontakten, da allgemeinzugängliche Informationsstellen selten sind oder eingespart werden.

Neue Kämpfe

Wie ließe sich nun die Situation im Bereich der prekären Beschäftigung verbessern ohne dabei die unterschiedliche Situation der Arbeitskräfte auszublenden? Zunächst könnten sich Forderungen darauf richten, auch für diese Arbeitsverhältnisse Mindeststandards zu etablieren. Für die Vergabe öffentlicher Aufträge an private Firmen wird derzeit ein bundesweites Vergabegesetz diskutiert, dass die tariflichen Arbeitsstandards garantieren und auch auf die Gebäudereinigung angewandt werden soll. In diesem Bereich ließe sich auch ein Engagement der Gewerkschaften vorstellen. Bezüglich der Vergaberichtlinien ließe sich eine Perspektive für herkömmliche Arbeitskämpfe entwickeln: Einwirken auf die Gewerkschaften, entsprechende Vergaberichtlinien zum Kern ihrer Forderungen zu machen, Drängen auf die Kontrolle und Überprüfungen der Vergaberichtlinien, Organisierung und Aufklärung der ArbeitnehmerInnen. Als wichtige und entscheidende Tarifrechte der Beschäftigten, die in den Ausschreibungsbedingungen der Einrichtung enthalten sein sollten, seien folgende konkrete Ansprüche aufgezählt: ein schriftlicher Arbeitsvertrag, Bezahlung nach Tariflohn, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, bezahlter Jahresurlaub (30 Tage), Ausgleich für Mehrarbeitsstunden, regelmäßige Gehaltsabrechnung und Jahressonderzahlungen (Urlaubs- / Weihnachtsgeld). Erweitern könnte man die Forderungen nach mehrsprachigen Arbeitsverträgen. Dabei muss gewährleistet werden, dass diese Rechte auch praktisch eingefordert werden können. Für die in den prekärsten Verhältnissen lebenden MigrantInnen ohne Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung dürfte klar die Forderung nach genereller Legalisierung erhoben werden, mittelfristig könnte für Rechtsverfahren zur Durchsetzung von Arbeitstandards und Lohnforderungen ein Bleiberecht die Lage erleichtern. Warum nicht bei erfolgreicher Durchsetzung ein dauerhaftes Bleiberecht auf Kosten der beklagten Firma fordern? Natürlich müssten gerade bei Firmen im

»Sick of it All«

Im Frühjahr 2001 begann Herr K., nach etwa einjähriger Arbeitslosigkeit, für ein *Callcenter* im Berliner Bezirk Friedrichshain zu arbeiten. 5 Tage pro Woche, 8 Stunden am Tag telefonierte er für ein privates Stromunternehmen, übertrug Verträge und Zählerstände in eine Datenbank und sortierte Verträge und Zählerstandskarten in die dafür vorgesehenen Schubladen. Bald beförderte man K. Er war nun kein einfacher *Callcenter Agent* mehr, sondern *Teamleiter*. In dieser Funktion *briefte* er die einfachen *Agents*, teilte ihnen die Arbeit zu, überwachte sie und entschied in Zweifelsfällen. Er erhielt mehr Verantwortung und mehr Lohn. Im Herbst wurde K. krank. Ende November erhielt er per Post eine erste Abmahnung. In dem mit »freundlichen Grüßen« unterschriebenen Schreiben wurde die Abmahnung mit einem Verstoß gegen § 5 Abs. 1 EFZG begründet. Jeder Arbeitnehmer sei verpflichtet »dem Arbeitgeber die Arbeitsunfähigkeit und deren voraussichtliche Dauer unverzüglich mitzuteilen.« Dauert die Arbeitsunfähigkeit länger als drei Kalendertage, hat der Arbeitnehmer eine ärztliche Bescheinigung über das Bestehen der Arbeitsunfähigkeit sowie deren voraussichtliche Dauer spätestens an dem darauffolgenden Tag vorzulegen«. K. wurde vorgeworfen gegen diese *Meldepflicht* verstoßen zu haben, indem er nicht rechtzeitig eine *ärztliche Folgebescheinigung* eingereicht hätte. Ferner wurde K. darauf hingewiesen, dass »im Wiederholungsfalle eine ordentliche Kündigung gerechtfertigt ist«. Kurz darauf verfasste K. ein Schreiben, in dem er sich über

Auftrag öffentlicher Institutionen die Ansprüche der ArbeitnehmerInnen im Insolvenzfall oder ähnlichem gegen die staatliche Stelle bestehen bleiben.

Und noch mal Uni

Die Grundlagen der Wissensproduktion in der Universität haben sich geändert: Beruhten Forschung und Lehre nach ihrem massiven Ausbau in den 70ern auf einer spezifischen inneren Arbeitsteilung in KopfarbeiterInnen und HandarbeiterInnen, haben sich mit der korporatistisch-keynesianischen Reorganisation auch Herrschafts- und Ausbeutungsmechanismen verändert. Sie sind in einer neuen Form rassistisch, vergleichbar mit der Struktur z.B. einer rein weißen Siedlung in den USA: Die BewohnerInnen mögen behaupten, jeder für sich nicht rassistisch zu sein, aber allein die Existenz der »weißen Wohnsiedlungen« zeugt von (ihrem) gesellschaftlichem Rassismus. Sicher gibt es einen »bewussten« Rassismus unter Studierenden und Lehrenden, aber die (Kopf-)Arbeit selbst derjenigen, die individuell weitgehend frei von solchem menschenverachtenden Tun und Denken sind, beruht auf dieser strukturell rassistischen Arbeitsteilung. Dieser, in der Struktur angelegte Rassismus, verhindert eine Solidarisierung von Menschen, die von den gleichen neoliberalen (Prekarisierungs-)Tendenzen – wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß – betroffen und bedroht sind. Diese Tendenzen – Ausrichtung von Forschung und Lehre auf ihre unmittelbare ökonomische Verwertbarkeit und wettbewerbliche »Effizienzsteigerung« der manuellen Voraussetzungen der Kopfarbeit – überschneiden sich auf engstem Raum, ohne dass ihr Zusammenhang sichtbar wird. Beides wirkt auf die Betroffenen als Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse. Die WissensarbeiterInnen leben dabei allerdings noch immer in privilegierteren Verhältnissen. In Zeiten von budgetierten Universitätshaushalten führen ihre Forderungen und das Weiterbestehen von Arbeitsverhältnissen auf Lebenszeit (z.B. für ProfessorInnen) zu einem weiteren Druck zur Kostenreduktion in anderen Bereichen wie beispielsweise der Gebäudereinigung.

Der Gedanke, dass sich die jeweiligen Kämpfe verknüpfen oder unterstützen ließen, scheint jedoch nicht präsent zu sein, was wesentlich in der Theorie selbst begründet liegt, die die KopfarbeiterInnen erst nachträglich zu der manuellen (Reinigungs-)Arbeit in ein Verhältnis setzt. Dagegen wäre eine Unterstützung in Rechtsfragen oder Übersetzungsmöglichkeiten möglich. Aber warum nicht auch mal die Reinigungskräfte hinsichtlich ihrer Selbstorganisierung unterstützen? Die Mindestanforderung ist jedoch, die jeweils anderen Arbeitsverhältnisse und Lebensbedingungen in den eigenen Kämpfen mitzudenken.

Putzen macht sauber, Effizienz macht hässlich.

Adressen

Für alle tarifrechtlichen Fragen ist bei der IG BAU zuständig: Alexandra Münch, Gewerkschaftssekretärin IG BAU, Bezirksverband Rhein-Main Büro, Graf-Folke-Bernadotte-Str. 23, 63263 Neu-Isenburg. Telefon: 06102 / 79928-19. E-Mail: alexandra.muench@igbau.de Darüber hinaus sind viele Arbeitsbedingungen in den Arbeitsschutzgesetzen geregelt (Umgang mit Gefahrenstoffen, Unfallvermeidung, Hilfsmittel, Pausen-/Arbeitszeiten, Mutterschutz ...). Ansprechpartner bei Problemen ist: Axel Paul, Regierungspräsidium Darmstadt Abt. Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik, Rudolfstr. 22-24, 60327 Frankfurt Telefon: 069 / 27211-151 a.paul@afas-f.hessen.de (www.rpda.de)

Kampagne für die Legalisierung aller sogenannten Illegalen: www.rechtauflegalisierung.de

tapete75 und nico hausmeister

---

die Abmahnung erstaunt zeigte. Er behauptete die Folgebescheinigung rechtzeitig verschickt und sich auch telefonisch gemeldet zu haben. Als K. Anfang Dezember von seiner Krankheit genesen und den ersten Tag wieder im Betrieb war, hielt »Callcenter Manager« N. eine Ansprache vor den versammelten *Teamleitern*. Er kritisierte den hohen Krankenstand der letzten Wochen. Außerdem erklärte N., dass eine Abmahnung die Degradierung vom *Teamleiter* zum normalen *Agent* nach sich ziehe. Nach dieser Ansprache und einem persönlichen Gespräch, in dem Manager N. den Vorfall um die zu spät eingegangene Bescheinigung als »Kinderkacke« bezeichnet hatte, hielt K. die Angelegenheit für erledigt. Dies war eine Fehleinschätzung. K. erkrankte auch in der Folgezeit. Im Februar erreichte ihn eine *2. Abmahnung*. Als Begründung wurde wiederum ein Verstoß gegen die Meldepflicht angeführt, aber kein konkreter Vorfall. Des weiteren wurde K. mitgeteilt, dass »auf Grund dieser Abmahnung wir Sie nicht mehr als Teamleiter einsetzen werden«. In seiner Antwort bedauerte K., dass »ich aus gesundheitlichen Gründen so lange nicht mit meiner Arbeitskraft zur Verfügung stehen konnte«. Über seine Anwältin ließ er der Abmahnung widersprechen: »Die neuerliche Abmahnung beruht möglicherweise auf einem Irrtum. Unser Mandant war zunächst lt. Folgebescheinigung (...) vom 29.01.02 bis 01.02.02 arbeitsunfähig krank. Er erkrankte nach dem Wochenende am 04.02.02 erneut und meldete sich telefonisch (...) krank. Er begab sich am 05.02.02 zum Arzt, der ihm eine Erstbescheinigung ausstellte, die an Sie noch am selben Tag abgeschickt wurde (...) und am 6.2.02 bei Ihnen eingegangen sein müsste. Ein Verstoß gegen § 5 Abs. 1 EFZG ist nicht erkennbar und kann am 5.2.02 auch noch gar nicht vorgelegen haben. Bitte überprüfen Sie die Daten und Ihre Rechtsauffassung.« Statt einer Antwort erhielt K. zwei Wochen später die *3. Abmahnung*, sowie die Kündigung zum 18.03.02. Für seinen »weiteren Berufs- und Lebensweg« wünschte man ihm »alles Gute«. Im internen Netzwerk der Firma wurde K.s Entlassung bereits bekannt gegeben bevor er sie selber erhalten hatte. Möglicherweise hatte man sich auf Seiten der Betriebsleitung über die launische Gesundheit K.s geärgert. Er wurde nämlich nach sechs Wochen am Wochenende gesund, um am Montag von einer

>notes<

>1< Die in diesem Artikel angeführten Situationen beruhen auf tatsächlichen Begebenheiten.

>2< Obwohl wir den Begriff »Putzfrau« als stark diskriminierend empfinden, soll er bei der Schilderung einer Alltagssituation benutzt werden, weil er im Alltag präsenter ist als »Reinigungskraft«. Zugleich prägt der im Alltag benutzte Begriff unsere Wahrnehmung von den Personen, die wir damit bezeichnen. Dies soll mitgedacht werden, wenn der Begriff »Putzfrau« verwendet wird.

>3< Schroth, Heidi: Na, sauber!? Arbeitsbedingungen von Beschäftigten in der Gebäude-Innenreinigung. Diplomarbeit am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, 2002.

»INDETERMINATE!«
KOMMUNISMUS
»INTERNATIONALER KULTURKONGRESS
FRANKFURT/MAIN
7.–9. NOVEMBER 2003

MTWIRKENDE | Thomas Atzert [Frankfurt/Main]
Alain Badiou [Paris] | Hans-Georg Bensch [Hannover]
Yann Moulier Boutang [Paris] | Pauline Boudry | Brigitta Kuster
Renate Lorenz [Berlin] | Ulrich Brand [Kassel]
Micha Brumlik [Frankfurt/Main] | Mercedes Bunz [Berlin]
Simon Critchley [Essex] | Peter Dews [Essex] | DAT Politics [Lille]
Michael Dreher [Offenbach am Main] | Ted Gaier [Hamburg]
Christoph Görg [Frankfurt/Main] | Isabelle Graw [Berlin]
Wolfgang-Fritz Haug [Berlin] | Michael Heinrich [Berlin]
Rudolf Heinz [Düsseldorf] | Joachim Hirsch [Frankfurt/Main]
Christian Höller [Wien] | Axel Honneth [Frankfurt/Main]
Yoshihiko Ichida [Osaka] | kanak attak | Verena Kuni
[Frankfurt/Main] | Maurizio Lazzarato [Paris]
Thomas Meinecke [München] | Nicola Nord [Frankfurt/Main]
Esther Leslie [London] | LIGNA [Hamburg] | Oliver Marchart
[Wien] | Chantal Mouffe [London] | no spoon [Frankfurt/Main]
Marion von Osten [Zürich] | René Pollesch [Berlin]
Moishe Postone [Chicago] | Nadja Rakowitz [Frankfurt/Main]
Jacques Ranciere [Paris] | red park [Frankfurt/Main]
Julian Röder [Berlin] | Robots in Disguise [London]
Christoph Spehr [Bremen] | Gayatri Chakravorty Spivak
[New York] | Jelica Sumic-Riha [Ljubljana]
Mark Terkessidis [Köln] | Terre Thaemlitz [Kanagawa]
Nancy Wagenknecht [Berlin] | Silke Wagner [Hanau]
Ben Watson [London] Christoph Weismüller [Düsseldorf]
Matthias Wiards [Hannover] | Slavoj Zizek [Ljubljana]

VERANSTALTER | Verein zur Förderung demokratischer Politik und Kultur [DemoPunK] e.V. in Zusammenarbeit mit der Kultustiftung des Bundes

KONTAKT | [DemoPunK] | Kaiserstr. 61 | 60329 Frankfurt/Main
www.demopunk.de | info@demopunk.de

INFORMATION | www.kommunismuskongress.de

anderen Krankheit niedergeworfen zu werden. Deshalb musste auch weiterhin der Betrieb und nicht die Krankenkasse zahlen. Sollte man K. von Seiten der Geschäftsleitung böse Absicht unterstellt haben, so war man jedoch klug genug gewesen, dies nicht zu äußern. K. antwortete prompt und verlieh seiner Enttäuschung über das Verhalten der Geschäftsleitung Ausdruck. Er forderte, die Kündigung zurückzunehmen und die Abmahnungen aus der Personalakte zu entfernen. Darüber hinaus drohte er mit einer »Arbeitsschutz- und Statusklage« für den Fall, dass seinen Forderungen nicht entsprochen würde und beantragte, seinen noch ausstehenden Urlaub von Anfang März bis zum Tag seiner Kündigung wahrnehmen zu dürfen. Da er ohne Antwort blieb, reichte K. Klage beim Arbeitsgericht Berlin ein. Außerdem wandte er sich schriftlich an den Betriebsrat, der seiner Kündigung zugestimmt hatte ohne ihn zuvor anzuhören. Der Betriebsrat antwortet noch am selben Tag: »Ihr Schreiben vom 21.2.02 mit der Bitte um Kenntnisnahme ist bei uns am 25.02.02 eingegangen. Wir haben Ihr Schreiben zur Kenntnis genommen und daher von einer Beantwortung abgesehen. Dem Schreiben war Ihr Wunsch nach Anhörung (...) nicht zu entnehmen.« Trotz der Auffassung des Betriebsrates nahm die Firma nach einer Güteverhandlung am Arbeitsgericht Berlin die im Februar ausgesprochene Kündigung zurück. K. erschien also am Montag, den 22. April pünktlich zur Arbeit. Sehr zum Erstaunen seiner Kollegen, denen ja seine Kündigung mehr als zwei Monate zuvor mitgeteilt worden war. K. erkrankte nach zwei Tagen und war für die nächste Zeit arbeitsunfähig. Ende Juni wurde auf Vorschlag des Arbeitsgerichtes ein Vergleich geschlossen. Das *Callcenter* bezahlte K. bis zum 15. Juni 2002 als *Teamleiter* und außerdem eine »soziale Überbrückungshilfe von 600 EUR«. Das Arbeitsverhältnis endete einvernehmlich. K. nahm von einer Entfristungsklage Abstand und bedankte sich in einem letzten Schreiben »für den sehr interessanten und aufschlussreichen Einblick, den ich in Ihre Firma nehmen durfte.« Sogar die Arbeit hätte ihm Spaß gemacht, »vor allem in den letzten vier Monaten.«

Jakob Müller

Queering Sozialstaat

Über Geschlecht und Sexualität im Arbeitsprozess, über Ich-AG'en und queere Kritik am Hartz-Konzept

Einige der Schuftigkeiten, die seit zwei Jahren unter dem Namen »Hartz-Konzept« öffentlich verhandelt und seit über einem Jahr auch bereits in Gesetzesvorhaben umgesetzt werden,>1< sind bereits bekannt. Diese Reform des Arbeitsmarktes wurde und wird vielfach kritisiert – unberücksichtigt dabei bleiben jedoch oft Annahmen über und Auswirkungen auf Lebensweise und Sexualität.>2< Nehmen wir die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe auf dem Niveau der letzteren: Nach dieser Neuregelung kann der Freibetrag für die Anrechnung des PartnerInnen-Einkommens bis unter das steuerliche Existenzminimum fallen. Wenn also das Einkommen von Partner oder Partnerin eher niedrig ist, verbleibt beiden nicht einmal das zu einer eigenständigen Lebensführung notwendige. Es ist wohl klar, was das in der Dynamik einer Partnerschaft bedeuten kann. Ein weiterer Punkt ist die Ausweitung der geförderten

Seien Sie Ihr eigener neoliberaler Gesundheitsmanager.

Für den Erhalt Ihrer Arbeitskraft.

Um auf dem Arbeitsmarkt bestehen zu können, ist ein sorgsamer Umgang mit der eigenen Gesundheit unerlässlich. Euren Körper kennt nur Ihr selbst richtig gut. Häufig verdrängt man in all dem Stress wichtige Krankheitssymptome. Eurem Arbeitgeber gefällt das sicherlich sehr gut, doch einen Gefallen tut Ihr Euch damit nicht. Deshalb unser Rat: Schon die geringsten Hinweise auf Unwohlsein oder nahende Krankheiten solltet Ihr Eurem Arzt vorstellen – vor allem dann, wenn Ihr dringend eine Krankschreibung benötigt. Auch wenn Ihr Eurer Arbeit nur sehr ungern fernbleibt, solltet Ihr Euch krankschreiben lassen.

Nicht selten kommt es vor, dass bestimmte Krankheiten nur schwer erkannt werden. Manchmal wird sogar der Vorwurf laut, man würde nur simulieren. Und das alles nur, weil diese Krankheiten wirklich sehr schwer nachzuweisen sind. Ihr solltet dennoch mit Nachdruck Eure Symptome beschreiben und darauf hinweisen, dass es Euch wirklich schlecht geht (sonst würdet Ihr doch nie zum Arzt gehen).
Im folgenden werden vier solcher schwer nachweisbaren Krankheiten beschrieben. Nur wenn Ihr die Symptome sehr klar beschreiben könnt, kann Euch Eure Ärztin helfen und wird Euch eine Krankschreibung sicher nicht verwehren. Wenn Ihr sie nicht verärgern wollt, stellt nicht selbst die Diagnose, sondern beschränkt Euch auf die detaillierte Beschreibung der Symptome. Lediglich bei Migräne wird es Euch niemand verübeln, wenn Ihr schon selbst wisst, was Euch schon wieder plagt. Es wäre ja nicht das erste Mal. Im Sinne der eigenen Gesundheit sollte man aber auch mit Medikamenten, Spritzen oder Röntgenaufnahmen nicht zu sorglos umgehen. Sollte Eure Ärztin Euch nicht glauben wollen oder aber mit einer Radikalbehandlung drohen, scheut Euch nicht, einen anderen Mediziner aufzusuchen.

**** Migräne ****

Wie lange? Maximal eine Woche, tritt dafür aber häufig auf.
Wer wird krank? Jede und jeder. Sehr viele Leute leiden unter Migräne.

Existenzgründungsmöglichkeiten von der so genannten Ich-AG zur Familien-AG. Bei Gründung einer Ich-AG erhält Geld, wer sich selbstständig macht, ohne weitere Arbeitskräfte zu beschäftigen. Jetzt ist es aber möglich, auch so genannte »mitarbeitende Familienangehörige« zu beschäftigen. Das ist eine Proberegelung für drei Jahre und wir könnten jetzt Wetten abschließen, was nach diesen drei Jahren eine Statistik ergeben wird: Ob es wohl mehr Männer sind, die ihre Ehefrauen anstellen, oder Frauen, die ihre Ehemänner beschäftigen?

Worin liegen die Ursachen für die geradezu traditionalistisch anmutende heteronormative Struktur von Reformen, die sich doch so modern geben? Und sind sie wirklich so traditionell strukturiert oder haben sie sich vielleicht gewandelt? Wie hängen Ökonomie und Sexualität und Arbeit und Geschlecht miteinander zusammen? Für die Queer Theory ist ein Nachdenken über die Politische Ökonomie ja nicht eben typisch. Suchen wir uns also zunächst Begriffe und ein Theorieraster, mit dem die Verbindungen zwischen Verwertung und Sexualität sichtbar werden.

Verwertung und Selbst-Verwertung

Der Begriff »Verwertung« geht, so wie ich ihn hier verwende, zurück auf Marx. Er beschreibt nicht, dass alles und jedes seinen Preis hat und wir in einer Gesellschaft von Wucherern und Wegelagerern leben, die sich gegenseitig abkassieren (wobei die einen mehr kassieren und die anderen weniger). Dieser Eindruck ist nur ein sekundärer Effekt. Vielmehr bezeichnet »Verwertung« die Grundstruktur der kapitalistischen Produktion: Jeder einzelne Produktionsprozess kommt zu Stande, indem eine bestimmte Menge Geld zu Kapital wird – also eingesetzt wird, um davon eine bestimmte Menge »Zutaten« zu bezahlen (Rohstoffe, Maschinen, Fabrikhallen etc.) und eine bestimmte Menge an Arbeitskraft zu kaufen. Die Arbeitskraft hat die Eigenschaft, mehr Wert zu produzieren, als sie kostet. Nach Verkauf der Waren ist also mehr Geld da, als vorher in den Produktionsprozess hineingesteckt wurde – und genau das ist der Zweck, dem der ganze Prozess folgt. Das Kapital setzt einen Prozess in Gang und beherrscht ihn, in dem es sich selbst vermehrt; es ist der sich selbst verwertende Wert.

Ich möchte keine Verwirrung stiften, aber den Begriff »Selbst-Verwertung« benutze ich hier auf einer anderen Ebene, und zwar mit Blick auf die Menschen als Subjekte des Arbeitsprozesses. Um das zu erläutern, muss ich etwas ausholen. Anders als z.B. in der Sklavenhaltergesellschaft, wo die Arbeitskräfte persönliches Eigentum ihrer Herren waren, sind die Arbeitskräfte im Kapitalismus persönlich frei. In der Regel gehören ihnen auch die Maschinen und Werkzeuge nicht, mit denen sie arbeiten. Um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, müssen sie sich daher an jemanden verkaufen, der ihre Arbeitskraft nur kaufen wird, um sich den von ihr produzierten Wert anzueignen. Die Bedingungen dieses Verkaufs hängen ab von politischen und ökonomischen Verhältnissen und er ist juristisch geregelt. Die Arbeitskraft hat aber – und das soll uns im Folgenden genauer interessieren – immer auch eine bestimmte kulturelle Form. Wenn z.B. in der US-Auto-Industrie der 1920er Jahre die Mehrzahl der Arbeitskräfte verheiratete Männer waren und deren Ehefrauen in der Regel kein eigenes Einkommen hatten, sondern die Hausarbeit machten und Kinder aufzogen, dann können wir sagen: Diese Anordnung ist ein politischer Fakt – denn sie impliziert bestimmte Herrschaftsverhältnisse; sie ist ein ökonomischer Fakt – denn sie organisiert eine bestimmte Form der Produktion; sie ist juristisch abgesichert (über Ehe- und Familienrecht, über Betriebsverfassungs- und Streikrecht etc.). Und: Diese ganze Anordnung greift auf bestimmte Muster kultureller Bedeutung zurück und bringt diese Muster auch selbst mit hervor. Es muss z.B. klar sein, was oder wer ein Mann ist – und wer eine Frau; es muss klar sein, wie Männer und Frauen

---

Beschwerden?
1. Es beginnt damit, dass Du gereizt und unausgeschlafen aufgewacht bist.
2. Zum Frühstück hast Du nichts runterbekommen, weil Dein Magen wie zugeschnürt war.
3. Nachdem Du Dich so eine halbe bis zwei Stunden rumgeschleppt hast, haben die Kopfschmerzen begonnen.
4. Die Schmerzen können ganz unterschiedlich sein. Versuche zu beschreiben, was auf Dich zutrifft:
***dumpf-drückend und pulsierend bis bohrend-pulsierend, einseitig oder beidseitig, besonders stark im Bereich der Stirn, Schläfe(n), der Augen.
5. Du warst plötzlich extrem lichtempfindlich und musstest die Vorhänge zuziehen.
6. Lärm ist für Dich unerträglich.
7. Allmählich wurde Dir schlecht, schlimmstenfalls musstest Du gallig (gelb, bitter) erbrechen, wobei Du Schweißausbrüche hattest.
8. Die Kopfschmerzen und auch die Übelkeit können mehrere Tage andauern.
9. Wahrscheinlich hattest Du schon öfter solche Migräneanfälle, oft – aber nicht nur – nach Alkoholgenuss. Allerdings reicht schon ein Glas Wein aus, um die Schmerzen auszulösen. Migräneanfälle treten häufig auch bei Stress und Wetterwechsel auf, bei Frauen besonders oft während der Periode.
10. Die Schmerzen können auch erst später am Tag aufgetreten sein: Nach dem Mittagessen hattest Du Dich plötzlich unruhig und unkonzentriert gefühlt, bis nach einer oder anderthalb Stunden Kopfschmerzen und Übelkeit sowie die übrigen Beschwerden eingesetzt haben ...
Was macht die Ärztin? Blutdruck messen, Blut abnehmen. Wenn Du häufiger solche Beschwerden hast, kommt eventuell eine Hirnstromuntersuchung auf Dich zu, damit eine Epilepsie ausgeschlossen werden kann. Woran denkt sie? Die Migräne tritt anfallsartig auf. Sie ist eine Funktionsstörung der Gehirnschlagadern. Sie äußert sich zuerst eine halbe Stunde bis zwei Stunden lang in einer unzulässigen Verengung, danach für Stunden bis Tage in einer (noch unzulässigeren) Erweiterung dieser Adern, wodurch die Kopfschmerzen entstehen. Du kannst bei dieser Krankheit ruhig offen die Diagnose »Migräne« aussprechen, schließlich

sich selbst sehen, fühlen, begreifen; wie sie von anderen erkannt und verstanden werden; und in welchem Verhältnis sie zu einander und zu sich selbst stehen.

Wir können als ein relativ neues Phänomen beobachten, dass Menschen sich selbst bewusst als ökonomische Subjekte entwerfen. Sie planen ihr Handeln und handeln, um die eigene Persönlichkeit so gut wie möglich zu verkaufen. Nun war es ja schon immer wichtig, einen guten Eindruck zu machen, um eine Stelle zu bekommen. Neu aber ist, dass die Strategien, eine Stelle zu bekommen, zu einem eigenen Wissensgebiet geworden sind. Es gibt eine fast unglaubliche Menge an Ratgeberspalten, Büchern und Fernseh-Berichten mit Tipps und Tricks. Neu ist auch, dass Menschen, die sich beruflich selbständig machen, nicht nur ihr Können, sondern auch ihren Charme, ihre Umgangsformen einsetzen müssen. Während vor 150 Jahren z.B. ein Landarzt oder ein Winkeladvokat als Honoratioren eine relativ feste Position im Sozialgefüge hatten, müssen ÄrztInnen und AnwältInnen heute eigene Verkaufsstrategien entwickeln, müssen überlegen, wie und wo sie Werbung machen, wie sie ihre Wartezimmer einrichten und welches persönliche Profil sie sich geben, oder sie müssen jemanden dafür bezahlen, genau diese Strategien für sie zu entwickeln. Es gibt auch eine ständig wachsende Anzahl von (Schein)Selbstständigen mit sehr geringen Einkommen, für die ebenfalls ein Wissen produziert wird. Für sie erfüllt das Wissen die (ideologische) Funktion, ihre Situation aushaltbar zu machen und die Hoffnung auf eine Verbesserung aufrecht zu erhalten. Mit dem Begriff »Selbst-Verwertung« soll also die ideologische eigene Unterwerfung unter die Verwertungslogik gemeint sein, die eigene, freiwillige Zurichtung auf den Verwertungszusammenhang.

Um nun zu untersuchen, was Sexualität mit Verwertung und Selbst-Verwertung zu tun hat und wie sie in Arbeitsprozesse eingeht, benötigen wir eine Theorie, die die Geschlechterverhältnisse als Verhältnisse der materiellen und kulturellen Produktion begreifbar macht. »Was wir heute als ›Sexualität‹ begreifen – ein sich ständig veränderndes Ensemble von Praxisformen der Geschlechtlichkeit, der Körper, Sinne, Lüste und Gelüste – gehört zur Produktion des eigenen Lebens, zur Reproduktion der eigenen Arbeitskraft, zur Produktion neuen Lebens und zur Konsumtion.« (Wagenknecht 2001, 811) Diese Theorie soll also »Praxisverhältnisse (mehrere) der Geschlechter fassen und dabei sowohl die Formierung der Akteure als auch die Reproduktion des gesellschaftlichen Ganzen auf dieser Grundlage der Erkenntnis zugänglich machen« (Haug 2001, 762).

Verhältnisse sexueller Arbeit

Um zu untersuchen, wie Geschlecht und Sexualität in den Arbeitsprozess eingehen, haben Boudry, Kuster und Lorenz (1999) den Begriff »sexuelle Arbeit« vorgeschlagen. Sie fassen damit dreierlei: Erstens eine soziale Position »Frau« häufiger als die Position »Mann« mit weniger qualifizierten, schlechter bezahlten, teils überhaupt nicht wahrgenommenen Tätigkeiten verbunden ist. Hierbei geht es nicht nur um die Produktion der Lebensmittel, sondern auch um die Produktion des Lebens – und zwar des eigenen Lebens und neuen Lebens. Sie fassen zweitens die Tatsache, dass in Arbeitsprozesse Emotionen, Fähigkeiten und individuelle Eigenschaften der Person eingehen, die im weiteren Sinne mit Sexualität zu tun haben. Und sie fassen drittens das Wirken einer regulativen Instanz – die Judith Butler »heterosexuelle Matrix« nennt –, welche die Existenz von zwei (und nur zwei) körperlich und sozial polaren, im Begehren aufeinander bezogenen Geschlechtern absichert.

Geschlecht und Sexualität sind Eigenschaften der Arbeitskraft, die sie je speziell vernutzbar machen. Eingespannt in ein Netz sexistischer, rassistischer Herrschaftsverhältnisse wird die gesellschaftliche Arbeitskraft als in sich differente konstituiert. Das heißt, sie wird als Gesamtarbeitskraft von Hierarchielinien durchzogen und ist mit ganz unterschiedlich ausbeutbaren

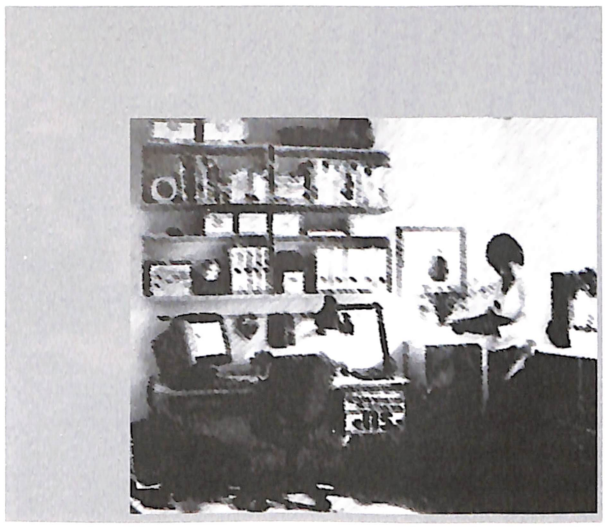
---

ist sie ja schon öfter an Dir diagnostiziert worden, und in Deiner Familie leiden wahrscheinlich auch viele darunter. Sie kann, da es auch schwerste Formen der Migräne mit Organstörungen geben kann, Dich auch nach Beschwerden wie Augenflimmern, schweren Sehstörungen, Sprachstörungen oder Kribbeln in Händen und Armen fragen. Überprüfe genau, ob Du diese Symptome hast. Wenn ja, muss Du Dich auf einige Untersuchungen gefasst machen. Wenn nicht, bleibt Dir einiges erspart.
Therapie? Erfolgt mit Medikamenten. Spritzen solltest Du auf jeden Fall ablehnen. Am besten, Du sagst selbst, welche Tabletten Dir helfen (z.B: Cafergot, Dihydergot, Migräne-Cranit oder normale Schmerzmittel wie Gelonida, Spalt, Optalidon). Das solltest Du Dir dann auch verschreiben lassen. Möglicherweise brauchst Du die Tabletten dann doch nicht. Wirf sie in diesem Fall lieber gleich weg. Nicht, dass Du später das Verfallsdatum übersiehst.
Warnung! Lass Dir auf gar keinen Fall eine Spritze verpassen. Auch Röntgenuntersuchungen, vor allem der Gehirnschlagadern, solltest Du verweigern. Dann wechsle lieber den Arzt.

**** Magenschleimhautentzündung (Gastritis)****

Wie lange? Mit einer Magenschleimhautentzündung, also einer Entzündung der Innenhaut des Magens, kannst Du zwei bis vier Wochen oder länger krankgeschrieben werden.

Wer wird krank? Die Magenschleimhautentzündung (oder auch ein Magengeschwür) kann jede und jeder mal kriegen. Ursachen sollen sein: Bakterien, unverträgliche Speisen, Alkohol oder Medikamente (z.B. nachdem Du ein Aspirin genommen hast). Arbeitest Du in einem Betrieb, so besteht die Möglichkeit, dort herrschenden oder neu verwendete Dämpfe und Gase als Ursache anzusehen. Die Magenschleimhautentzündung (und auch das Magengeschwür) ist das bekannteste Beispiel für eine Stresskrankheit, d.h. Du wirst krank wegen der vielen Hektik und Aufregung, die in Deinem Leben insbesondere bei Deiner Arbeit herrschen. Bei der Magenschleimhautentzündung erkennen sogar die Ärzte die sozialen und psychischen Ursachen an.



Eigenschaften versehen, die in den Arbeitsprozess eingehen. Teils sichtbar, teils unsichtbar, gehen Geschlecht und Sexualität auch ins hergestellte Produkt ein. Sichtbar etwa, wo das Arbeitsprodukt eine Dienstleistung ist, also eine bestimmte Repräsentation der Arbeitskraft selbst mit umfasst. Fast immer ist dabei geschlechtliche Kohärenz verlangt, oft auch eine Darstellung von Heterosexualität. Wo handwerkliches Geschick nötig ist, wird in der Regel ein Mann erwartet; wo es um Fürsorge geht, eine Frau. Meist schadet es dem Absatz, wenn solche Erwartungen durchkreuzt werden – es kann das Produkt aber auch interessanter machen (z.B. in den *Community*-Läden der *Pink Economy*).

Auch die Arbeitsleistung hängt widersprüchlich mit dem Geschlecht zusammen. Im Buch von Boudry, Kuster und Lorenz findet sich ein Text von Doreen Massey, die den Zusammenhang von Männlichkeitskonstruktion und Arbeitsleistung in einem Software-Unternehmen untersucht hat. Die dort tätigen Männer erleben sich in der Arbeit als »ganze Männer«. Gerade deshalb verausgaben sie sich umso stärker und dehnen den Arbeitstag freiwillig aus. Ein Manager berichtet sogar, dass einige dieser Männer zu Pausen regelrecht gezwungen werden müssten. Das hat u.a. zur Folge, dass in ihren heterosexuellen Partnerschaften die Frauen alles allein erledigen, was mit Hausarbeit und Kinderbetreuung zu tun hat. Und es hat selbstverständlich zur Folge, dass das Unternehmen gut an ihnen verdient. Ein anderer Text, von Linda McDowell (1999), untersucht Geschlechteranordnungen in Handelsbanken der Londoner City. Darin wird u.a. die widersprüchliche Situation von »Karrierefrauen« beschrieben, die sich in »Männerberufen« beweisen, indem sie höhere Anforderungen als Männer erfüllen und in einem direkt sexistisch geführten Konkurrenzkampf bestehen müssen, die aber auch durch gezielte Selbstinszenierungen ihres Frau-Seins gewisse Vorteile erringen können.

Diese beiden Beispiele beziehen sich auf hochbezahlte Jobs in Dienstleistungssektoren – aber selbstverständlich gehen Geschlecht und Sexualität nicht nur dort in den Arbeitsprozess ein. Nehmen wir den Film »Billy Elliot – I Will Dance«: Da geht es um einen 12jährigen Jungen aus einer englischen Bergarbeitersiedlung Mitte der 1980er Jahre, der Balletttänzer werden will. Ich habe diesen Film untersucht und mir v.a. angesehen, wie sich mit dem Aufstieg der neuen Produktionsweise die ideologische Produktion des eigenen Lebens verändert. Eines der Ergebnisse war aber auch, dass die Männlichkeit der streikenden Bergarbeiter unbedingt heterosexuell fundiert ist. »In diesem Kontext hat Homophobie den ›sozialen‹ Sinn, die heterosexuellen Arbeiter als Gruppe von Gleichen zu konstituieren, die gemeinsam politisch und sozial handlungsfähig ist. Zu dieser Konstitution gehören auch die Abwertung von Frauen und darin auf andere, besondere Weise von Lesben« (Wagenknecht 2003) – wobei letzteres in dem Film nicht sichtbar ist. Das mag an Beispielen genügen um zu belegen, dass die heterosexuelle Matrix in Arbeitsverhältnissen immer eine Rolle spielt.

Beschwerden? Auch hier gibt es unterschiedliche Symptome:

1. Seit einigen Tagen ist Dir übel. Du hast auch schon gekotzt und muss ständig aufstoßen. Du hast keinen Appetit und einen permanenten Druck in der Magengegend, also zwischen Bauchnabel und Rippen.
2. Der Druck kann sich zu einem starken Schmerz steigern, der aber auch wieder abschwillt. Schon seit längerem schlagen Dir Situationen und Erlebnisse regelrecht auf den Magen.

(!) Wahrscheinlich hattest Du auch früher schon ähnliche Symptome, die Du aber nie richtig zu deuten wusstest.

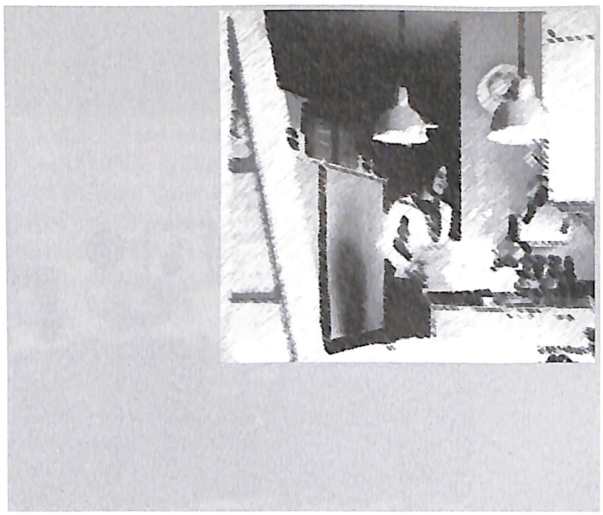
Was macht die Ärztin? Beim ersten Mal kann es sein, dass Du nur befragt und gar nicht untersucht wirst. Vielleicht drückt sie Dir auf dem Bauch rum und fragt, wo es weh tut. Eventuell werden Blutuntersuchungen vorgenommen. Vielleicht wirst Du auch gefragt, ob die Schmerzen vor oder nach dem Essen besser oder schlechter werden – beides ist durchaus möglich. Nach zwei bis vier Wochen Krankschreibung wirst Du Dich eventuell einem Vertrauensarzt vorstellen müssen, der Dich röntgen oder eine Magenspiegelung vornehmen will. Wenn Du beidem nicht entgehen kannst, entscheide Dich lieber für die Magenspiegelung, die ist zwar unangenehmer aber nicht so belastend für den Körper. Da Magenspiegelungen nur von Fachärztinnen vorgenommen werden können, kann es gut sein, dass sich die Untersuchung etwas verzögert. Häufig werden diese auch durch die Spiegelung nicht schlauer. Bei vielen Leuten mit Magenbeschwerden gibt es keine »objektiven Befunde«. Also lass Dich nicht einschüchtern, Du hast schließlich wirklich Schmerzen!

Womit muss Du bei einer Spiegelung rechnen? Du musst nüchtern – also mit leerem Magen – zur Untersuchung kommen. Dann gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder wird Dein Rachen mit einem Spray betäubt oder Du bekommst zusätzlich Valium gespritzt, was Du den ganzen Tag spüren wirst. Ohne Valium wird die Prozedur (Schlauch schlucken) zwar schmerzhafter, allerdings empfindet das jeder unterschiedlich. Sollte es Dir schon besser gehen und brauchst Du keine weitere Krankschreibung, brauchst Du das alles nicht über Dich ergehen zu lassen.

Zwiespältigkeiten bei Hartz und queere Kooperationen

Wenn wir uns all die Vervielfältigungen und Individualisierungen ansehen, die in Bezug auf Geschlecht und Sexualität vor sich gehen, zumal wenn wir uns ihre mediale Repräsentation ansehen, oder wenn wir über sozialpolitische Programme oder die zu erwartenden sozialpolitischen Folgen etwa des Hartz-Konzepts nachdenken, dann stellen wir einen merkwürdigen Zwiespalt fest: In Bezug auf Geschlecht und Sexualität bringen all diese Veränderungen zwar auch ein Mehr an Freiheit und Möglichkeiten mit sich, zugleich aber auch neue (v.a. ökonomische) Einschränkungen – und wir stellen fest, dass sie insgesamt heteronormativ strukturiert sind.

Nehmen wir z.B. die geforderte Mobilität bei Nachweis eines Arbeitsplatzes: »Die Regelungen zur Zumutbarkeit von Beschäftigungen werden mit dem Ziel ergänzt, bei Personen ohne familiäre Bindungen eine größere regionale Mobilität zu erreichen.« (Bundestagsdrucksache 15/25, 3) »Arbeitslosen ohne familienhafte Bindungen [ist] zur Aufnahme einer Beschäftigung außerhalb des Tagespendelbereichs grundsätzlich ein Umzug zumutbar.« (ebd., 29) Dabei sind »familiäre Bindungen« definiert im Sinne des BGB, was ganz klar »eine Normierung auf die bürgerliche Ehe« bedeutet (Pape, Sieber und BAG queer, 2). Personen, die z.B. in Wohngemeinschaften leben und sich dort möglicherweise um Kinder kümmern oder einfach an ihre Mitwohnis gebunden fühlen, müssen trotzdem umziehen. Auch wer eine Freundin oder einen Freund pflegt oder unterstützt, die auf Hilfe angewiesen sind, kann zum Umzug gezwungen werden. Ganz allgemein werden Wahlverwandtschaften und nicht-familiäre Bindungen hier missachtet. Außerdem kann es ja auch Gründe geben, warum jemand an einem Ort wohnen bleiben will – etwa die Nähe zu einer Subkultur, zu Hilfs- und Beratungseinrichtungen, zu spezialisierter medizinischer Betreuung usw. Ein anderer Aspekt ist, dass die Abdrängung von



Menschen in die Sozialhilfe (die dann Arbeitslosengeld II heißen soll) diese in Abhängigkeit von der Herkunftsfamilie bringt. Die eigenen Lebensentwürfe werden damit auf das Wohlwollen der Eltern verwiesen. Das heißt also, dass mit der Deregulierung des Sozialstaates Ehe und Familie als traditionelle Leitbilder reproduziert und gestützt werden.

Gleichzeit eröffnen sich mit dem sozialstaatlichen Rückzug aber auch Möglichkeiten für alternative Kooperationen. Ein Beispiel dafür ist ein Projekt, das entstand, nachdem jemand in sehr kurzer Zeit sehr drastisch an den Folgen von AIDS erkrankt ist und zum »Pflegefall« wurde. Zunächst wurde er über einen längeren Zeitraum von seinem FreundInnen-Kreis betreut; u.a. gründete sich eine WG, die sich aber nach zwei Jahren wegen anderer Schwierigkeiten wieder auflöste. Als der Betroffene dann wieder allein wohnte, stand die Frage, wie es mit der Pflege und der Betreuung weitergehen sollte. Durch Beratung bei einer sehr engagierten Initiative von Schwerstbehinderten stieß der erwähnte FreundInnen-Kreis auf eine Regelung des BSHG, auf die so genannte »Nachbarschaftshilfe«. Das ist eine Art

---

Woran denkt sie?
Bei den von Dir beschriebenen Beschwerden wird erstmal an eine Magenschleimhautentzündung gedacht, weil die sehr häufig auftritt. Diese Diagnose kann gestellt werden ohne größere Untersuchung. Sprichst Du von sich wiederholenden Schmerzen, muss Dein Körper auf ein Magen- oder Zwölffingerdarmgeschwür abgecheckt werden. Du wirst sicher erstmal für eine Woche krankgeschrieben, in der Hoffnung das sich Dein Magen etwas erholt.
Therapie? Zuerst bekommst Du ein paar Tabletten und die Empfehlung, Dich mal so richtig auszuruhen. Essen sollst Du nur leicht Verdauliches. Später kommt dann eventuell die Spiegelung.

**** Durchfall, Erbrechen, »Darmgrippe« ****

Wie lange? Ca. eine Woche bis zehn Tage.
Wer wird krank? Jede(r) kann mal davon getroffen werden. Wie das blühende Leben sieht man dann nicht gerade aus – eher mit fahler Blässe.
Beschwerden? Du hast seit kurzem Durchfall, der sehr flüssig oder wie dünner Brei ist. Die Farbe ist weiß-gelblich oder auch grünlich. Zum Teil lassen sich auch Blut- oder Schleimbeimengungen feststellen. Letzteres würde dann für eine schwere Darmerkrankung sprechen (unangenehme Untersuchungen sind dann nicht auszuschließen). Ansonsten ist Dir kotzübel, Du musstest auch schon erbrechen. Du hast krampfartige Schmerzen im Oberbauch, eventuell etwas mehr zur rechten Seite hin, Dein gesamter Bauch ist äußerst druckempfindlich, an Essen kannst Du überhaupt nicht denken, da wird Dir sofort übel. Du fühlst Dich sehr schwach auf den Beinen, hast das Gefühl, nur im Bett liegen zu können, um Ruhe zu haben. Vielleicht hattest Du sogar leichte Temperatur.
Was macht die Ärztin? Du wirst gefragt, wann die Beschweren aufgetreten sind.
*Das kann nach einem ausgiebigen Essen passiert sein. Dann hast Du Dir wahrscheinlich schlicht den Magen verdorben und bist in drei bis vier Tagen wieder gesund.
Durchfall/Erbrechen sind ganz plötzlich aufgetreten. Du kannst Dir selbst nicht erklären, woher das kommt. Das weist dann

gesetzlich abgesicherter Schwarzarbeit. Das Sozialamt bezahlt Leute für Tätigkeiten, die sonst ein Pflegedienst übernehmen würde. Das Amt zahlt einen wesentlich niedrigeren Satz, aber dieses Einkommen muss auch nicht versteuert und nicht mit Sozial- oder Arbeitslosenhilfe verrechnet werden. Man kann von diesem Einkommen nicht besonders gut leben (zumal es auch Obergrenzen für den Verdienst daraus gibt) – aber es ist doch eine prima Ergänzung für Leute, die z.B. von Sozialhilfe leben. Wie gesagt, das Modell beruht nicht auf Betrug und es schützt auch nicht davor, in eine andere, »richtige« Stelle vermittelt zu werden. Aber es enthält doch bemerkenswerte Momente von Selbstbestimmung: Für den Hilfenehmer sichert es, dass er auch weiterhin von seinen Freunden und Freundinnen betreut wird. Und für die anderen bietet es die Möglichkeit, vom Staat Geld zu bekommen für etwas, das sie sowieso tun wollen und tun. Hervorheben will ich noch, dass es queere Freundschaften waren, die die Basis dieses Projekts bildeten.

Eingangs habe ich erwähnt, dass es die Möglichkeit gibt, eine Ich-AG zur Familien-AG auszuweiten. Ein weiteres Beispiel soll zeigen, dass auch hier andere Möglichkeiten der Aneignung bestehen und dass es vielleicht Wege gibt, wie aus lauter Ich-AGen ein Wir werden könnte. Das Projekt »Kaufhaus Kreuzberg« soll am Kottbusser Tor in Berlin entstehen, im Neuen Kreuzberger Zentrum (NKZ). Es soll einen Rahmen herstellen, in dem Leute eine Existenzgründung versuchen (und fördern lassen) können und sich zugleich zu gegenseitiger Hilfe und solidarischem Umgang verpflichten. Was mich daran interessiert, ist u.a. die Frage, ob da eine kollektive Strategie gegen die individualisierende Wirkung des Hartz-Konzepts entsteht. Was mich interessiert, ist außerdem, welche Rolle in diesem Solidar-Modell queere Freundschaften spielen – denn an dem Projekt sind viele (wenn auch nicht ausschließlich) Lesben und Schwule beteiligt, sie tragen geradezu das ganze Projekt. Und was mich natürlich auch interessiert, ist die Frage, wo die Grenzen verlaufen zwischen der Integration ins bestehende Gesellschaftsmodell und der Möglichkeit, das Bestehende zu verändern. Diese Fragen lassen sich allerdings erst beantworten, wenn das Projekt wirklich realisiert wird – und das wird derzeit durch die Blockade-Haltung der Immobilien-Gesellschaft verhindert, der die NKZ-Gebäude gehören.[3]

Ambivalenz und Selbstverwirklichung

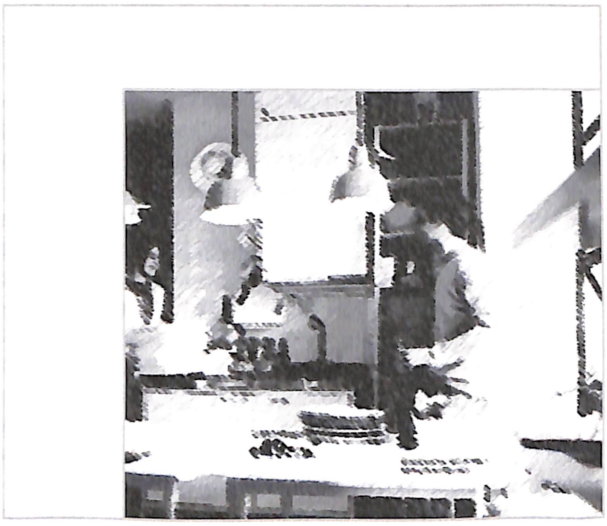
Selbstermächtigungen stellen aber auch eine Gefahr dar: Sie gaukeln uns die Möglichkeit vor, unsere Lebensgestaltung vollkommen selbst in der Hand zu haben, und blenden die gesellschaftlichen Zwänge aus, denen Menschen unterworfen sind. Die neoliberale Ideologie gruppiert sich um das Versprechen individueller Selbstverwirklichung und das verleiht ihr ihre große Kraft. Das wird u.a. plausibel, wenn wir an Fernseh-Shows denken, in denen Menschen ihr Innerstes nach Außen kehren und wichtige oder unwichtige Punkte inszenieren, die sie von allen anderen Menschen auf diesem Planeten unterscheiden. Es wird

---

eher auf eine Infektion hin (bakteriell oder Viren-, Pilzinfektion). Möglicherweise hast Du verdorbene Speisen gegessen.
Dir geht es schon eine ganze Weile nicht so gut. Du hattest viel Ärger auf der Arbeit oder zu Hause. Dann handelt es sich eher um ein psychosomatisches Problem.
Dein Bauch wird abgetastet werden, was mit Schmerzen verbunden sein wird. Den genauen Ort der Schmerzen kannst Du nicht bestimmen. Dein gesamter Oberbauch tut weh, wenn jemand darauf rumdrückt. Extrem starke Schmerzen sind nicht zu empfehlen. Das könnte schon eine gefährliche Erkrankung sein!
Eventuell wird die Ärztin mit einem Hörrohr Deine Darmgeräusche abhören. Bei Durchfall grummelt es Dir stark in Deinem Darm, wie, wenn man viel Tee oder Kaffee getrunken hat.
Sicherlich wirst Du einige Tage krankgeschrieben werden. Sollte die Geschichte länger andauern, muss Du bestimmt eine Stuhlprobe abliefern. Die wird Dich stark an den Stuhl nach Einnahme von Abführmitteln erinnern. Deine Ärztin wird Dich allerdings nicht länger als zehn Tage krankschreiben.
Therapie? Medikamente. Du muss selbst wissen, wie Du zu Chemie-Zeugs stehst! Sicherlich wird Dir auch eine Diät angeraten.
Warnung! Die Symptome müssen wirklich sehr genau beschrieben werden. Ansonsten kann es passieren, dass Du Dich im Krankenhaus mit Verdacht auf Blinddarmentzündung wiederfindest!

*** Sehnenscheidenentzündung ***

Wie lange? Krankschreibung ist zwei bis vier Wochen, in schweren Fällen bis zu 16 Wochen möglich.
Wer wird krank? Leute, die in Beruf oder Freizeit immer die selben andauernden, gleichförmigen Bewegungen mit den Händen oder Fingern machen. Sie ist z.B. eine anerkannte Berufskrankheit bei SekretärInnen, tritt aber auch bei feinmechanischen Arbeiten, besonders am Fließband, durch Schraubenanziehen, wenn Du ein Regal baust oder durch das Tragen von Lasten auf.
Bei Anspannung oder Beugen der Finger merkst Du einen ziehenden Schmerz auf der Innenseite des Unterarms, meist kurz oberhalb des Handgelenks.



aber auch klar an den täglichen Gewinnspielen im Fernsehen oder an den Milliardenumsätze der Lotto-Industrie, mit denen jedeR sein/ihr Glück machen kann – und völlig unabhängig von Geschlecht, Sexualität, Erwerbsstatus oder Herkunft. Dieses Versprechen auf Selbstverwirklichung könnte auch eine Erklärung für den nur zaghaften und scheinbar immer schwächer werdenden Widerstand gegen neoliberale Programme sein, weil die Auffassung vorherrscht, der Sozialstaat sei bankrott und daher müsste nun jedeR für sich allein klar kommen – was ja auch viel mehr Möglichkeiten verspricht, selbst aktiv zu werden und dadurch Erfolg zu haben.

Die neoliberale Ideologie eröffnet vielen Individuen neue Möglichkeiten, sich selbst zu verwirklichen. Mit Befreiung aber hat das nichts zu tun, weil sich Befreiung nicht individuell verwirklichen lässt – sie ist immer ein kollektiver (was nicht heißt: kollektivistischer) Prozess. Im Neoliberalismus entsteht statt dessen ein ambivalentes Gemenge differenzierter Ungleichheiten. Die Differenzierung der gesellschaftlichen Arbeitskraft, in die auf viele Weisen alte und neue Geschlechterentwürfe und sexuelle Selbstverhältnisse eingehen, führt insgesamt zur Individualisierung, zur Abnahme von Solidarität und damit auch von (kollektiver) politischer Handlungsfähigkeit.

Neben diesem stabilisierenden Aspekt in der Selbstgestaltung ist an der Ideologie der Selbstverwirklichung aber noch ein direkt ökonomisch vernutzbarer Aspekt bemerkenswert: der »Anreiz zu Formen der Produktion, bei denen die Subjekte sich selbst in dem verwirklichen, was sie produzieren, und sich daher selbst zu immer weiteren Leistungen treiben.« (Wagenknecht 2003) Vorhin war ja schon von den Computer programmierenden Männern die Rede. »Auf diese Weise zu arbeiten, ist (noch?) ein Privileg. Es breitet sich aus, bleibt aber bisher einer Minderheit vorbehalten. Allerdings arbeitet diese Elite vor allem mit den hochtechnologischen Produktionsmitteln, die die neue Produktionsweise prägen. Ihre Wunscherfüllung treibt den Motor der Veränderung mit an.« (ebd.)

Es sind mindestens drei Momente, mit denen die Heteronormativität sich im neoliberalen Kapitalismus als funktional für die Kapitalverwertung erweist: (A) In ihrer traditionalistisch anmutenden Ausprägung sichert sie die alte vergeschlechtlichte Arbeitsteilung, die hierarchische Anordnung der Geschlechter im gesellschaftlichen Produktionsprozess. (B) In ihrer neueren, pluralisierten Form geht sie ein in die Produktion von Ambivalenz. Die Individualisierung in unüberschaubar werdende Hierarchien hinein sichert die Stabilität der ganzen Anordnung mit, in der der Verwertungsprozess sich organisiert. Und (C) sie reizt die Arbeitskräfte zu bestimmten Formen der Produktion an, sie erzeugt ein Begehren, sich ganz und gar in den Arbeitsprozess hineinzustürzen, sich darin selbst zu verwirklichen. Das heißt, sie treibt auch den Motor der Verwertung mit an.

Nun schreibt Rosemary Hennessy in ihrem höchst empfehlenswerten Buch »Profit and Pleasure«, »dass der Kapitalismus die Heteronormativität zu seinem Nutzen einsetzt, heißt noch nicht, dass sie für die kapi-

---

Beschwerden? Bei fast jeder Bewegung der Finger, besonders bei Beugung und Anspannung und besonders der ersten drei Finger, merkst Du einen deutlichen bis heftigen Schmerz, der manchmal auch bei Entspannung bleibt, vor allem auf der Innenseite des Unterarms, kurz oberhalb der Handgelenke. Ganz selten gibt es bei Bewegung der Finger ein kaum hörbares oder tastbares Knarren an der Stelle des Unterarms, an der der Schmerz sitzt. Sehnenscheidenentzündungen kommen immer wieder mal vor und bessern sich nur sehr langsam.
Was macht die Ärztin? Du wirst aufgefordert, den Schmerz zu beschreiben und Deine Finger zu bewegen. Dabei wird der Schmerz wieder auftreten. Vielleicht sucht der Arzt, an der Stelle, wo der Schmerz sitzt, eine Hautrötung. Diese kommt aber nur selten vor. Eventuell wird ein Röntgenbild erstellt oder eine Blutuntersuchung vorgenommen. Beides ist unschädlich, gibt aber selten Aufschluss. Im Prinzip muss dem Arzt Deine Beschreibung ausreichen, um Dich krankzuschreiben. Ganz misstrauisch Ärzte üben sich ganz gerne in Erschreckspielchen, um zu testen, ob Du auch bei ruckhaften Bewegungen noch Schmerzen hast. lass Dich also nicht verarschen. Selbstverständlich treten die Schmerzen bei jeder Bewegung auf.
Therapie? Ruhigstellen der Hand und des Unterarms mit einer elastischen Binde, einer Gipsschiene oder evtl. mit einem Zinkleimverband. Wenn der Verband die Situation verschlimmert, solltest Du ihn lieber abnehmen. Vielleicht bekommst Du noch eine entzündungshemmende Salbe.
Warnung! Viele Leute reagieren auf Gipsverbände allergisch. Solltest Du früher schon einmal Ausschlag unter Deinem Gips bekommen haben, sage dass Deinem Arzt und verlange einen anderen Verband. Auch auf Spritzen gibt es verschiedene Reaktionen (Allergie, Ohnmacht, Übelkeit).

Gute Besserung.

s.n.

talistische Produktion notwendig ist. Der Kapitalismus braucht die heteronormierten Familien nicht und nicht einmal eine geschlechtliche Arbeitsteilung. Was er benötigt ist eine ungleiche Arbeitsteilung.« (2002, 105 Übers. N.W.) Das klingt, als könnten sich die kulturellen Verwertungsbedingungen so weit verändern, dass die Heteronormativität noch während des Kapitalismus verschwindet. Dagegen würde ich einwenden, dass ein solcher Wandel überhaupt nicht in Sicht ist. Aber es bleibt noch ein zweiter Einwand gegen Hennessy: Sie benennt nicht die Rolle, die Geschlecht und Begehren als Antrieb des Verwertungsprozesses spielen. Menschen arbeiten nicht nur, um ihren Lebensunterhalt zu sichern, sondern auch, um sich selbst zu verwirklichen. Dieser Drang zur Selbstverwirklichung lässt sich nicht jenseits der sexuellen Subjektivität denken, er hat mit den psychischen Prozessen zu tun, in denen wir zu Männern und Frauen werden. Das heißt nicht, dass Kapitalismus und heterosexuelle Matrix auf ewig bestehen bleiben müssen, weil sie unsere Existenz als Menschen garantieren. Es heißt vielmehr, dass Befreiung nur als Befreiung von beidem gedacht werden kann – als Befreiung vom Geschlecht und als Befreiung vom Kapitalismus. Ein solcher Prozess kann die Individualisierung nicht durchstreichen oder auslöschen. Im Gegenteil geht es darum, neue Formen der Assoziation zu finden, in denen die freie Entfaltung der Einzelnen Voraussetzung für die freie Entfaltung aller ist.

Nancy Wagenknecht

Dieser Text wurde als Vortrag im Rahmen der Reihe »XYZ – Geschlechterzeichen ungelöst« am 17.6.2003 in Münster gehalten. Eine überarbeitete Fassung soll in dem gleichnamigen Buch erscheinen, das von Elisabeth Tuider herausgegeben wird.

>notes<

>1< Vgl. die Bundestagsdrucksachen 15/25, 15/26 und 15/77

>2< Erste mir bekannte Ausnahme ist ein Papier der BAG queer bei der PDS, vgl. Pape, Sieber und BAG queer, o.J.

>3< Das NKZ gehörte einem Immobilienfond, dessen Anteilseigner über dreißig Jahre Steuern gespart haben, während zugleich Millionenschulden auf die Gebäude gehäuft wurden. Jetzt sind sie (für einen Euro pro Anteil) verkauft und die neue Eigentümer-Gesellschaft muss vermutlich erst einmal bankrott gehen, damit die Stadt die Schulden übernimmt und eine neue, gewinnbringende Verwertung beginnen kann.

>texte<

<-> Boudry, Pauline/Brigitta Kuster/Renate Lorenz, Hg. (1999) Reproduktionskonten fälschen! Heterosexualität. Arbeit und Zuhause. Berlin: b_books

<-> Haug, Frigga (2001) Zur Theorie der Geschlechterverhältnisse. In: Das Argument 43/243, 761-787

<-> Hennessy, Rosemary (2000) Profit and Pleasure. Sexual Identities in Late Capitalism. New York: Routledge

<-> Massey, Doreen (1999): Männlichkeit, Dualismen und Hochtechnologie. In: Boudry, Kuster und Lorenz, 36-63

<-> McDowell, Linda (1999): Body Work. Die Darstellung von Geschlecht und Heterosexualität am Arbeitsplatz. In: Boudry, Kuster und Lorenz, 178-207

<-> Pape, Angela/Sylvia Sieber/BAG queer der PDS: Stellungnahme der Bundesarbeitsgemeinschaft queer der PDS zum Hartz-Konzept. o.O., o.J.

<-> Wagenknecht, Peter (2001): »(Hetero–)Sexualität« in einer Theorie der Geschlechterverhältnisse. In: Das Argument 43/239, 811-820

<-> Wagenknecht, Peter: »Always be yourself!« – Die Formierung von Subjektivität unter neoliberaler Hegemonie. Zur Verschränkung von Männlichkeit, Klassenposition und normativer Heterosexualität. In: Pieper, Marianne/Encarnación Gutiérrez Rodríguez, Hg. (2003) Gouvernementalität. Eine sozialwissenschaftliche Debatte im Anschluss an Foucault. (Im Erscheinen)

autoren buchhandlung marx & co

Grüneburgweg 76 · 60323 Frankfurt am Main
Tel 069/72 29 72 · Fax 069/71 40 38 70
autorenbuchhandlung.ffm@t-online.de

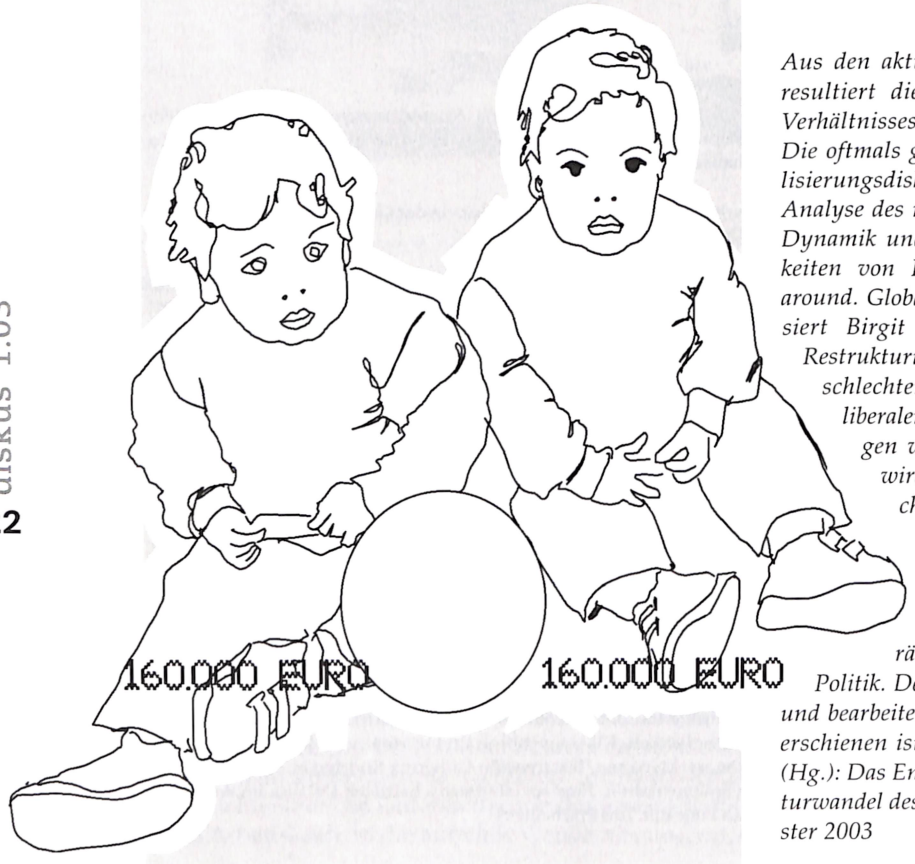
Marx an der Uni

Geisteswissenschaften
Belletristik
Sozialwissenschaften

KARL MARX
BUCHHANDLUNG GMBH
JORDANSTR. 11 · 60486 FRANKFURT/M.
TEL 069/778807 · FAX 069/7077399
KARL.MARX.BUCHHANDLUNG@T-ONLINE.DE

»Gender makes the world go around«

Globale Restrukturierung und Geschlecht



Aus den aktuellen globalen Restrukturierungsprozessen resultiert die Transformation des Politischen und des Verhältnisses von Ökonomie und Politik bzw. Staat. Die oftmals geschlechtsneutrale Präsentation von Globalisierungsdiskursen erfordert eine geschlechterkritische Analyse des neoliberalen Globalisierungsprojektes, seiner Dynamik und seiner Folgen für die Handlungsmöglichkeiten von Frauen. In »Gender makes the world go around. Globale Restrukturierung und Geschlecht« fokussiert Birgit Sauer auf regimespezifische Muster der Restrukturierung von Geschlechterverhältnissen und Geschlechteridentitäten u.a. anhand der mit neoliberaler Sachzwanglogik gerechtfertigten Begrenzungen wohlfahrtsstaatlicher Standards. Sozialabbau wird hierbei nicht als Zeichen für nationalstaatlichen Steuerungsverlust, sondern für Verzicht bzw. Verlagerung von Steuerung betrachtet. Aus der Neuformatierung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse ergeben sich Fragen nach den Handlungschancen und Handlungsräumen feministischer bzw. emanzipatorischer Politik. Der nachfolgende Artikel ist das leicht gekürzte und bearbeitete Schlusskapitel von Sauers Text, der gerade erschienen ist in: Scharenberg, Albert/Schmidtke, Oliver (Hg.): Das Ende der Politik? Globalisierung und der Strukturwandel des Politischen. Westfälisches Dampfboot, Münster 2003

»Farewell Welfare«

I. *Arbeitsamt Höchst, 1. Stock, Vermittlungsstelle.*

Guten Tag, Herr Henkel, schön, dass Sie gekommen sind.

Blieb mir ja nichts anderes übrig. Ansonsten hätten Sie doch meine Arbeitslosenhilfe gesperrt.

Genau darüber wollte ich mit Ihnen reden. Haben Sie sich denn in letzter Zeit tatkräftig um eine neue Anstellung bemüht?

Schon.

Was heißt »schon«?

Ich habe alles gegeben.

Aha. Haben Sie eine abgeschlossene Ausbildung? Verfügen Sie über besondere Spezifikationen?

Schon.

Könnten Sie das bitte konkretisieren!

Ich kann kochen.

Sie sind also Koch?

Genau.

Wo liegt Ihr Schwerpunkt? Restaurant- oder Hotelgastronomie? Großküchen?

Ich habe mich auf antiallergene ostasiatische vegetarische Rohkostzubereitung spezialisiert.

Ich verstehe. Ich habe mir das notiert. Sobald eine Stelle frei wird, hören Sie von uns.

II. Ca. ein Jahr später.

Ein Brief trifft ein. Er beinhaltet die Aufforderung, mich im Bratwurstrondell an der Hauptwache zu bewerben. Brief zurück: »Es ist mir aus religiösen Prinzipien nicht gestattet, Fleischprodukte zu verarbeiten oder in Umlauf zu bringen.« Ca. ein halbes Jahr Ruhe. Dann trifft der zweite Brief ein. Aufforderung, mich im Steakhouse Chicago Meatpacker zu bewerben. Religiöse Motivation sei kein Hinderungsgrund, eine angebotene Stelle auszuschlagen.

III. *Chicago Meatpacker, Untermainanlage, Frankfurt.*

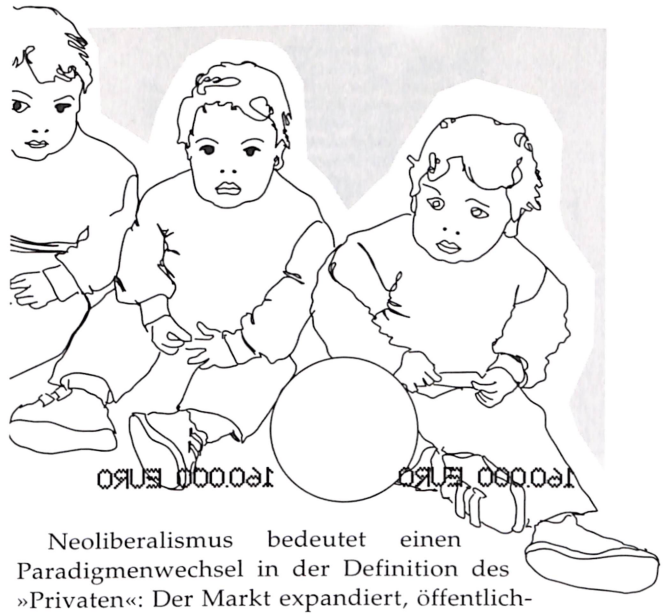
Ich erscheine unrasiert im Hó Chí Min T-Shirt und torkle Richtung Theke.

Guten Tag. Wir öffnen erst in einer Stunde.

Ach so. Ich habe einen Termin bei eurem

Feministische Kritik und Politik geraten angesichts der sozialstaatlichen Restrukturierungen in eine dilemmatische Situation, werden sie doch zu Verteidigerinnen des Sozial- und Gleichberechtigungsstaats, der bisher einmütig als patriarchal kritisiert und in Frage gestellt wurde. Nun erscheint er angesichts globaler Marktbarbarei gleichsam als nationale feministische Ultima Ratio. Dabei war der Wohlfahrtsstaat der Nachkriegsjahre keineswegs ein an sich frauenfreundliches Projekt, vielmehr bewahrte der bundesdeutsche Staat seine männerbündische Tradition. Frauenförderung war einerseits »Nebenprodukt« keynesianischer ökonomischer und politischer Regulierung und andererseits Ergebnis einer politischen Handlungserweiterung der Frauenbewegung, also politischer Kämpfe, sowie einer Frauenöffentlichkeit, die Probleme thematisieren und auf die politische Agenda setzen konnte. Androzentrische Hegemonie wurde damit immerhin rissig, und der maskulinistische Staat wurde »geschlechterparadox«.

Die Handlungschancen von Frauen und Frauenbewegungen in den aktuellen Transformationen abzuschätzen, heißt nun nicht zuletzt, die strukturellen Bedingungen des politischen Raums zu vermessen. Die Politik neoliberaler Restrukturierung ist eine »politische Revolution«, weil sie die Koordinaten des Politischen, wie sie im Keynesianischen Wohlfahrtsstaat bestanden, neu bestimmt. Politische Räume werden neu verhandelt, ja, wir sind ZeugInnen eines neuerlichen Kampfes um die Grenzen des Politischen. Diese Revolutionierung muss nun nicht automatisch die Konditionen für feministische Politik verschlechtern, sie muss nicht automatisch politische Handlungsräume verschließen und politische Öffentlichkeit maskulinisieren, sie birgt möglicherweise neue Chancen für Frauen und für Geschlechterpolitik, sicher aber Veränderungen für Frauenpolitik und Frauenbewegungen. Wir haben es also nicht mit dem Ende oder dem Niedergang der Frauenbewegung zu tun, sondern mit einer radikalen Transformation ihres Handlungskontextes, deren Parameter noch nicht wirklich deutlich sind.



Neoliberalismus bedeutet einen Paradigmenwechsel in der Definition des »Privaten«: Der Markt expandiert, öffentlich-staatliche Räume schrumpfen und werden zur Unkenntlichkeit privatisiert bzw. dereguliert, während Familie und Privatheit zugleich entgrenzt werden. Durch den Rückzug des Staates und die Mobilisierung familiärer Sicherungssysteme wird die Privatsphäre erweitert und vergrößert – und den Frauen aufgelastet.

Die Neudefinition des »Privaten«

Vier Privatisierungsdiskurse sind relevant für die Transformation des Geschlechterpolitischen.

Erstens. Das Terrain für nationale und internationale Frauenpolitik wird durch die Ökonomisierung von Politik, und mithin deren »Privatisierung«, abgesteckt. Diese Grenzverschiebungen zugunsten des Marktes schränken den Raum des politisch Gestaltbaren ein und minimieren die Möglichkeiten demokratischer Gestaltung der eigenen Lebenspraxis. Neoliberalismus als neuer Politikstil der Einengung des Politi-

---

Boss.
Wie bitte? Meinen Sie den Geschäftsführer?
Ja, beim Chief. Macht nichts. Dann hätte ich gern ein Bier und warte einfach.
Darf ich fragen, worum es sich handelt?
Ich bin wegen der Kochstelle da. Ich meine, wegen der Stelle als Cook.
Tut mir leid, die ist bereits vergeben.
Na dann. Tschüss.

IV. Drei Monate später.
Nächster Brief. Aufforderung zur Bewerbung in der Kantine der Postzweigstelle auf dem Frankfurter Flughafen. Ich werde vom Chefkoch im blutigen Kittel empfangen.

Guten Tag, Herr Henkel.
Hallo.
Also ich erzähl mal ein bisschen. Bei uns wird in Schichten gearbeitet. Wir suchen jemanden für die Nachtschicht. Die geht von 23:00 bis 8:00 morgens; und das Ganze sechs Tage die Woche. Wenn Sie kein Auto haben, können Sie sich mit den Kollegen absprechen oder mit der S-Bahn fahren. Das ist eine ausgezeichnete Verkehrsanbindung hier am Flughafen. Der Lohn beträgt in der Probezeit 14 DM Netto die Stunde.
Wird hier Fleisch serviert?
Ja sicher, die Jungs von der Post brauchen ja Muckis in die Arme.
Das ist ein Problem. Ich habe nämlich `ne Fleischallergie
Chefkoch: Ja, Buletten müssen Sie schon klopfen.
Da lauf ich rot an und kriege keine Luft mehr.
Na so etwas. Das tut mir leid; das habe ich ja noch nie gehört. Aber meine Frau ist auch gegen alles mögliche allergisch. Gute Besserung. Auf Wiedersehen.
Tschüss.

V. Zwei Monate später.
Brief mit der Aufforderung, mich in einer Zeiss Metzgerei in Bockenheim zu bewerben, trifft ein. Mittlerweile trage ich einen verfilzten

schen depolitisiert auch den weiblichen Alltag, denn dieser wird erneut als privat eingehegt. Geschlechtergleichheit zählt nicht (mehr) zum Allgemeinwohl, und die Frauenbewegung wird deshalb als »Interessengruppe«, die Spezialinteressen durchsetzen will, verunglimpft.

Dem Neoliberalismus ist ein *zweiter* Privatisierungsdiskurs immanent, der soziale Staatsbürgerschaft redefiniert, indem er ihren Umfang sukzessive zurücknimmt. Der politische Subjektstatus verändert sich in dem Maße, wie soziale Rechte abgebaut werden: Staatsbürgerschaft soll aus dem »individuell«, »autonom« und vor allem ökonomisch definierten Lebenszusammenhang entstehen und kein kollektives Gut mehr sein, das auf Umverteilung und Verteilungsgerechtigkeit zielt und Gerechtigkeit auch zur Voraussetzung hat. Politische Staatsbürgerschaft wird individualisiert und hängt zunehmend von Faktoren wie Bildung, Einkommen und Region bzw. Mobilität ab – Ressourcen, die nicht zuletzt entlang einer Geschlechterlinie verteilt sind. Effektivität und Konkurrenz sind mehr denn je gefragt. Die neue »Normalbürgerin« und der neue »Normalbürger« sollen keine sozialen Rechte mehr vom Staat einfordern, sie gelten vielmehr als selbstverantwortliche Individuen. Anders formuliert: Soziale Ansprüche wie gleicher Bildungszugang, öffentliche Kinderbetreuung oder soziale Absicherung, die Voraussetzungen für politisches Handeln darstellen, werden nicht mehr als (staatlich garantierte) Rechte formuliert. Diese Reformulierung von StaatsbürgerInnenschaft definiert auch politische Partizipation und demokratische Legitimation neu. Demokratiequalität wird weniger an der möglichst großen und gleichen Beteiligung aller BürgerInnen, sondern am Output politischer Institutionen und deren »Anpassungsleistungen« an veränderte ökonomische Bedingungen gemessen. Teilhabe möglichst Vieler am Wohlstand der Gesellschaft wird gleichzeitig durch das Angebot potentieller Teilhabe (durch staatlich vermittelte Chancengleichheit) verdrängt.

Drittens. Eine weitere Form der Privatisierung ist die Informalisierung von Politik in den Substrukturen von Verhandlungsrunden und -netzwerken des vorparlamentarischen Raums. Staatliche Institutionen sind nur noch Vermittler, aber nicht mehr die einzigen oder gar privilegierten Akteure im Politikprozess. Vivien Schmidt spricht in »The New World Order, Incorporated« von »Asymmetrien« staatlicher Macht, weil dadurch die Macht der Exekutive gegenüber der Legislative gestärkt wird. Im »Verhandlungsstaat« verlieren demokratisch legitimierte Institutionen ihr Monopol auf politische Problemdefinition, auf das Agenda-Setting, auf Problemlösungsstrategien und -entscheidungen an korporatistische Netzwerke zwischen staatlicher Administration, gesellschaftlichen Gruppen wie Industrie und Gewerkschaften, Kirchen, Medizin und Wissenschaft. Das interinstitutionelle Verhandlungsgeflecht schwächt also Repräsentationsorgane und Aushandlungsprozesse wie beispielsweise Parlamente, in die sich Frauen einen quotierten Zugang erkämpft haben.

Erste Untersuchungen legen für diesen Prozess der Entstaatlichung und Privatisierung von Politik

---

Vollbart. Ansonsten leger gekleidet. Ein zerlöcherter Wintermantel und ein wenig Hundescheiße am Schuh.

Was darf's sein?
Ich würde ja mal gerne den Marktleiter sprechen.
Geht es um eine Beschwerde?
Nein, um eine Bewerbung.

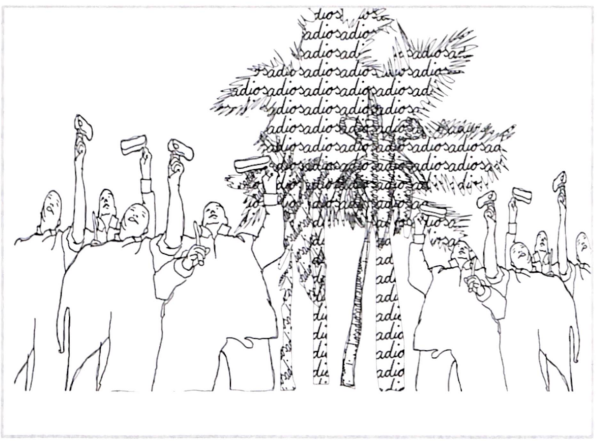
[Marktleiter wird vorgewarnt]
Sie sind wegen der Stelle gekommen?
Genau. Is die noch da?
Ja, aber ich fürchte wir können Sie so nicht einstellen.
Wieso das denn?
Wir legen Wert auf ein gepflegtes Äußeres.
Das trifft sich doch gut. Ich auch.
Sie, ääh, hmm, entsprechen leider nicht dem Bild eines idealen Verkäufers.
Ich bin aber voll hygienisch.
Es tut mir leid, aber da ist nichts zu machen.
Na, wenn sie meinen. Tschüss.

VI. Drei Wochen später.
Brief mit der Aufforderung, an einer Fortbildungsmaßnahme des Arbeitsamtes Teil zu nehmen, trifft ein. Das Motto: »Wie bewerbe ich mich richtig«. Bei Nichterscheinen wird eine Sperre angedroht.
8:00 morgens, Seminarraum des Arbeitsamtes Höchst. Außer mir sind noch ungefähr 15 andere Menschen anwesend. Hinter einem Overheadprojektor verschanzt sitzt meine Sachbearbeiterin. Sie schiebt eine Folie hin und her. An der gegenüberliegenden Wand erscheinen die Worte: Flexibilität, Eigenverantwortung und Disziplin. Ich bin beeindruckt, weiß aber nicht, was ich hier noch lernen soll. Mein Bewerbungsverhalten kommt mir ziemlich eigenverantwortlich vor. Und an Flexibilität hat es ja eher die andere Seite mangeln lassen. Aber vielleicht die Disziplin...? Ich beschließe mein neu erworbenes Wissen gleich noch einmal anzuwenden und schreibe eine makellose Bewerbung.
Seitdem bin ich Student.

centerflex

nahe, mit geschlechterpolitischen Ambivalenzen zu rechnen: Die nationalen und internationalen Verhandlungsregime ziehen Entdemokratisierung und Remaskulinisierung nach sich. Die Entscheidungsfindung in Verhandlungssystemen erfolgt in der Regel unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Privatisierung heißt dann, dass Politik einer kontrollierenden Öffentlichkeit tendenziell entzogen bleibt. Diese Entöffentlichung hat zur Folge, dass Entscheidungen durch männerbündische Entscheidungsstrukturen getroffen werden, weil in diesen Verhandlungsnetzwerken fast nur Männer in entscheidenden Positionen agieren. Mit einer Arkanisierung bzw. Geheimhaltung von Politik ist in der Regel auch eine Homogenisierung des Geheimgehaltenen verbunden – eben auch eine Geschlechtshomogenisierung, weil die Abkapselung einer Führungsgruppe nach außen das Bedürfnis nach innerer Reproduktion »des Gleichen« hervorruft, im politischen Feld oft die Rekrutierung von Männern durch Männer. Die intensivere Form der informellen Verflechtung zwischen Interessenverbänden, Bürokratie und privaten Akteuren erhöht also tendenziell den Männereinfluss und erschwert erfolgreiche Interventionen institutioneller Frauen- und Gleichstellungspolitik.

Viertens. Die politische Neuvermessung impliziert eine weitere spezifische Form der Begrenzung und Privatisierung des Staates. Es war – trotz aller Exklusionsmechanismen – der Nationalstaat, in dessen Rahmen im Verlauf des 19. und 20. Jahrhunderts Demokratisierungsprozesse stattfanden, und der eine partielle Inklusion aller Staatsangehörigen in die StaatsbürgerInnenschaft ermöglichte. Der fundamentale Bruch in den ökonomischen, sozialen und politischen Repräsentationsformen zerstört traditionelle Orte und Formen von Frauenpolitik. So ist beispielsweise die finanzielle Absicherung von Frauenprojekten gefährdet, Gleichstellungspolitik und Frauenförderung werden in einem diffusen Diskurs um »Gender Mainstreaming« delegitimiert und Ungleichheit qua Geschlecht wird zunehmend desartikuliert. Der Nationalstaat soll nicht länger Ansprechpartner frauenpolitischer Intervention sein, und eine Strategie der Integration in den Staat durch Gleichstellungspolitik wird immer schwieriger. Es ist anzunehmen, dass sich zwar der Bedarf an gezielter Frauenförderung aufgrund der Einschnitte ins soziale Netz erhöhen wird, dass synchron dazu aber gerade diese Förderinstrumente unter Spar- und Legitimationsdruck geraten. Die Privatisierung und Ökonomisierung staatlicher Verwaltungen setzt perspektivisch Frauen als Angestellte dieser Verwaltungen frei, bringt aber auch Frauen- und Gleichstellungspolitik in Bedrängnis, weil der »schlanke Staat« Gleichstellungsmaßnahmen – als »bürokratische« Maßregeln diffamiert – abspeckt. Unter den drei Überschriften: Anreiz, Dezentralisierung und Wettbewerb sollen bürokratische Musterungen und hierarchische Regelförmigkeiten staatlicher Verwaltungen aufgebrochen werden. Allerdings wird damit die maskulinistische Kernstruktur der Bürokratie nicht beseitigt, sondern neu institutionalisiert: Bürokratische Männlichkeitsmuster werden durch maskulinistische Ideale des Wett bewerbs ersetzt. Gleichstellungspolitik degeneriert zur Schadensbegrenzung, damit Frauen im Zuge der



Bewerbungsmanager.

Du stehst mit dem Rücken an der Wand? Das Arbeitsamt nötigt Dich zu Bewerbungen für blödsinnige Jobs? Zusätzlich droht man, Dir die staatlichen Leistungen zu entziehen? ABM war noch nie das, was Du schon immer mal machen wolltest?
Nur, wie schaffst Du es, Dich zu bewerben und trotzdem nicht genommen zu werden? Das ist gar nicht so schwer.

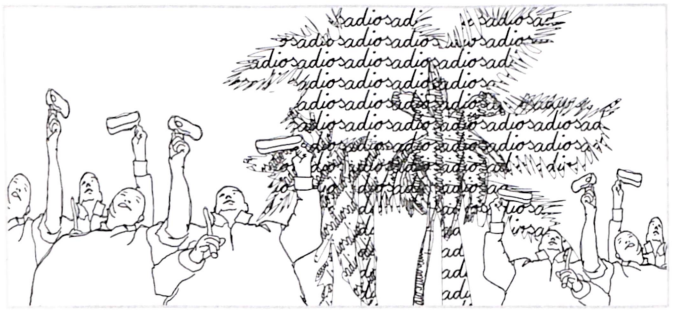
Das Bewerbungsschreiben

Alles beginnt mit dem verdammten Bewerbungsschreiben. Ehrlich währt am längsten – also pack die Karten auf den Tisch: Von dem Job, für den Du Dich bewirbst, hast Du leider gar keine Ahnung, Deine Motivation ist dementsprechend auch nicht besonders groß. Schon in Deinem vorherigen Job hast Du oft gefehlt. Du bist eben gesundheitlich eher labil. Im Aneignen neuer Fähigkeiten warst Du noch nie besonders gut. Deine Auffassungsgabe lässt sehr zu wünschen übrig, auch wenn Du Dich selbstverständlich immer sehr bemüht hast. Am besten teilst Du auch gleich mit, dass Du demnächst unbedingt Urlaub nehmen willst (Goldene Hochzeit, Familienfeier im Ausland o.ä.). Wenn Du noch im entsprechenden Alter bist, kannst Du auch mit Deinem Kinderwunsch prahlen, den Du in absehbarer Zeit zu erfüllen gedenkst.
Wenn Du's drauf anlegen willst, kannst Du auch schreiben, dass Du Dich bewirbst, weil Dich das Arbeitsamt dazu zwingt. Davon sollte das Amt allerdings nichts mitbekommen. Schließlich hast Du Dich ehrlich um Arbeit bemüht.
Rein formal empfiehlt es sich, sämtliche Patzer einzubauen, die in jedem Buch mit Tipps zur erfolgreichen Bewerbung unter der Rubrik »auf gar keinen Fall machen« stehen. Überhaupt ist so ein Buch sehr lehrreich, liest man es aus der Sicht des Bewerbungssaboteurs.
Besonders unerwünscht sind handschriftliche Bewerbungen, die zudem schnell mal hingerotzt wurden – Ausdruck, Orthographie und Grammatik nur vom Feinsten! Vielleicht verwendest Du hin und wieder ein Fremdwort, das da nun wirklich nicht hinpasst. Besonders schön wird das Anschreiben, wenn man hier und dort noch ein wenig rumkleckst und den Tacker ausgiebig

ökonomischen und sozialen Umstrukturierungen bereits errungene Positionen nicht wieder verlieren. Aktive feministische Struktur- und Gesellschaftspolitik verschwindet dann freilich aus dem Denk- und Handlungshorizont. Auch semi-autonome Frauenprojekte geraten dadurch an den Rand ihrer finanziellen Existenz.

Neuorientierung frauenpolitischer Intervention

Diese »harte« Zeichnung geschlechterpolitischer Transformationen will auf die Notwendigkeit einer Neu-Erfindung des Raums frauenbewegter Intervention hinweisen. Wir befinden uns nicht in post-



patriarchalen Zeiten, wenn damit gemeint ist, dass Ungleichheit qua Geschlecht zunehmend unbedeutend oder von anderen Differenzen gleichsam »abgelöst« wird. Vielmehr wird das in den letzten 200 Jahren gültige und erfolgreich institutionalisierte hierarchische und ausbeutende Geschlechterregime restrukturiert. Vergeschlechtlichung ist nach wie vor eine probate staatliche Strategie zur »Lösung« sozialer und ökonomischer Probleme, d.h. hierarchische Zweigeschlechtlichkeit bleibt eine Ressource der politischen und ökonomischen Transformation. Deshalb bedarf es weiterhin »vergeschlechtlichter« Antworten, d.h. der Politisierung und Mobilisierung von »Geschlecht« für mehr Gleichheit und Gerechtigkeit zwischen Frauen und Männern.

Es ist davon auszugehen, dass die politische Dynamik der Geschlechterordnung durch Krisen in der Legitimierung patriarchaler Strukturen, im System der Arbeitsteilung aufgrund der Integration von Frauen in den Erwerbsbereich sowie durch Krisen in der sozialen Organisation von Sexualität entsteht. Die derzeitigen Transformationen von Nationalstaaten und die Erosion der Erwerbsgesellschaft öffnen möglicherweise Räume für neue politische Identitäten und Praxen jenseits der Erwerbsgesellschaft und patriarchaler Politikmuster und erweitern somit den potenziellen politischen Handlungsspielraum für Frauen, freilich nicht automatisch. Frauenpolitik muss sich vielmehr als aktiver Faktor im globalen Wandel erst definieren. Dazu vier Hinweise.

Erstens. Auch in Zeiten globalisierter Umstrukturierung ist der (nationale und internationale) Staat kein einheitlicher und stabiler Akteur, sondern ein strategisches Handlungsfeld, in dem um die Herausbildung und Durchsetzung von Interessen gerungen wird. Beispielsweise müssen neue nationale wie internationale sozialstaatliche Arrangements unter postfordistischen Bedingungen wieder neu ausgehandelt werden. Streiks und Demonstrationen gegen arbeitsmarkt-, sozial- und finanzpolitische Maßnahmen sind Aspekte dieses neuen Klassenkampfs und neuer staatlicher Aushandlungsprozesse. Auch der Geschlechterkonflikt kann und muss wieder gegen-hegemonial politisiert werden. Frauenpolitik muss sich beispielsweise an den zahlreichen Aushandlungsorten eines neuen Sozialstaatskompromisses einmischen. Freilich werden die Sozialstaatsdebatten hegemonial männlich geführt, wie die Renten- bzw. Pensionsdiskussionen zeigen, doch Frauenbewegung, Frauenpolitik und feministische Wissenschaft sind die einzigen Instanzen, die diese Debatten gegenhegemonial vergeschlechtlichen können.

---

einsetzt. Um an solche Bewerbungsschreiben nicht unnötig Papier zu verschwenden, sollte man einfach einseitig bedrucktes Papier noch einmal durch den Drucker jagen. Schön wäre es natürlich, wenn die Rückseite dann auch ein wenig witzig oder auch besonders geschmacklos ist. Zur Krönung sollte man unbedingt Sondermarken vom DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund) draufkleben. So landet Eure Bewerbung mit großer Sicherheit noch vor dem Öffnen im Müll.

Das Gespräch

Weiß das Arbeitsamt, wo Du Dich bewirbst, solltest Du stets betonen, wie gern Du den Job hättest. Im Zeitalter der Personal Service Agenturen ist das noch unausweichlicher als früher bei den ABM-Stellen. Hier muss eher Dein Auftreten »überzeugen«. Vielleicht kommst Du gerade von einer Party, bist ziemlich unausgeschlafen und hast noch ordentlich Alkohol (oder anderes) im Blut. Dementsprechend riechst Du auch. Die Klamotten haben schon lange kein Waschmittel mehr zu Gesicht bekommen. Die Schweißflecken (am besten auch Geruch) sind kaum zu übersehen. Dreck unter den Fingernägeln und ordentlich Schlamm an den Schuhsohlen machen Dich nicht sympathischer. Immer mit dabei: Dein Walk- oder wahlweise auch Discman, den Du natürlich erst ausschaltest, wenn Du so richtig angekommen bist. Auch Unpünktlichkeit wird in diesen Kreisen nicht sehr geschätzt. Natürlich kommst Du nur einige Minuten zu spät und es tut Dir furchtbar leid.

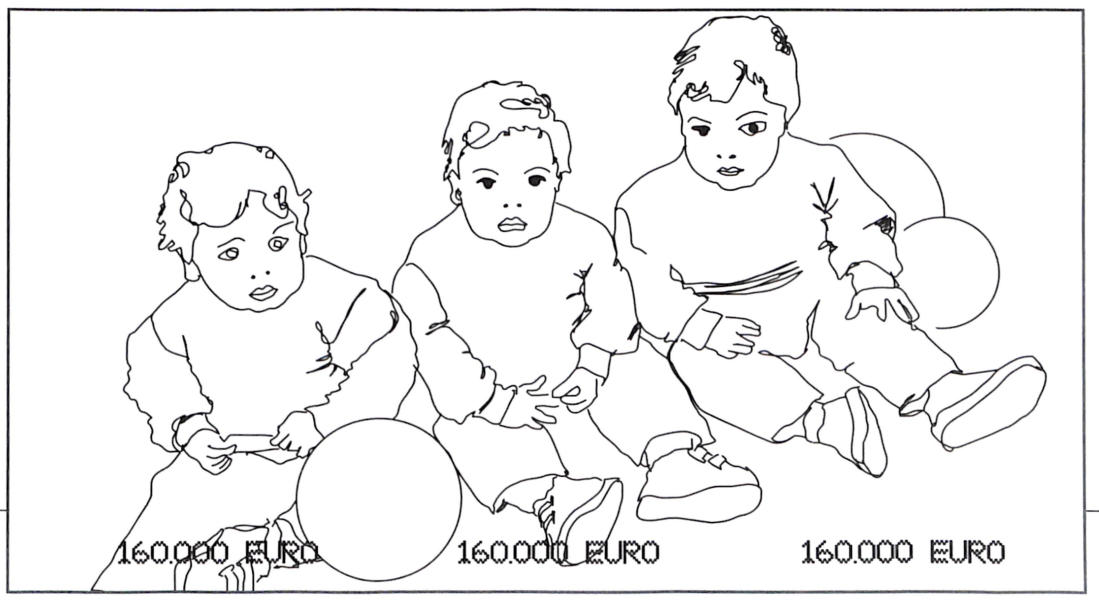
Da Du ein außerordentlich höflicher Mensch bist, bemühst Du Dich, Deinem Gegenüber nahe zu sein, was der andere aber eher als aufdringlich empfindet. Da Du's mit der Hygiene nicht so hast, juckt Dir von Zeit zu Zeit der Kopf, der Rücken, Hintern usw. Da muss man natürlich etwas gegen tun.

Die flegelhaftere Variante: Leg die Füße gleich irgendwo hoch. Erzähle den ein oder anderen Witz oder erlaube Dir ein paar Späßchen mit dem Chef. Auch Nase geräuschvoll hochziehen kann zum echten Renner werden. Wenn Dich der Hunger plagt, solltest Du Dich nicht unnötigen Qualen aussetzen. Pack ruhig die Stullen

In der »Paradoxie« des Staates liegen nun Handlungschancen für eine Politik, die auf Geschlechtergerechtigkeit zielt. Teile des »widersprüchlichen« Staates können durchaus als Bündnispartner gegen ökonomische Hegemonie genutzt werden. Somit erfordert gesellschaftliche Demokratisierung eine gleichsam paradoxe Intervention: nämlich Frauenpolitik »mit dem« Staatsapparat »gegen den« Staatsapparat zu machen, d.h. sich gegen eine Ökonomisierung der Politik und gegen die Dominanz der Ökonomie zur Wehr zu setzen. Gleichstellungsinstitutionen sind Verhandlungspositionen innerhalb dieses staatlichen Aushandlungsprozesses, die genutzt werden sollten, auch wenn diese Positionen im Verhandlungsstaat herrschaftlich besetzt sind.

Zweitens. Notwendig ist ein strategischer frauenpolitischer Wechsel hin zu neuen Bündnissen und neuen Handlungsformen. Geschlechtergerechte Demokratisierung scheint in einem Bündnis mit solchen Gruppen möglich, die einem neoliberalen oder neo-korporatistischen Umbau des (Sozial-)Staates ebenfalls skeptisch gegenüberstehen. Dies sind nicht allein Frauen, sondern möglicherweise auch die Vielzahl aus dem Erwerbsleben hinausgeworfener Männer sowie Migrantinnen und Migranten.

Drittens. Die Auflösung geschlechterspezifischer Zuschreibungen hat zur Folge, dass ein Sprechen von der »Frau« immer schwieriger wird. Frauenbewegung und staatliche Gleichstellungspolitik müssen deshalb Ungleichheiten zwischen Frauen als politisches Faktum begreifen und differenzierte Strategien entwerfen, insbesondere für Frauen, die nicht in Positionen sind, von denen aus sie »gefördert« werden können – vor allem Migrantinnen. Diese Erweiterung aus nationalstaatlicher Enge heraus scheint mir die große Herausforderung für demokratische Politik und Frauenbewegungen. Frauen- und Gleichstellungspolitik wie auch Frauenbewegung müssen darüber hinaus auch deutlicher die »soziale Frage« stellen. Die vielfach zur feministischen Floskel verkommene Forderung nach der Integration von Differenzen, von Klasse und kulturellem Hintergrund in die Frauenpolitik kann und muss hier eingefordert und realisiert werden. Ein neuer Geschlechtervertrag hat nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn die sozialen und kulturellen Differenzen, die derzeit hegemonial politisiert werden, ins feministische Kalkül gezogen werden, d.h. wenn sie in einem feministischen Diskurs zu Elementen des politischen Universum werden.



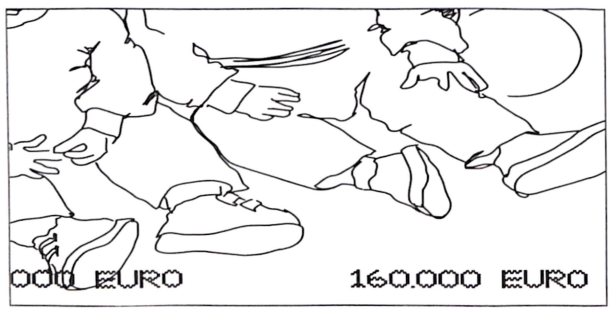
büchse aus und gieß Dir einen Schluck Kaffee aus Deiner Thermoskanne ein.
Das Ganze darf natürlich nicht zu offensichtlich nach Sabotage aussehen. Das könnte Dir eine Sperrzeit einbringen, und dann ist das Geld erst mal flöten.

Auch beim Gespräch solltest Du Dich unbedingt noch mal nach der Urlaubsregelung erkundigen. Frage ruhig auch nach, wie sie es so mit ArbeitnehmerInnenrechten halten. Auf die Art machst Du gleich deutlich, dass mit Dir auch in Zukunft nicht gut Kirschen essen ist.

Die Highlights auf einen Blick
*** DGB-Sonderbriefmarken
*** Bewerbungsgespräch im Rausch à la Trainspotting
*** ein kreativ bis wild zusammengetackertes Bewerbungsschreiben
*** Schweißflecken wie nach einem Boxkampf
*** mit schlammbehafteten Schuhen den Teppich des Chefs in spe mal so richtig einsauen
*** Aufdringlichkeit, gepaart mit Unsauberkeit
*** Jucken, jucken, jucken
*** Urlaubsankündigung noch vor der Job-Zusage bringen5
*** Kaffee- und andere Flecken auf dem Bewerbungsbrief
*** Unpünktlichkeit

anonyma.sabotant

Viertens. Die zeitgleiche Globalisierung und Lokalisierung, bietet die Möglichkeit, dezentrale, kleinräumige Bewegungsnetze zu aktivieren. Der Staat löst sich nicht auf, sondern präsentiert sich verändert und angepasst in einer Vielzahl von Formen und gesellschaftlich-räumlichen Ebenen. Insbesondere die lokale bzw. städtische Ebene wird »zu einem bevorzugten postfordistischen Experimentierfeld« (Roth, 109). In dem Maße, wie sich der Nationalstaat der Verantwortung für soziale Umverteilung entledigt, erhält der subnationale Staat diesbezüglich mehr Gestaltungsmöglichkeiten – allerdings auch mehr finanzielle Bürden wie z. B. im Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Ausbildungsbereich. Projekte wie neue Arbeitszeit- und Arbeitsplatzmodelle können dann aber auf lokaler Ebene – an Runden Tischen mit Beteiligung lokaler Industrien, Gewerkschaften und Gleichstellungsbeauftragten – kurzfristiger und kreativer geschaffen werden als durch eine nationalstaatliche oder supranationale Bürokratie. Eine Garantie, dass sich solche neuen Handlungskorridore öffnen, gibt es freilich nicht, vielmehr ist auch hier ein paradoxer Gegentrend festzustellen: Es scheint nämlich, als ob mit den bislang erprobten direktdemokratischen Verfahren auf lokaler Ebene die »Entscheidungslosigkeit« demokratisiert wird: Die Zivilgesellschaft debattiert lokal, aber entschieden wird an anderen Orten.



Frauenpolitik sollte allerdings nicht übersehen, dass es gerade Teil des neoliberalen Diskurses ist, existierende politische resp. frauenpolitische Zusammenhänge, Widerstände und Widerständigkeiten zu negieren und zu desartikulieren. Die Neuvermessung des politischen Raums bedeutet gerade nicht, dass weibliche politische Praxen verschwinden, sie werden vielmehr diskursiv zum Verschwinden gebracht. Nach wie vor aber ist der weibliche Alltag Quelle des Widerspruchs und des Widersprechens. Davon können Frauenbewegungen des Südens ein lautes Lied singen. Frauenbewegung und Frauenpolitik des Nordens sind vielleicht aus der »heilen« Welt des Keynesianismus gefallen – aber nicht aus der Welt des Politischen. Feministische Handlungsperspektive kann es sein, diese widersprüchlichen weiblichen Alltagspraxen, die Lücken und Brüche, die die neoliberale Restrukturierung dort hinterlässt, sichtbar zu machen, zu politisieren und zu verändern. Diese »Küchenpolitik« (Elson) ist nach wie vor ein Weg zu mehr Demokratie.

Birgit Sauer

>texte<

<-> Bakker, Isabella (1997): Geschlechterverhältnisse im Prozess der globalen Umstrukturierung. In: Braun/Jung (Hg.): Globale Gerechtigkeit? Feministische Debatte zur Krise des Sozialstaats. Hamburg, 66-73

<-> Brodie, Janine (1994): Shifting Boundaries. Gender and the Politics of Restructuring. In: Bakker (Hg.): The Strategic Silence. Gender and Economic Policy. London, 46-60

<-> Elson, Diane (2002): International Financial Architecture. A View from the Kitchen. In: *feminia politica*, H.1, 26-37

<-> Roth, Roland (1998): Postfordistische Politik. Regulationstheoretische Perspektiven zur Zukunft des Politischen. In: Görg/Roth (Hg.): Kein Staat zu machen. Zur Kritik der Sozialwissenschaften. Münster, 95-118

<-> Schmidt, Vivian (1995): The New World Order, Incorporated. The Rise of the Business and the Decline of the State. In: What Future for the State?, *Daedalus* Vol. 124, H. 2

»Hallo Partner!«

Man hat das Arbeitsamt nicht zu mögen, heißt es. Von da komme nichts Gutes, es sei eine Gängelbehörde. Ich aber habe schon bei meinem zweiten Besuch auf dem Arbeitsamt Glück gefunden. Vielleicht auch nur deshalb, weil das Arbeitsamt sich ja gerade entbehördisiert und schon bald eine Serviceagentur sein wird. Mein Partner in schwierigen Lebensphasen. Und bei Partnern, das kennt man aus anderen Lebensbereichen, kann man sein Glück finden. Das geht. Zumindest immer wieder mal.

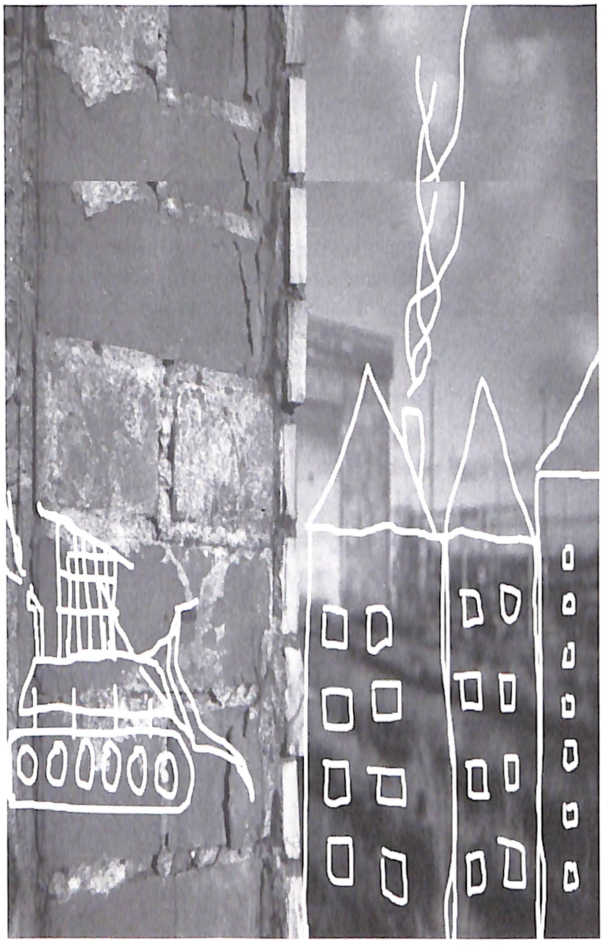
Noch auf dem Weg zu meinem designierten Partner habe ich mich in Form gebracht. Die gebotene innere Haltung angenommen: Hey Du, mein Ex-Amt, mein Agentur-Partner, komm mir bloß nicht dumm. Denn statt Lover bist du mein Versicherer. Ich erwarte weder Liebe noch Agenturscheiß, sondern Kohle. Meine Grundgesetzkohle, die du mir peu a peu aus der Tasche gezogen hast.

So was in der Art habe ich mir gesagt. Zugegebenermaßen hat mir das Ex-Amt noch gar nicht allzu viel aus der Tasche gezogen. Vadder und Mudder aber haben eingezahlt, monatlich und jahrzehntelang. Und die haben nie was zurückbekommen, weil das damals im Fordismus nur selten nötig war und meinem Vadder-Mudder-Komplex ja auch schrecklich peinlich gewesen wäre. Das war zwar dumm, hat aber zur Folge, dass unser Familienkonto bei meinem neuen Partner prall gefüllt sein müsste. Und ich bin gekommen, um mir meinen Teil zu holen.

Erst aber muss ich warten. Irgendwo oben, in der Abteilung für lohnlose Akademiker. Netterweise stellt mein Agenturpartner kostenloses Lesematerial zur Verfügung. Zum Beispiel das Stellenangebot-Blättchen »Markt & Chance«, was irgendwie nach Max Weber klingt. Ich checke die Auswahl unter der Rubrik »Geistes- und Sozialwissenschaft/Recht«, wo meine Partner dieser Ex-Amts-Republik sechs offene Stellen zusammengekratzt haben. Ich will aber weder pädagogischer Leiter, noch Sport- und schon gar nicht Fahrlehrer werden. Ich will Geld. Auch unter der Rubrik Gastronomie wird was geboten: auf Langeoog suchen sie für sechs Monate ein Zimmermädchen Querstrich Room Boy Querstrich mit Deutschkenntnissen. Oder lieber gleich ganz ins Ausland, wo mehr als die Hälfte des Markts und somit meine Chancen liegen? So könnte ich als chemischer Ausbilder nach Indien gehen, als

Arbeit total

Die Schröder'schen Sozialreformen – Projekt der Restrukturierung und Verallgemeinerung der Lohnarbeit



1. Krise des Arbeitsmarktes – Krise des Systems der Lohnarbeit

Die von »Wirtschaftsweisen« und Arbeitsmarktexperten seit längerem beschworene Rezession scheint inzwischen eingesetzt zu haben. Im Strom der nicht abreißenden Horrormeldungen über Rekorderwerbslosenzahlen, Firmenpleiten, bankrotte kommunale Haushalte und Schließung von Bibliotheken, Schwimmbädern und sozialen Einrichtungen, den Debatten um Rentenniveau, Rentenbeiträge und Renteneintrittsalter sowie die Kostenkrise im Gesundheitswesen wird dem erschrockenen Zeitungsleser und Fernsehzuschauer zunehmend unklar, inwiefern diese verschiedenen Tatbestände miteinander zusammenhängen und warum.

Genau diese Unklarheiten und dumpfen Ängste um Job und Existenzsicherung nutzt nun die medienwirksam in die Ecke gedrängte Schröder-Regierung, um einen grundlegenden Bruch mit den bisherigen sozialstaatlichen Rahmenbedingungen zu inszenieren und den massivsten Angriff auf Lebensstandard,

---

Kranführer nach Uganda, als Farmhelfer nach Island, als Uhrmacher in die Schweiz oder als Spengler nach Italien. Das klingt verlockend. Was aber macht ein Spengler?

Ich wechsle die Lektüre und blättere im »Job-Profi«. Nicht umsonst, denn so lerne ich, dass »Kündigungszeiträume zu Aktionszeiträumen« werden müssen. Denn eines steht fest: »Eines steht fest: auf dem Arbeitsmarkt gewinnen die Aktiven.« Aber nur, behauptet ein anderer Artikel, wenn sie gut aussehen: »Neben den Qualifikationen zählen auch die Äußerlichkeiten. Gutes Aussehen macht sicherer und selbstbewusster.« Unter der Überschrift »Das Hier und Jetzt« (was wiederum verdächtig nach Heidegger klingt) lautet die Anweisung: »Schließen Sie das Vergangene ab und machen Sie sich frei für neue Ziele.« Gerne, mein Partner, für dich tue ich alles. Meine innere Strenge weicht dahin. Ich atme tief ein und werde frei. Doppelt frei.

Irgendwann schaue ich mal wieder auf und stelle fest: ich sitze alleine auf diesem trüben Gang. Ob die anderen 4.344.255 schon zum Bewerbungsgespräch nach Langeoog unterwegs sind? Angst steigt auf und ich will gerade gehen, als ich hereingerufen werde. Mein Partner ist fast 60 und statt Servicelächeln trägt er Strickweste. Als wären wir hier auf einem Amt. »Ich will mein Geld abholen«, sollte ich sagen. »Ich will mich arbeitslos melden«, sage ich. Mist, hat mich mein Partner etwa schon eingelullt?

Die Strickjacke schiebt mir ein Formular über den Tisch – so schnell also werden Kündigungszeiträume zu Aktionszeiträumen. Ich stolpere über Frage 15: »Sind Sie bereit, alles mögliche dafür zu tun, eine neue Beschäftigung zu finden? Ja/Nein«. Nun, was soll man da sagen? Kann ich bei einem Ja zwangsverpflichtet werden, mich als Spengler in Italien zu verdingen? In Partnerschaften ist Ehrlichkeit wichtig. Deshalb frage ich, was es mit der Frage auf sich hat. »Wenn Sie Nein ankreuzen, bekommen Sie kein Geld«, sagt die Strickweste und lächelt dabei nicht mal. Ich zögere, dann kreuze ich auch auf das Spengler-Risiko hin Ja an. Zur Not kann ich mich ja auch wieder von meinem Partner trennen. Dabei fällt mir mein Freund ein (nein, nur ein Freund, nicht mein Partner), der sich so oft bei seinem Partner an-, ab- und umgemeldet hat, bis er schließlich nie mehr etwas von ihm gehört hat – nur die Kohle kam immer punktgenau.

soziale Rechte und Absicherungen der Lohnabhängigen seit Bestehen der BRD zu starten. Kommen sie damit durch, wird es zwar möglicherweise die Sozialdemokratie im bisherigen Sinne nicht mehr geben und werden wohl auch die DGB-Gewerkschaften als Co-Manager und soziale Moderatoren des Spannungsverhältnisses von Kapital und Arbeit ausgedient haben, sie werden aber die historische Mission erfüllt haben, die ihnen im beginnenden 21. Jahrhundert zukommt, nämlich den nachholenden Modernisierungsschub des deutschen Kapitalismus in Richtung auf Entgrenzung der Arbeitszeiten, Radikalisierung der Ausbeutungsverhältnisse, Neuregulierung und Entrechtlichung des Arbeitsmarktes, Verallgemeinerung und Vertiefung des Kapitalverhältnisses, mit dem kleinstmöglichen Widerstand seitens der Lohnabhängigen umgesetzt zu haben.

Die Maßnahmen, die nun zur Diskussion stehen, sind jedoch nicht einfach »soziale Grausamkeiten«, ausgeführt von einer orientierungslosen und unfähigen Regierung, die sich nicht anders zu helfen weiß, um aus ihrem Umfragetief herauszukommen, sondern die vom Kapitalinteresse her notwendige Reaktion auf eine tiefgreifende Krise der Lohnarbeit, die sich u. a. in den seit Jahren konstant hohen Erwerbslosenzahlen manifestiert. Diese Zahlen sind – und soviel haben Regierung und Unternehmerlobby inzwischen begriffen – Ausdruck einer strukturellen und nicht in erster Linie konjunkturellen Krise. Im Übergang vom Fordismus zum Postfordismus und der damit einhergehenden Fragmentierung, Ausdifferenzierung und Deterritorialisierung der Lohnarbeitsverhältnisse haben sich die Grenzen zwischen Lohnarbeit und selbständiger Arbeit, formell dokumentierter und informeller Arbeit und vor allem zwischen für den Arbeitsmarkt verfügbarer Arbeit und »Nicht-Arbeit« seit den frühen achtziger Jahren soweit verwischt, die Nischen und Fluchtreaktionen aus dem System der fordistischen Lohnarbeit soweit geöffnet, dass bei gleichzeitig steigenden Erwerbslosenquoten die Reproduktion der Lohnarbeiterklasse als Klasse gefährdet schien. Die aus dem »Normalarbeitsverhältnis« »freigesetzten« Menschen, vor allem jüngere, denen die kapitalistische Arbeitsethik nicht mehr in dem Maße ansozialisiert wurde wie den gewerkschaftlich und industrialistisch geprägten ArbeiterInnengenerationen vor ihnen, sind der Zwangsjacke eines Fulltime-Jobs mit Arbeitshetze, Betriebsethos, Mobbing, nervenden Vorgesetzten, Konkurrenz etc. aus dem Wege gegangen soweit es nur ging. Das entstehende Netzwerk unterschiedlichster »selbständiger«, »freier« oder Teilzeitbeschäftigungen, Jobs auf Zeit, die gewechselt werden wenn der Druck am Arbeitsplatz steigt etc., hat das Kapital innerhalb kurzer Zeit für sich absorbieren können und in veränderte Produktionsabläufe eingebunden (»Lean Production«, »Just-in-time-Production«). Dabei stellte sich heraus, dass es wesentlich effektiver ist, zusätzlich zur reinen körperlichen Arbeitskraft auch die Kreativität und Innovationsfähigkeit von Lohnabhängigen zu kaufen, als achteinhalb Stunden täglich stumpfsinnige Fließbandarbeiten ausführen zu lassen. Die kostenintensiven Hierarchien, Überwachungs- und Disziplinierungsapparate konnten teilweise abgeschmolzen, die Arbeitsorganisation deutlich flexibler gestaltet werden.

In der Praxis ist damit aber auch die Notwendigkeit verbunden, einerseits ein ausreichend großes Reservoir von qualifizierten FacharbeiterInnen zur Verfügung zu haben, die bereit sind, die damit verbundene massive Verdichtung der Arbeitszeit hinzunehmen und andererseits, auf ein funktionierendes Netz von unqualifizierten und prekären Zulieferarbeiten zurückgreifen zu können, die unerlässlich sind, um die Produktionsketten am Laufen zu halten. Was dabeifür den klassischen industriellen Sektor gilt, ist in noch stärkerem Maße für die neuen Dienstleistungsindustrien der »New Economy« erforderlich. Wie aber lässt sich die notwendige Arbeitskraft der »working poor« rekrutieren, wenn noch genügend Nischen vorhanden sind, um dem ökonomischen Zwang zur Lohnarbeit, wenn auch um den Preis eines erbärmlich niedrigen Lebensstandards, zu entkommen?

»I´m a Pretender.«

Am Ende dieses ersten Dates verlasse ich meinen Partner mit »Markt & Chance« in der Tasche und mulmigem Gefühl im Bauch. Ich will nicht Spengler werden müssen. Doch kurz vor der Treppe nach unten fällt mein Blick auf einen Aushang, einen kopierten weißen Zettel. Mein Partner hat den nicht aufgehängt, soviel ist klar. Vielleicht war's Nummer 4.212.382. Egal. Jedenfalls steht eine Frage drauf: »Suchen Sie Glück?« Darunter kleine Zettelchen zum Abreißen. Und auf jedem steht: »GLÜCK«. So habe ich nicht nur begonnen, mir meine Kohle zurückzuholen, sondern auch noch Glück gefunden. »Glück & Kohle« – das wäre mal ein Name für eine Zeitschrift.

can

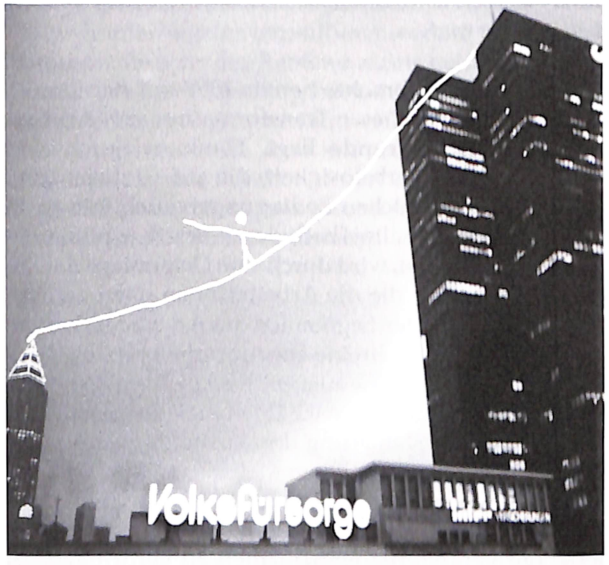
Was tun bei ungewollten GZA-Maßnahmen? [GZA steht für »gemeinnützige zusätzliche Arbeit« nach §19 BSHG. Durch dieses Paragraphen können Kommunen und andere öffentlichen Einrichtungen SozialhilfeempfängerInnen zu Arbeitsleistungen verpflichten.]

Wenn Dir das Amt etwas gegen Deinen Willen aufdrücken will, muss quasi zwangsläufig eine gute Ausrede her. Besonders gut erprobt sind »Ausredenkataloge« zum Beispiel im Rahmen der Musterungsverweigerung. Die Schwierigkeit, »Ausrendenkataloge« für die Verweigerung einer GZA-Maßnahme zu erstellen, besteht darin, dass in diesem speziellen Fall die Geduld der Behörden noch nicht ausreichend auf die Probe gestellt wurde. Die Urlaubsnummer fällt schon mal ganz flach. Als SozialhilfeempfängerIn hat man keinen Anspruch auf lange Urlaube. Die Arbeitskraft (und mehr bist Du einfach nicht) muss ständig zur Verfügung stehen. Generell besteht natürlich die Gefahr, dass das Ganze auffliegt und die Sozialhilfe dann erst einmal gekürzt bzw. später dann gestrichen wird. Auch hier gibt es bisher zu wenig Erkenntnisse, wie Ämter auf so etwas reagieren. Dennoch sollen hier einige Tipps gegeben werden, die allerdings mit Vorsicht zu genießen sind.

1. Plötzliche Erkrankung

Da der Brief mit der »Einberufung« zu der jeweiligen GZA-Maßnahme einige Tage vor Beginn der Maßnahme bei Euch eingeht, ist eine Erkrankung genau in dem Zeitraum gar

Auf der Basis des bestehenden, von der Krise des Fordismus geprägten Arbeitsmarktes konnte sich in Deutschland wie auch in einigen anderen westeuropäischen Ländern, etwa Österreich oder Frankreich, kein stabiles Modell der Arbeitsorganisation entwickeln, das den fordistischen Taylorismus hätte beerben können und dessen Produktionsabläufe sich nicht in der Gefahr der Destabilisierung durch Arbeitskräftemangel, relativ strikt begrenzte Arbeitszeiten (den Normalarbeitstag eben), und – in der Tat – einen extrem hohen, geradezu sozialstaatlich hohen, Preis der Ware Arbeitskraft befunden hätten.



2. Neue Arbeitsverhältnisse und Arbeitszeiten: Ausweitung der Lohnarbeit in alle gesellschaftlichen Bereiche hinein

Entgegen den Thesen vom »Ende der Arbeitsgesellschaft«, die noch vor wenigen Jahren in weiten Teilen der Linken in aller Munde waren, hat demnach, trotz des Zerfalls der »Normalarbeitsverhältnisse« und einer formell registrierten Massenerwerbslosigkeit, wie es sie in Deutschland seit Ende der zwanziger Jahre des vorigen Jahrhunderts nicht mehr gegeben hat, die Lohnarbeit nicht ausgedient: Sie hat sich lediglich diversifiziert, entrechtlicht und zeitlich wie örtlich entgrenzt. Diesen Prozess zu steuern und den notwendigen ökonomischen Druck zu ermöglichen, durch den Arbeit nicht nur allgegenwärtig, sondern auch wieder fassbar wird und lückenlos den Alltag und das Alltagsbewusstsein bestimmt, ist zur Überlebensfrage für die postfordistische Ökonomie geworden. Die in diese Richtung gehenden politischen Bemühungen wurden von BDI und anderen seit Jahren lanciert und scheinen die sozialdemokratische Bundesregierung auch zunehmend zu beschäftigen. Dazu gehört auch, die Beschäftigungsverhältnisse überhaupt erst einmal zu schaffen, mit denen sich ein flächendeckender Niedriglohnsektor etablieren lässt. Hier setzen die Vorschläge der Hartz-Kommission an, wenn es um die Disziplinierung der Subjekte und deren Unterwerfung unter das postfordistische Akkumulationsregime geht. Drei prägnante Beispiele seien kurz genannt:

1) Umkehrung der Beweislast: Erwerbslose müssen nun nachweisen, dass ein Job ihnen nicht zumutbar ist, andernfalls müssen sie bei Ablehnung eines solchen »Angebots« mit drastischen Kürzungen der Bezüge rechnen.

2) Ist jemand bei einer PSA (Personal-Service-Agentur) beschäftigt, so muss er in den ersten sechs Monaten jeden Job übernehmen. Tut er dies nicht, muss er mit dem Verlust des Arbeitslosengeldes rechnen.

nicht besonders abwegig. Natürlich müsst Ihr ein ärztliches Attest einholen. Unwahrscheinlich ist, dass Ihr dafür zu einer Ärztin gehen müsst, die Euer Sozialamt bestimmt. Eine nette Ärztin Eurer Wahl lässt sich bestimmt finden, die Euch schwere Migräne, Sehnenscheidenentzündung (besonders gut bei schwerer körperlicher Arbeit) oder eine Magen-Darm-Grippe bescheinigt.

2. Unaufschiebbarer Arzttermin

Hier wird's schon schwieriger. Sicherlich kann auch ein solcher Termin Grund für ein Fehlen sein. Allerdings fehlt Ihr dann nur mal für maximal einen Tag. Dass der Termin wirklich nicht zu verschieben ist, muss auch belegbar sein. Denkbar wäre eine Spezialistin, bei der man nur sehr schwer einen Termin bekommt. Nicht ganz einfach dürfte es sein, dafür einen Beleg zu bekommen.

3. Wichtige Familienangelegenheit

Das Sozialamt muss Euch bei bestimmten Anlässen beurlauben. Solch ein Anlass kann zum Beispiel die Goldene Hochzeit, eine Trauerfeier oder eine Kindstaufe – meist allerdings nur bei Verwandten ersten Grades – sein. Vorlegen muss man dafür nur eine Einladung. Es fällt natürlich auf, wenn bei Euch ständig Hochzeiten gefeiert werden. Eventuell kann man bei weiter entfernten Feierlichkeiten sogar mehrere Tage frei bekommen.

pre-tenda

Im Juni 2002 verurteilte das Amtsgericht Berlin den Personalchef eines *Callcenters* zu einer Geldstrafe von 30 Tagessätzen à 70 Euro. Der *Callcenter Manager* hatte sich der »Behinderung der Gründung eines Betriebsrates« schuldig gemacht, indem er im Januar 2001 einem kurz zuvor entlassenen Angestellten den Zutritt zur Betriebsversammlung verweigert hatte, obwohl dessen Kündigung noch nicht rechtswirksam war. Doch auch ohne die Anwesenheit jenes *Rädelführes* gelang es, gegen den anfänglichen Widerstand der Geschäftsführung, einen Betriebsrat durchzusetzen. Ein großartiger, ein doppelter Sieg der Arbeiterinnenklasse also, im Kampf gegen die Herrschaft des Kapitals?
Ende 2000 hatte das *Callcenter* zwischen 150 und 200 Angestellte, die meisten von ihnen

3) Generell soll es Arbeitslosengeld nur noch in Verbindung mit erzwungener Arbeit geben.

Der Tenor der Unternehmerforderungen, die in verschiedenen Paketen jetzt umgesetzt werden, lautet: Der Kündigungsschutz muss ausgehebelt (auch für Schwerbehinderte), Zeit- und Leiharbeit sollen ausgeweitet werden. Der informelle Sektor, der nach vorsichtigen Schätzungen 15 bis 20% aller Arbeitsstunden in der BRD ausmacht, soll legalisiert werden, indem legale Arbeitsverhältnisse ermöglicht werden, die kaum noch einer arbeitsrechtlichen Regelung unterliegen.

Die Krise der Lohnarbeit, als Modernisierungskrise der kapitalistischen Arbeitsorganisation im Übergang vom Fordismus zu einem bisher eher diffusen postfordistischen Akkumulationsregime, wird also durch Politik und Ökonomie gemeistert, indem ein verallgemeinerter Arbeitszwang etabliert wird, der durch die Auflösung der fordistischen Kommandostruktur der Fabrik nur noch totaler und repressiver ist, weil die bisher erprobten Formen kollektiven Widerstands etwa für selbständige ArbeiterInnen und prekäre Teilzeit- oder PSA-JobberInnen weitgehend wegfallen und dem Kapital im Kampf um die Kontrolle der Lebenszeit der Lohnabhängigen keine Grenzen mehr gesetzt werden. Den freien Sonntag als Allgemeingut, als geschützten Raum zur Wiederherstellung der Arbeitskraft, gibt es schon seit Jahren nicht mehr, Sonntagsarbeit als Regelfall durchzusetzen, wird das nächste Ziel sein. Verfügbar zu sein, nicht nur an fünf Tagen in der Woche von 9 bis 17 Uhr, sondern täglich rund um die Uhr, ist die eigentliche Forderung, die hinter der Debatte um erweiterte Ladenöffnungszeiten und die »Dienstleistungshölle Deutschland« steht. Lohnarbeit in bestimmten Situationen auch am heimischen Computer zu verrichten, ohne dafür ein Großraumbüro aufsuchen zu müssen, ist eine Errungenschaft der IT-Branche und anderer neuer Dienstleistungsindustrien. Es handelt sich bei diesem Komplex um die möglichst vollständige Auflösung jedes von Arbeit für das Kapital freien Schutzraumes, sowohl örtlich als auch zeitlich. Thomas Seibert konstatiert denn auch:

»... wenn der selbstständige Arbeiter der Spaltung zwischen Arbeitszeit und Lebenszeit und der Einsperrung in die Fabrik entkommen ist, so letztlich nur deshalb, weil die Fabrik die ganze Zeit und den ganzen Raum der Existenz durchdrungen hat, und zwar nicht nur der individuellen Existenz, sondern der sozialen Existenz. Insofern gilt das, was von der selbstständigen Arbeit im informellen Sektor gesagt werden kann, auch von der modernisierten Lohnarbeit: Auch hier wird das alte Kommando – der Ausschluß der Subjektivität unter der Disziplin der Maschinerie – abgelöst durch ein Kommando, das in die Subjekte selbst hineinverlegt wird ...«

Karl Heinz Roth brachte bereits 1998 auf den Punkt, welche Strategie dieser Transformation von Arbeitsverhältnissen zugrunde liegt. Flankiert durch eine massenhafte Erwerbslosigkeit, die auf all diejenigen, die sich, unter welchen Bedingungen auch immer, in einem Arbeitsverhältnis befinden, einen disziplinierenden Einfluß ausübt, wird durch eine Demontage der Sozialversicherung, die die ArbeiterInnen dazu zwingt, sich in den untersten Segmenten des Arbeitsmarktes zu verdingen oder in direkte Zwangsarbeitsverhältnisse presst, massiver Druck ausgeübt: »Alle diese Veränderungen dienen nur einem einzigen Ziel: der extensiven und intensiven Steigerung der Ausbeutungsraten als Quellen der Abpressung von Mehrwert.«

Wenn wir aber nur noch Arbeitsmonaden sind, deren »Freizeit« flexibel irgendwann zwischen zwei jederzeit veränderbaren Schichten zu verbringen ist, oder auch von der Lohnarbeit gar nicht mehr zu trennen ist, weil das eine qua »Selbständigkeit« und »Selbst-management« nahezu bruchlos ins andere verzahnt ist, entfällt eine Grundlage bisheriger Sozialbeziehungen. In jedem Fall werden dabei die gesundheitlichen, sozialen und psychosozialen Folgekosten des unbegrenzten Arbeitstages und des verallgemeinerten Arbeitszwanges enorm sein.

---

studentische Beschäftigte. Als sich die Auftragslage verschlechterte, kam es zu einer Kündigungswelle, die das Verhältnis von Angestellten und Geschäftsleitung deutlich verschlechterte. Einige Telefonistinnen hatten wenig Verständnis dafür, dass *ihr* Betrieb sie nun entlassen musste und schickten sich an, einen Betriebsrat zu gründen. Die Geschäftsleitung reagierte nervös. In Ansprachen und persönlichen Gesprächen wurde deutlich gemacht, dass sie einen Betriebsrat weder für nötig noch wünschenswert halte und alles daran setze, ihn zu verhindern. Eine Gründung gegen den Willen der Geschäftsleitung zöge Nachteile für alle Beschäftigten nach sich. Vor allem eine Verschlechterung des Betriebsklimas wurde befürchtet. Die »flache Hierarchie« könne verloren gehen, wenn sich zwischen Angestellte und Geschäftsführung eine dritte Instanz dränge. Überhaupt sei ein Betriebsrat nicht »zeitgemäß«.

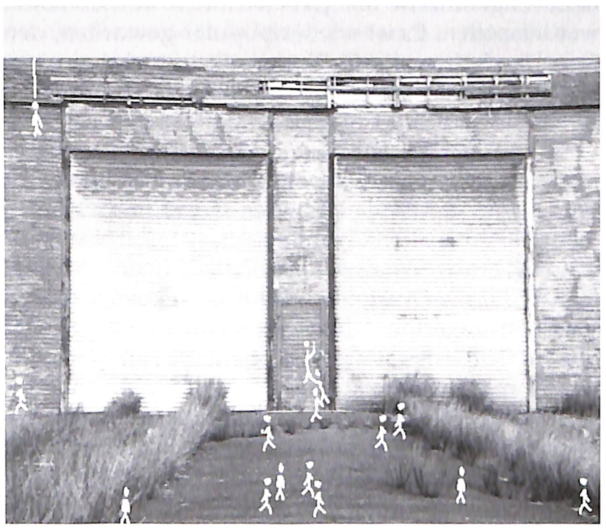
Der Geschäftsführer verdächtigte außerdem die Gewerkschaften im Bündnis mit linksradikalen Gruppen seinen Betrieb zu einem Pilotprojekt im Kampf gegen die *New Economy* missbrauchen zu wollen. Betriebsratsmitglieder würden ihre Position dazu missbrauchen, sich einen »lauen Lenz« zu machen. Dabei ginge es den Beschäftigten doch so gut. Der Personalleiter wies mehrfach darauf hin, wie außergewöhnlich es sei, dass Menschen verschiedener »Nationalitäten und sexueller Ausrichtung« ganz selbstverständlich nebeneinander arbeiteten. Das Callcenter sei schließlich ein »linker Betrieb«. Als ehemaliges Mitglied einer linken AStA-Gruppe und ehemaliger Redakteur der sexualpolitischen Zeitschrift *Gigi* wusste der Personalchef, wovon er sprach.

Da sich aber ein Großteil der Angestellten von den Appellen wenig beeindruckt zeigte, wurden andere Maßnahmen ergriffen. Die Initiatorinnen der Betriebsratsinitiative wurden ausfindig gemacht, zu einem Gespräch geladen und anschließend entlassen. In den folgenden Wochen wurden zwischen 20 und 30 Angestellte mit teilweise recht fantasievollen Begründungen gekündigt, so dass zur *Betriebsversammlung* eine deutlich ausgedünnte Belegschaft erschien. Während im Gegensatz zu einer gesetzmäßigen Betriebsversammlung auch Mitglieder der Geschäftsführung anwesend waren, wurden die zuvor Gekündigten an der Teilnahme gehindert.

3. Renten- und Gesundheitssystem als Garant der ständigen Verfügbarkeit der Ware Arbeitskraft

Wäre noch zu ergänzen, dass die Debatten um die Reform des Gesundheitssystems wie auch um die Zukunft der Renten dem selben Ziel dienen wie die vordergründigen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen durch Hartz und Agenda 2010. Verfolgt mensch die Debatte um die Krise des Sozialstaats, so scheint die sogenannte »Rentenfrage« und die paritätische Finanzierung des Krankengeldes zum existentiellen Problem in Bezug auf die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland zu werden.

Die immer wieder heraufbeschworene Gefahr des Zusammenbruchs des Rentensystems geht dabei stets mit der gebetsmühlenartig heruntergespulten Litanei von der demographischen Entwicklung einher. Kern dieses Arguments ist, dass auf zu wenig arbeitende Menschen zu viele Rentner kämen. Im Klartext: immer länger lebenden Menschen stehen immer weniger gebärfreudige Menschen gegenüber.



Tatsache ist, dass in der Bundesrepublik gegenwärtig auf hundert Einwohner im Alter zwischen 20 und 60 Jahren vierzig über 60 kommen und legt mensch die gegenwärtige Tendenz zugrunde, wird sich dieses Verhältnis in den nächsten Jahren weiter zugunsten der über 60jährigen verschieben. Das Problem scheint klar auf der Hand zu liegen: Die Rentenkassen können nicht mehr finanziert werden.

Doch schnell ist mensch aus den Reihen von Sozialdemokratie und Grünen mit den diversen Universalschlüsseln zur Stelle. Mit dem Instrumentarium eines sogenannten »Nachhaltigkeitsfaktors« soll der Einstieg in eine Zusatzrentenversicherung ermöglicht werden, die – möglicherweise ab 2005 – verpflichtenden Charakter haben wird. Durch Kürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes soll der Gang in die Frührente erschwert werden und das Renteneintrittsalter von 65 auf 67 Jahre steigen.

Die simple Milchmädchenrechnung, dass es zu viele Greise gegenüber zu wenig Malochern gebe, unterschlägt allerdings völlig den Faktor der Produktivität, die in den neunziger Jahren immerhin um 2 bis 2,5% gestiegen ist. Eine Verschiebung von weniger arbeitenden Menschen hin zu mehr Rentnern wird also mehr als aufgefangen.

Desweiteren mutet es bizarr an, wenn vor dem Hintergrund eines gleichzeitig laut skandalisierten Arbeitsplatzmangels das Problem ausgerechnet darin gesehen wird, dass die Menschen nicht lange genug im Arbeitsprozeß stehen. Das gegen die Weiterführung der paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung immer wieder genannte Argument dürfte genau so sattsam bekannt sein wie der permanente Verweis auf die demographische Entwicklung in der Rentendebatte: Die Lohnnebenkosten seien zu hoch und somit sei – wieder einmal – die Konkurrenzfähigkeit des Standorts Deutschland nicht gegeben. Die entsprechende Roßkur dagegen soll nun u.a. die Streichung des Unternehmeranteils am Krankengeld und die private Vorsorge für Krankheiten und Unfälle, die nicht unmittelbar aus dem Arbeitsprozeß resultieren

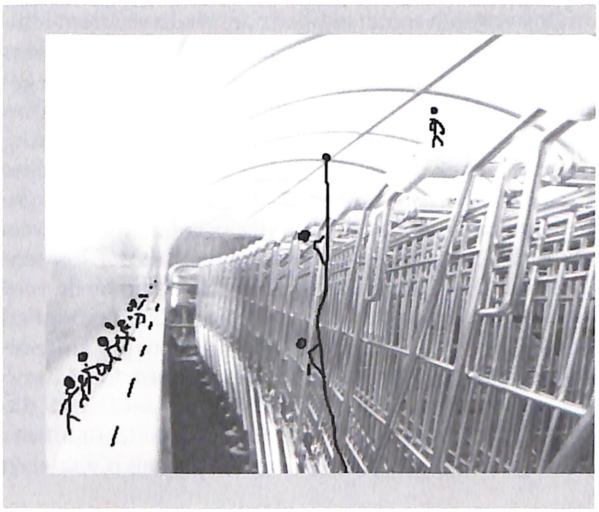
---

Einer der Ausgesperrten machte seinem Unmut Luft und schlug den Personalleiter auf die Glatze. Dies war zwar sicherlich was viele Angestellte im Sinn gehabt hatten, aber nicht unbedingt im Sinne der Angestellten. Die Geschäftsleitung trug nun ihre Version von der Unterwanderung linksradikaler Gruppierungen umso vehementer vor und schaltete den Staatsschutz ein. In den Monaten bis zur Betriebsratswahl entließ die Geschäftsführung eine Reihe von Mitarbeiterinnen und stellte neue ein. Außerdem konnte ein verstärktes Interesse an der Meinung der Betriebsangehörigen registriert werden. Wegen geringfügiger Übertretungen wurden Abmahnungen und Verwarnungen ausgesprochen. In persönlichen Gesprächen wurde erforscht, ob sich die Beschäftigte im Betrieb »wohlfühle« und ob sie Verständnis für die Notwendigkeit der Abmahnung habe. Mit viel Einfühlungsvermögen wurde probiert, die Mitarbeiterinnen zur Einsicht zu bewegen, um zukünftiges Fehlverhalten zu vermeiden. Außerdem fanden eine Reihe von »Schulungsmaßnahmen« unter Leitung des Personalleiters statt, in denen neben »Gesprächsführung« und »Belastbarkeit« auch »Einfühlsamkeit« und »Teamarbeit« benotet wurden. Bis zur Betriebsratswahl verließ ein großer Teil der alten Belegschaft den Betrieb, während der Rest es offenbar passender fand, Kritik an der Firma zumindest nicht innerhalb der Firma zu äußern. Die meisten Gekündigten einigten sich auf Abfindungen, sofern sie rechtzeitig geklagt hatten. Nur ein Mitarbeiter klagte sich zurück. Er wurde so gut wie möglich abgeschottet, erhielt separate Pausenzeiten und möglichst stupide Arbeiten, die 1:1 geprüft wurden. Währenddessen wurden mehrere der Betriebsleitung freundlich gesinnte Listen gegründet, deren Kandidatinnen das innerbetriebliche Netzwerk zum Wahlkampf nutzten. Insbesondere die »Anti-Haltung« der ursprünglichen Initiatorinnen der Betriebsratsinitiative war Gegenstand scharfer Kritik. Dass hier nicht immer sauber zwischen persönlicher und sachlicher Ebene getrennt werden konnte, versteht sich von selbst. Letztendlich wurde ein Betriebsrat gewählt der aus drei »Teamleitern« und zwei kritischeren Kandidaten bestand. Einer der Letzteren wurde in den Folgewochen dazu bewegt, den Betrieb zu verlassen, wobei ihm der Abgang durch Zah-

(z.B. Zahnersatz), sein. Wurden bisher ArbeitnehmerInnen in den ersten sechs Wochen ihrer Krankheit durch den Arbeitgeber weiter mitbezahlt, sollen nun die Kosten allein von den ArbeitnehmerInnen, vermittelt über die Krankenkassen, getragen werden, was im Grunde die Menschen dazu nötigt wiederum Zusatzversicherungen abzuschließen, die, netterweise, dann von den gesetzlichen Krankenkassen angeboten werden.

Natürlich kann sich eine linke Kritik an der Transformation der Sozialsysteme nicht mit irgendwelchen Verweisen auf die Lohnstückkosten begnügen, will sie sich nicht in den Fallstricken eines Standortnationalismus verfangen, wie im Falle der Gewerkschaften. Die Kapitalstrategie, die dem zugrunde liegt, wird nur erfaßt, wenn mensch diese Maßnahmen in den Kontext der Restrukturierung der Lohnarbeit und der Radikalisierung der Ausbeutungsverhältnisse stellt.

Eine Erhöhung der Mehrwertproduktion wird erreicht über die Senkung der Lohnquote, denn die Befreiung der Unternehmer von den Beitragszahlungen und die Nötigung zur zusätzlichen Versicherung stellt de facto eine Minderung des Nettolohns dar.



In puncto ständige Mobilisierbarkeit der ArbeitnehmerInnen sollen die hier andiskutierten Maßnahmen garantieren, dass mensch, auch in hohem Alter, bereit ist, Arbeit zu den prekärsten Bedingungen anzunehmen. Auch wird mensch es sich künftig wohl zwei Mal überlegen, im Krankheitsfall zu Hause zu bleiben, wenn die Lohnfortzahlung nicht gesichert ist.

In diesem Zusammenhang soll der Umbau des Sozialstaats auch das leisten, wozu die Sozialsysteme in ihrer bisherigen Form nicht in der Lage waren: Die Verinnerlichung des postfordistischen Arbeitsethos.

4. Die Antworten der DGB-Gewerkschaften: Keynes aus der Mottenkiste

Welche Rolle spielen in diesem Dramolett nun die DGB-Gewerkschaften? Ihre Isolierung ist ein lehrreiches Beispiel dafür, wie Regierung und Kapital sich der bisherigen »Sozialpartner« entledigen, die sowohl in ihrer Funktion der Disziplinierung der LohnarbeiterInnen und der Kanalisierung von Kämpfen in den postfordistischen Produktionsnetzwerken überflüssig geworden sind, wie auch in ihrer Rolle als institutionelle Gegenmacht der ArbeiterInnen ausgeschaltet werden sollen. Es ist wieder populär geworden, den Gewerkschaften die Rolle der »Strukturkonservativen« zuzuschieben. Als notorische Bremser entlarvt, stehen sie dem nationalen Schulterschluß im Weg.

Schaut mensch jedoch hinter die Kulissen dieser medialen Inszenierung, so stellt sich der »vehemente« Widerstand der Gewerkschaften nur als verschämtes Hervorkramen alter keynesianischer Notrationen garniert mit etwas Sozialstaatsglorifizierung und Arbeitsfetisch dar. Der Widerstand der gewerkschaftlichen FunktionsträgerInnen (der offensichtlich vom grösseren Teil der Basis gar nicht unterstützt wird) ist ja auch nicht ein Kampf um soziale Rechte an sich, sondern wird um die Bewahrung der institutionellen Machtpositionen geführt, welche die DGB-Gewerkschaften in der fordistischen Fabrik wie auch in den Institutionen der Arbeitsverwaltung und in den Aufsichtsräten innehatten. Diese stellen allerdings zunehmend über-

---

lung von 900 DM versüßt worden sein soll. Es wird nicht weiter verwundern, dass der neugewählte Betriebsrat hervorragend mit der Geschäftsleitung kooperierte, keine Einwände gegen Kündigungen hatte und selbstverständlich auch keine gewerkschaftlichen Schulungen besuchte, sondern sich auf das »Selbststudium« beschränkte.

Dieses Beispiel innerbetrieblicher Demokratie macht vielleicht verständlich, warum Bundesregierung und Unternehmerverbände den Betriebsräten gern mehr Mitspracherechte zugestehen wollen. Im *Umsetzungsfahrplan Agenda 2010* wird unter der Überschrift »Arbeitsrecht beschäftigungsfördernd erneuern« vorgeschlagen, die gerichtliche Überprüfung der Sozialauswahl bei betriebsbedingten Kündigungen zu beschränken und zwar »bei Vorliegen einer zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat – im Rahmen eines Interessenausgleich – vereinbarten Namensliste.« (Sozialauswahl bedeutet, dass bei betriebsbedingten Kündigungen die persönlichen Umstände des jeweiligen Arbeitsnehmers gewürdigt werden. Also z.B. Alter, Kinder, Behinderung.)
Mehr Demokratie wagen also! So sieht es auch der Unternehmerverband, der allerdings bemängelt, dass Betriebe ohne Arbeitnehmerinnenvertretung von dieser Regelung ausgenommen sind: »Insoweit werden Mitwirkungsmöglichkeiten der Belegschaft beschnitten und ein Stück Demokratie im Betrieb zurückgenommen«.

Jakob Müller

haupt keine reale Machtbasis mehr dar. Ihr Gegenstand, die Mitgestaltung, das Co-Management in der fordistischen Arbeitsorganisation ist weitgehend abhanden gekommen. Es ist also kein Wunder, wenn die Alternativen der um ihr Überleben kämpfenden Gewerkschaftsbürokratie in erster Linie Ideen zur Wiederherstellung der alten sozialstaatlichen Regulierung des Arbeitsmarktes sind.

Die »keynesianische Ära« war gekennzeichnet durch die Kopplung der Despotie des Fabrikkommandos an die gleichzeitige Anerkennung der Arbeitskraft durch das Kapital, die im Sozialkorporatismus ihren Ausdruck fand.

Die gewerkschaftliche/sozialdemokratische Linke konstruiert sich dabei ein Ideal eines Sozialstaats, eines befriedeten Kapitalismus, das in dieser Form niemals wirklich Bestand hatte. Dennoch scheint dies die äußerste linke Grenze des momentanen Diskurses zu sein, aus dem zu desertieren kaum jemand gewillt ist.

Eine auf einer arbeitsfetischistischen Vorstellung beruhenden Trennung zwischen Kapital, ArbeiterInnen und Nicht-Arbeitenden funktioniert nicht und deckt sich keineswegs mit den Lebensläufen der meisten Individuen. Erwerbslosigkeit stellt in aller Regel nur eine kurze oder, in letzter Zeit auch eventuelle längere, nie aber vollständige, Unterbrechung der Unterwefung der Subjekte unter die Despotie der Arbeit dar. Erwerbslosigkeit kennzeichnet oft nur einen Wechsel zwischen klassischem Lohnarbeitsverhältnis, Arbeitslosengeld, Schwarzarbeit, Teilzeitjobs und wiederum klassischer Lohnarbeit. Die Flucht vieler ArbeiterInnen in die Schwarzarbeit oder Scheinselbständigkeit zeigt in diesem Kontext auch wie sehr das klassische Normalarbeitsverhältnis, dem die Gewerkschaften hinterher trauern, diskreditiert ist.

Es ist natürlich ebenso müßig wie banal, heutzutage noch den Gewerkschaften ihren vermeintlichen Verrat oder Inkonsequenz vorzuwerfen. Es sollte jedoch klar sein, dass jede Kritik an der gegenwärtigen Transformation der Sozialsysteme stumpf bleiben wird, wenn sie nicht auch eine Kritik am fordistischen Sozialstaat beinhaltet.

5. Perspektiven linker Politik

Eine radikale Linke, deren Selbstverständnis immer noch einen Klassenbezug beinhaltet und die auf mehr aus ist, als nur auf sich selbst zu rekurrieren, sondern vielmehr handlungsfähig bleiben (oder es wieder werden) will, sollte die hier skizzierten Entwicklungen in Bezug auf die Arbeitsverhältnisse zunächst einmal anerkennen und sie zum Ausgangspunkt ihrer Theorie und Praxis machen. Sie sollte sich nicht in irgendwelchen nostalgischen Reminiszenzen an den Sozialstaat ergehen, auch wenn diese in noch so radikal formulierten Erscheinungsformen daher kommen.

Dabei müssen auch all diejenigen Vorstellungen hinterfragt werden, die in den jeweiligen Umstrukturierungsprozessen kapitalistischer Warenproduktion die ArbeiterInnenklasse immer nur als Opfer ansahen. Vielmehr gilt es, die aktuellen Entwicklungen aus der Perspektive der sich neu konstituierenden Proletarität wahrzunehmen, welche neben dem allgemeinen Sachzwang der kapitalistischen Konkurrenz als Katalysator kapitalistischer Modernisierung wahrzunehmen wäre, als eine Reaktion, freilich eine konterrevolutionäre, auf die realen Bedürfnisse proletarischer Subjektivität. Mit anderen Worten: Jeder Neuformierungsprozess des kapitalistischen Kommandos birgt neben objektiven ökonomischen Entwicklungsgesetzen – und diese mitunter in ihrem Wirken beeinflussend – in sich die wirklichen ProduzentInnen als konstituierende Kraft.

Zum Schluß soll noch mal eine These angerissen werden, die Karl Heinz Roth bereits 1993 aufgestellt hatte. Die Differenzierung der Arbeitsverhältnisse ist – insbesondere im internationalen Kontext – immer auch zugleich eine Homogenisierung. Hierin bestehe – auch wenn dies für einige euphemistisch klingen mag – eine große Chance für einen neuen »proletarischen Internationalismus«. Trotz aller Segmentierung finde die Konstitution des postfordistischen Proletariats in einem globalen Rahmen statt, die langfristig zu einem zunehmenden Verschwinden der Unterschiede zwischen erster, zweiter und dritter Welt führe. Karl Heinz Roth beschreibt diese Tendenz folgendermaßen:

Ihre Fachbuchhandlung im Studentenhaus
UNI-BUCH
Sozialwissenschaften - Philosophie - Geschichte
Jügelstr. 1 60325 Ffm. Fon 77 50 82 Fax 70 20 39
Öffnungszeiten: Montag – Mittwoch 9:40 – 17:00
Donnerstag + Freitag 9:40 – 15:00
Wir besorgen Ihnen jedes lieferbare deutsche Buch.
Große Auswahl englischer und amerikanischer Fachliteratur.

ANTIQUARIAT MARX GMBH
Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher
JORDANSTRASSE 13
60486 FRANKFURT
TELEFON 0 69/77 88 03
TELEFAX 0 69/7 07 54 44

»Aber auch strukturell ist eine zunehmende Homogenisierung festzustellen, weil unbeschadet der oftmals enorm vergrößerten Einkommensunterschiede und der arbeitsmarktpolitischen Segmentierungen weltweit der Trend zur Durchsetzung ›ungeschützter‹ Arbeitsverhältnisse vorherrscht. Die Realeinkommen garantieren immer seltener das soziale Existenzminimum. Die Arbeitszeiten sind nicht mehr begrenzt, sondern oftmals extrem verlängert und auf die gesamte Arbeitswoche ausgedehnt. Die Arbeitsplätze selbst sind nicht mehr vertraglich gesichert und die sozialen Sicherungssysteme weitgehend demontiert.«

Einschränkend sei allerdings angemerkt, dass ein Land wie Afghanistan unter den Rahmenbedingungen kapitalistischer Weltvergesellschaftung in absehbarer Zeit kaum jenes Level bürgerlich-kapitalistischer Modernität erreichen wird, das einige mit der Invasion durch die »zivilisierten« Staaten herbeigebombt sehen wollten. So wird auch ein Land wie Brasilien im imperialistischen Rahmen noch auf lange Sicht der Sphäre der Peripherie angehören. Die internationale Arbeitsteilung bleibt also bestehen, nur wird sie vertieft und ausdifferenziert, indem sich sowohl in europäischen Regionen wie auch in Asien oder Afrika die gesamte Palette von industriellem oder postindustriellem Zentrum, Halbperipherie und Peripherie wiederfindet, durch die sie gekennzeichnet ist. In eine solche Richtung wäre Roths, auf den ersten Blick allzu simplifizierend und provokativ anmutende These zu ergänzen und zu konkretisieren.

Auf diese Homogenisierungstendenzen sollte mensch sich positiv beziehen und sich all jenen Ansätzen widersetzen, die – ob gewollt oder ungewollt –, indem sie beispielsweise Illusionen in den Sozialstaat schüren, im Ergebnis wieder bei einem bornierten Standortnationalismus landen. Wir stehen stattdessen vor der Aufgabe, die verschiedenen, sich neu und global formierenden Sektoren der Proletarität wieder in den Blick zu bekommen, die eigene Situation als dem Produktionsprozess für das Kapital unterworfene LohnarbeiterInnen zu analysieren und eine Praxis samt deren theoretischer Verarbeitung zu entwickeln, die sich verabschiedet von der Verteidigung der Arbeit gegen das Kapital. Aus dem Lohnarbeitsverhältnis heraus ist der Kampf gegen die Lohnarbeit zu organisieren und die etatistischen arbeitsfetischistischen Mythen der untergehenden Sozialdemokratie wie ihrer linken Wiedergänger einer radikalen praktischen Kritik zu unterziehen. Dies wird nicht so sehr die Proklamation abstrakter »Endziele«, sondern die Erringung kollektiver Handlungsmöglichkeiten und die Überwindung der Vereinzelung der LohnarbeiterInnen bedeuten.

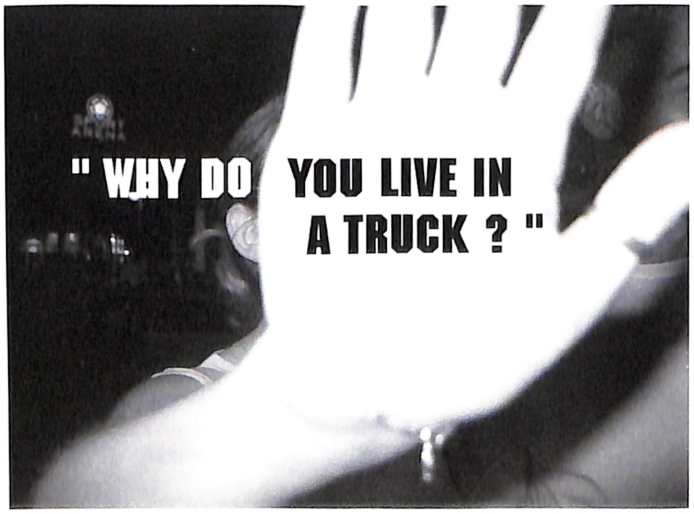
Ziel emanzipatorischer revolutionärer Theorie und Praxis ist es, ausgehend von der Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse und der desillusionierenden Wahrnehmung der eigenen Lage, entlang der realen Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Proletarisierten, Prozesse der Selbstorganisation der ArbeiterInnen in Gang zu bringen, mit denen es möglich ist, das neu verstetigte System der Lohnarbeit ideologisch und politisch anzugreifen und zu sprengen.

Olaf Dehler und Lutz Getzschmann

>texte<

<-> Brütt, Christian: Der Kapitalist in uns allen. Arbeitskraftunternehmer als neues Leitbild der Ware Arbeitskraft. In: ak, 10.5.2001
<-> Roth, Karl-Heinz: Die neuen Arbeitsverhältnisse und die Perspektive der Linken. Referat auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz 199
<-> Roth, Karl-Heinz: Die Wiederkehr der Proletarität, Köln 1994
<-> Roth, Karl-Heinz: »Neue Konzepte gegen prekäre Arbeit« Interview in: Jungle World, 30.9.1998
<-> Seibert, Thomas: Ethos, Utopie und Ideologie der 'lavoro autonomo'. Vortrag, gehalten beim Alternativen Weltwirtschaftsgipfel in Köln 1999

Eine ungekürzte Fassung dieses Artikels findet sich unter: http://www.trend.partisan.net/trd7803/t087803.html

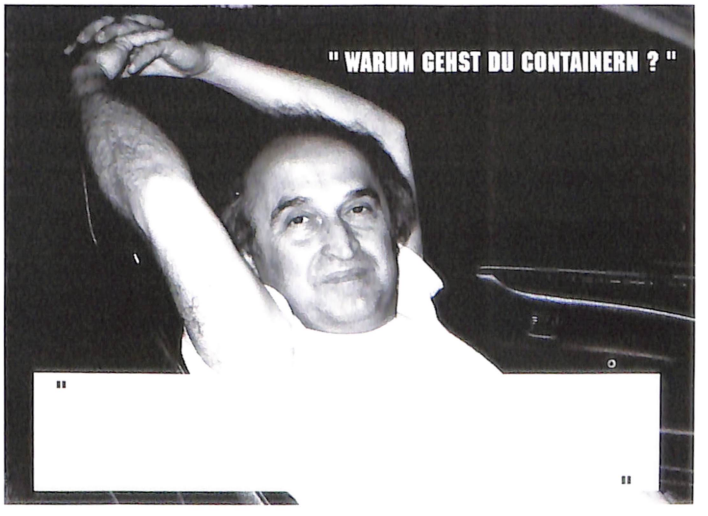


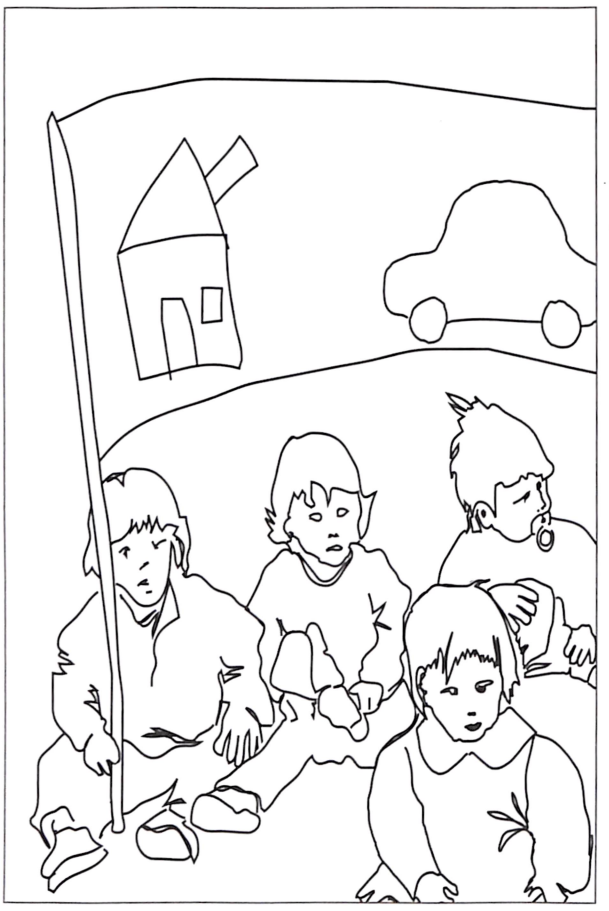
Bewährte Gewerkschaftspolitik oder Kampf um soziale Transformation?

Bewährte Gewerkschaftspolitik oder Kampf um soziale Transformation?

Was ist Globalisierung und wie kann eine Kritik daran aussehen? Diese Frage ist nicht einheitlich zu beantworten, zu unterschiedlich sind soziale Hintergründe und inhaltliche Prämissen der TrägerInnen der Kritik. Während sich viele angeekelt von »Nationalstaatentümelei« abwenden, ordnen immer mehr Gruppen und Bewegungen, jenseits etablierter Organisationen und Institutionen, ihre spezifischen Anliegen einer »no-global«-Bewegung zu. Gerade im Sinne letzterer bedeutet dies, eine Auseinandersetzung um die Inhalte von »Globalisierungskritik« voranzutreiben. Darin eingeschlossen ist eine solidarische Kritik der Bewegungen und ihrer Positionen selbst.

Im Folgenden geht es um die Globalisierungskritik von gewerkschaftlicher Seite und um die »Gewerkschaftslinke«. Also um diejenigen, die prinzipielle Kritik an »wettbewerbskorporatistischen« Mainstream-Positionen der großen Gewerkschaften formulieren. In dieser Gewerkschaftslinken – sowohl in Frankreich





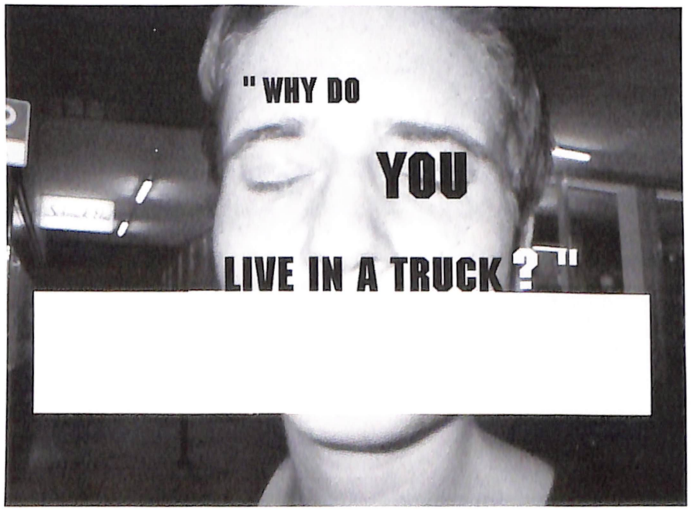
wie in Deutschland – findet sich ein Verständnis von Globalisierung, das staatliches Handeln ins Zentrum seiner Betrachtung rückt und kapitalistische Verwertungszusammenhänge nur ungenügend berücksichtigt. Allerdings geschieht dies in Frankreich und Deutschland in unterschiedlicher Weise. Warum sich trotz dieser aus kapitalismuskritischer Sicht zu kritisierenden Ausgangsposition in Frankreich eine bewegungsnahe, weitaus radikalere und »anschlussfähigere« Gewerkschaftslinke entwickeln konnte als in der Bundesrepublik, lässt sich nicht zuletzt mit dem unterschiedlichen Verständnis von Globalisierung erklären.

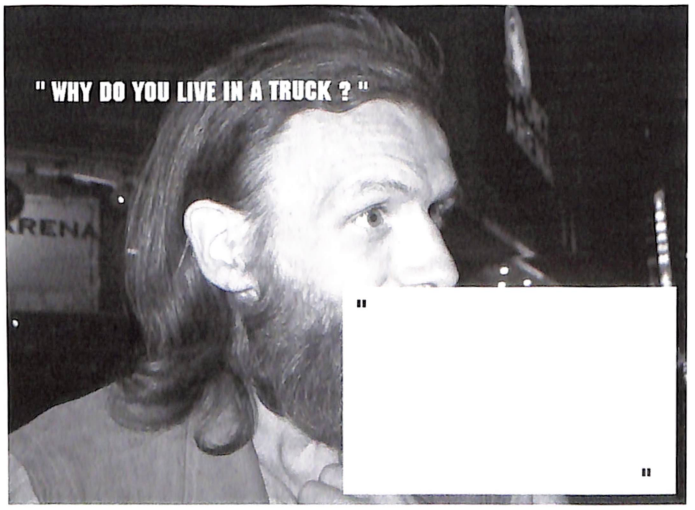
Globalisierungskritik für einen staatlichen Politikwechsel?

Längst sind in Deutschland und Frankreich Stimmen laut geworden, die auf die Folgen gewerkschaftlicher Standortpolitik aufmerksam machen. Gegen den ständigen und scheinbar unaufhaltsamen Abbau sozialer Standards (innerhalb wie außerhalb der Betriebe) und seine Mitgestaltung und Akzeptanz durch die Mehrheitsgewerkschaften wird auf der Notwendigkeit insistiert, Vorstellungen sozialer Gerechtigkeit gegen den »Neoliberalismus« zu verteidigen – was allerdings nur gelänge, wenn sich Gewerkschaften als »Gegenmacht« begriffen. Das Credo dieser kritischen Position lautet: Globalisierung ist kein natürliches Phänomen, kein »Sachzwang«, dem man sich als Gewerkschaft beugen muss. Es gäbe letztlich, so spitzen es einige AutorInnen selbst zu, keine realwirtschaftliche Globalisierung. Diese sei vielmehr ein »Mythos« (Bourdieu) und strategischer Kampfbegriff um die arbeitende Bevölkerung zu disziplinieren, gewinnmindernde Sozialstandards und die Ausbeutung von abhängig Beschäftigten begrenzende Schutzvorschriften zu eliminieren.

Globalisierung wird also demnach politisch hergestellt, und zwar von denjenigen, die nach vorherrschender Überzeugung eigentlich machtlos sind: den Nationalstaaten. Resultat sei die Rückkehr zu einem sozialstaatlich unregulierten und ungezähmten Kapitalismus.

Der Ausweg aus dieser Entwicklung wiederum ist in dieser Deutung selbst schon angelegt: Wenn »Globalisierung« nichts ist als eine von den Nationalstaaten betriebene Ideologie zur Durchsetzung eines neoliberalen politischen Projekts im Interesse aggressiver





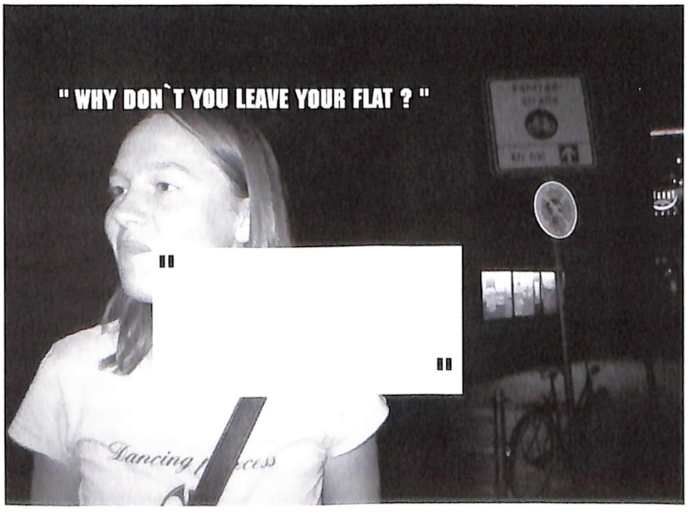
Kapitalfraktionen – dann kann umgekehrt der Staat auch in die Verantwortung genommen und zur Änderung seiner Politik gezwungen werden. Es gälte, eine Transformation des Mehrprodukts in gesellschaftlichen Fortschritt, in Arbeitszeitverkürzung, Bildung, ökologischen Umbau (wieder) zu erlangen.

Mit anderen Worten, die gesellschaftlichen Akteure verlieren in dieser Konzeption nicht – wie nach der »Sachzwanglogik« behauptet – ihre Handlungsfähigkeit, da zuvor wirtschaftliche »Globalisierung« als materielles Phänomen weitgehend zurückgewiesen wurde. Zentrales Anliegen dieser Variante von Globalisierungskritik ist folglich, einen »Politikwechsel« herbeizuführen, wobei den Gewerkschaften ein umfassendes Aufgabenfeld der Mobilisierung und Aufklärung zukommt: Gewerkschaften sollen den »Sozialdarwinismus delegitimieren«, den »Mythos der Globalisierung« demaskieren und für Eckpfeiler eines »europäischen Sozialmodells« streiten. Um wirksamen »Druck von unten« zu entwickeln und eine »Gegenöffentlichkeit« herzustellen, müssten Gewerkschaften zudem mit sozialen Bewegungen zusammenarbeiten und sich international koordinieren. Kurz: Gewerkschaften sind nach dieser Konzeption die zentralen Akteure, um den Staat, national wie europäisch, zur Änderung seiner Politik zu zwingen. Diesem Ansatz von Globalisierungskritik ist schon oft vorgeworfen worden, dass er nicht den kapitalistischen Verwertungszusammenhängen auf den Grund gehe, sondern sich lediglich an einer bestimmten Form ihrer »Globalisierung«, störe und sich mit einem Projekt der »Re-Regulierung« begnüge. In der Tat werden die destruktiven Momente der aktuellen Entwicklung an den letztlich als äußerlich gefassten multinationalen Konzernen, insbesondere dem internationalen Finanzkapital, festgemacht. Der kapitalistische gesellschaftliche Zusammenhang wird damit aufgespalten in prinzipiell destruktive – äußere – Kräfte, und fortschrittliche »innere« Instanzen, wie Wettbewerb oder auch »Gesellschaft«.

Nun wäre es allerdings ungenügend, die hier vorgestellte Variante von Globalisierungskritik mit dem durchaus richtigen Verweis auf ihren »Reformismus« ad acta zu legen. Wer so herangeht verkennt, dass in den Forderungen nach einem »Politikwechsel« der sozialen Akteure zugleich ein Anspruch auf gesellschaftliche Gestaltung enthalten ist, der seinerseits nicht von vornherein definiert ist, sondern Teil der Auseinandersetzungen ist, nicht zuletzt innerhalb der globalisierungskritischen Gruppen selbst. Mit anderen Worten: Wie »reformistisch« oder staatsfixiert globalisierungskritische Bewegungen wirklich sind, entscheidet sich nicht allein daran, welche Rolle sie dem Staat oder den Gewerkschaften zuschreiben, sondern auch daran, was sie unter »Gewerkschaften« und »Staat« verstehen – und wie sie also ihr eigenes Handeln in Bezug auf diese Institutionen konzipieren. Solche Unterschiede unterhalb der »Gesamtanalyse« müssen zur Kenntnis genommen werden, fragt man nach dem emanzipativen Potenzial globalisierungskritischer Gruppen. Am Beispiel Bundesrepublik und Frankreich soll dieser Gedanke nun ausgeführt und zugleich einige der interessanten Ansätze aus Frankreich vorgestellt werden.

Die bundesdeutsche Debatte: Kampf gegen falsches Bewusstsein...

Befragt man Diskutanten der bundesdeutschen Gewerkschaftslinken, warum sich die Belegschaften nicht vehement gegen neue »Rationalisierungsstrategien«, gegen die »Entgrenzung« ihrer Arbeit, zunehmenden Leistungs- und Flexibilitätsdruck oder einer verstärkten »Segmentierung« der Arbeitsverhältnisse in Kern- und Randbelegschaften zur Wehr setzen, so lautet die Antwort: Gewerkschaften wie Belegschaften stünden massiv »unter Druck«, wofür insbesondere die »Massenarbeitslosigkeit«, wichtigstes Resultat der kritisierten Politik der Globalisierung, verantwortlich sei. Im Weiteren bleibt dann allerdings merkwürdig unbestimmt, inwiefern denn Arbeitslosigkeit die Situation von Beschäftigten derart verändert, dass sie



mit »dem Rücken zur Wand« stehen. Tatsächlich geht es in der Fülle der Literatur dann gar nicht mehr um die durch Arbeitslosigkeit verschlechterten Handlungsbedingungen der Lohnabhängigen, sondern um deren Bewusstsein. Den abhängig Beschäftigten sei das Verständnis ihrer Lage, als bloße Objekte und Opfer der Kapitalverwertung abhanden gekommen, was zu dem Mangel an Gegenkraft zur Globalisierung geführt habe.

Etwas freundlicher wird in anderen Analysen auf die gestiegenen »Zukunftsängste« der Bevölkerung, die kämpferisches Verhalten verdränge, verwiesen. Eine Mehrheit der Bevölkerung »glaube«, es gäbe keine Alternativen zur aktuellen neoliberalen Politik. Doch auch hier geriert »falsches Bewusstsein« unter der Hand zum Ausgangspunkt der Analyse. Nicht von ungefähr ist die dann eingeklagte »Offensive« der Gewerkschaften vor allem als ideologischer Terraingewinn konzipiert. Es geht also im »Kampf um die Köpfe« darum, »mit der herrschenden Logik zu brechen«, um »fundierte und schlüssige Aufklärung« und »Überzeugung«. Indem allerdings die durch »Globalisierung« veränderten Lebensrealitäten der sozialen Akteure kaum in einen systematischen Bezug zu ihrem »Bewusstsein« gesetzt werden, zerrinnt gleichsam die Verankerung der eingeklagten Offensive. Kampfesstärke erscheint plötzlich nur noch als eine Frage der Einsicht.

... und für den Erhalt traditioneller Gewerkschaftsstrukturen

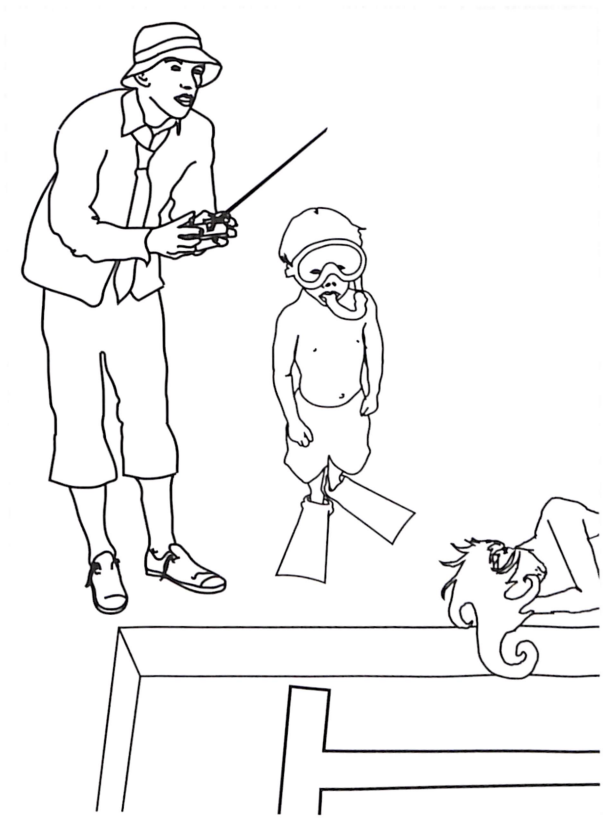
Die Verschiebung der Problematik hin zur Ebene des Bewusstseins hat weitreichende Folgen für die Konzeption alternativer Gewerkschaftspolitik. Es wird nämlich letztlich unterstellt, es könne ohne weitere Voraussetzungen ein anderes Verständnis von der Welt und sogar ein anderes Handeln an den Tag gelegt werden. Konsequenterweise stehen in dieser Herangehensweise dann auch die gewerkschaftlichen Strukturen selbst nicht zur Disposition. So führen dieselben Autoren, die eben noch die Entsolidarisierung durch Massenarbeitslosigkeit beklagen, nun aus, dass die Zukunft von Gewerkschaften in einer Fortsetzung (!) der Organisierung qualifizierter Arbeit liege – und explizit nicht in der von »Marginalisierten«:

»Die Überwindung der Defensive wird maßgeblich davon abhängen, ob die Gewerkschaften die neuen, sehr buntscheckigen Kategorien der ›Wissensarbeiter‹ – die gleichsam der soziale Ausdruck der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte sind – für ihre Zukunftsperspektive überzeugen können. Und davon wird [...] abhängen, ob Solidarität [...] tatsächlich mit neuem Leben gefüllt werden kann. Dies wird nur in begrenztem Rahmen von fragmentierter, marginalisierter Arbeit ausgehen können, und von Arbeitslosen unmöglich herzustellen sein. Die Potenziale liegen dort, wo qualifizierte Arbeit verrichtet wird und diese über die entsprechende Ressourcen verfügt«. (Forum Gewerkschaften 2001, Seite 11)

Und in der Fußnote heißt es in Bezug auf Arbeitslose: »Solidarität kann nicht von den ›Opfern‹ durchbuchstabiert werden.« (ebenda) Hier wird ganzen Lohnabhängigengruppen ohne größere Diskussion die Fähigkeit abgesprochen ihre soziale Umwelt zu verändern. Für die eigentliche Problematik ist allerdings vor allem interessant, dass die von den Autoren selbst so betonte veränderte Situation der Belegschaften durch Arbeitslosigkeit offensichtlich keinerlei organisatorische Konsequenz für die Gewerkschaften hat. Es wird gar nicht gefragt, wie die den »WissensarbeiterInnen« zugeschriebene Rolle als »künftige Kernbelegschaften« zu den von den AutorInnen selbst beschriebenen Tendenzen der »Vereinzelung« und innerbetrieblichen »Vermarktlichung« am Arbeitsplatz gerade dieser Klientel passt. Ebenso ist der privilegierte Ort der Organisierung wie selbstverständlich wieder der Betrieb, völlig unvermittelt zu den von den Autoren genannten Momenten der »Fragmentierung« und »Dezentralisierung« von Unternehmen sowie der beschriebenen »Entgrenzung der Arbeit«. Die gleiche Leerstelle findet sich in Bezug auf die bestehende betriebliche Interessenvertretung: Trotz teilweise massiver Kritik an der aktuellen Betriebsratspolitik wird so gut wie nirgends die Institution Betriebsrat selbst daraufhin überprüft, inwieweit sie die kritisierte »Politik der Zugeständnisse« strukturell herbeiführt. Der Betriebsrat, gemeinhin als »Errungenschaft« betrachtet, wird mal in seiner »Schwäche« in Schutz genommen – der »Druck« sei eben zu groß – mal wird angemahnt, er solle anders, nämlich kämpferischer handeln, keine »Stellvertretermentalität« annehmen und sich neuen Aufgaben zuwenden. Wie dies geschehen soll, und ob es angesichts von »Massenarbeitslosigkeit« überhaupt möglich ist, bleibt offen. Als abschließendes Beispiel, wie in der bundesdeutschen gewerkschaftslinken Debatte die Strukturen und Modi der Interessenvertretung ausgeblendet bleiben, sei die Frage der »Mitgliedergewinnung« genannt, die von nahezu allen Beteiligten zur prioritären Aufgabe erklärt wird. Einerseits gibt es hier eine große Klage über die auffallende »Passivität« und das verbreitete »Stellvertreterdenken« vieler Mitglieder – andererseits führt dies erneut zu keiner Diskussion um ein verändertes Funktionieren von Gewerkschaften, beispielsweise in Richtung einer stärkeren Demokratisierung. Die Frage, ob sich die Gewerkschaftsmitglieder in ihrer Organisation wiederfinden, erscheint vielmehr als ein Willensakt der Betroffenen.

Um es zusammenzufassen: Quasi nirgends werden typische bundesdeutsche »Eckpfeiler« der Interessenvertretung in Zusammenhang gebracht mit der diagnostizierten Krise der Gewerkschaften. Vielmehr wird die Wiedergewinnung gewerkschaftlicher Kampfesstärke in einer Fortsetzung vermeintlich bewährter Institutionen der Interessenvertretung erblickt, die eben nur von ihrem aktuellen »falschen Bewusstsein« befreit und kämpferisch »gefüllt« werden müssten. Die in der aktuellen bundesdeutschen gewerkschaftslinken Debatte umherschwirrenden, radikal klingenden Vorschläge einer erneuerten Gewerkschaftspolitik, bspw. in Richtung einer Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen oder einer Internationalisierung der Gewerkschaftsarbeit, entpuppen sich bei genauerer Betrachtung als harmlose Ergänzung der in ihrer Funktionsweise nirgends hinterfragten Gewerkschaftsinstitutionen.

Nun ist nichts gegen innergewerkschaftliche Umdenkprozesse oder die Wichtigkeit von Überzeugungsarbeit einzuwenden. Insbesondere hätten konsequente öffentliche Diskussionen gegen die immer aggressiveren »Maßnahmen«, von Hartz über Rürup bis Agenda 2010, und den ihnen vermeintlich zu Grunde liegenden Sach- und Kostenzwängen, eine herausragende Bedeutung, nicht zuletzt, um endlich die so erschreckend verbreitete Stimmung der Resignation aufzubrechen. Umgekehrt muss allerdings festgehalten werden, dass das Alternativprojekt bundesdeutscher Gewerkschaftslinker bislang relativ begrenzt ist: Die politische und soziale Emanzipation



vom »Neoliberalismus« wird gedanklich auf das reduziert, was die bisherigen Institutionen der Interessenvertretung zulassen. Trotz aller Erneuerungsrhetorik werden so die prinzipiellen sozialen Rollen innerhalb wie außerhalb der Interessenvertretung gedanklich nicht problematisiert, sondern im Gegenteil – angesichts ihrer Bedrohung durch »shareholder« – noch harmonisiert, ihrer kontraproduktiven Seiten entledigt. Die Leute sollen arbeiten gehen in dem Betrieb, der seinerseits das gesellschaftliche Zentrum ist. Dort werden sie dann von den Gewerkschaften vertreten; Unternehmen sollen förderlichen »Wettbewerb« betreiben und ordentliche Abgaben zahlen, dann kann wiederum der Staat eine vernünftige Sozialpolitik gestalten und insbesondere Arbeitslose versorgen. Dabei sind soziale Bewegungen »Bündnispartner« und auf der internationalen Ebene werden die Kontakte ausgebaut. Allerdings klingen derartige Eckpfeiler emanzipativer Überlegungen nicht zufällig seltsam unspektakulär. »Utopische« Ansprüche, »verrückte« Wünsche und insgesamt ein Raisonnieren über Möglichkeiten ganz anderer Formen von Gesellschaftlichkeit werden in ihnen gleichsam erstickt. Ohne eine Infragestellung »bewährter« Institutionen kann das Projekt der »Re-Regulierung der Wirtschaft« nicht mit weitergehenden gesellschaftlichen Konzeptionen verbunden werden.

Die französische Debatte: gemeinsamer Kampf gegen Prekarisierung ...

Was ist nun so anders in Frankreich, wo doch vorhin behauptet wurde, auch hier betreibe die Gewerkschaftslinke eine verkürzte staatszentrierte Globalisierungskritik? Der französische Soziologe Pierre Bourdieu rief bekanntlich vehement zur Verteidigung des Staates gegen die Bedrohung von außen – das Finanzkapital – und von innen – dessen Komplizen – auf.

Die Antwort lautet: In der linksgewerkschaftlichen französischen Debatte, steht genau das im Zentrum, was in der Bundesrepublik bislang kein Thema ist: die zunehmende Entsolidarisierung zwischen den verschiedenen, von der Globalisierung betroffenen sozialen Gruppen, ihre Konkurrenz untereinander, hervorgerufen durch die permanente Angst vor sozialem Abstieg. Diese Konkurrenz sei das Mittel, so Bourdieu, mit dem der Neoliberalismus seine politische Hegemonie durchsetze. Sie beginne als Konkurrenz um Arbeit und setze sich als Konkurrenz in der Arbeit fort und drohe, als »wirklicher Kampf eines jeden gegen jeden« sämtliche Werte der Menschlichkeit und Solidarität zu zerstören. Das Resultat dieser Konkurrenz so Bourdieu weiter ist »Prekarisierung«. Im deutlichen Unterschied zur bundesdeutschen Debatte wird Prekarisierung in Frankreich nicht an einer – wenn auch wachsenden – Randgruppe von Lohnabhängigen festgemacht, sondern Prekarisierung ist ein Phänomen, das alle trifft, insbesondere auch diejenigen, die gesicherte Einkommen haben und daher glauben, verschont zu sein:

Wenn aber »Prekarisierung« als das entscheidende Resultat von Globalisierung, als Verschlechterung der Lebensbedingungen nahezu aller Bevölkerungsteile verstanden wird, dann wird der »Kampf gegen Prekarisierung« nicht nur zur prioritären, sondern – da nahezu »alle« von ihr betroffen sind – zugleich zur jeweils ureigensten Angelegenheit. Mit anderen Worten: Der gemeinsame Kampf gegen Prekarisierung, und damit gegen »neoliberale Globalisierung«, ist in diesen gewerkschaftslinken Kreisen oberste Maxime. Die sozialen Unterschiede bspw. zwischen Betriebsbelegschaften und Arbeitslosen sind nach dieser Betrachtung jeweils nur spezifische Ausformungen einer übergreifenden Gemeinsamkeit, nämlich der, von wachsender sozialer Unsicherheit durch »Globalisierung« betroffen zu sein. Das heißt nicht, dass es in den konkreten Auseinandersetzungen keine unterschiedlichen Kampfesstärken geben würde, doch die, für die bundesdeutsche Debatte skizzierte gedankliche Trennung zwischen potenziell kämpferischen Kernbelegschaften und versorgungsbedürftigen Marginalisierten findet sich hier in der französischen Diskussion nicht: Die Erfahrung der Pauperisierung »sozial Schwacher« ist zugleich die Konzentration dessen, was

die gesamte Bevölkerung unter den Bedingungen der Globalisierung erlebt, ihre Auseinandersetzungen daher exemplarisch für die eigene. So erfolgte die Unterstützung der »Sans Papiers« (der MigrantInnen ohne Aufenthaltspapiere) in ihrem Kampf um Legalisierung durch die Reformgeschwerkschaften »sud« nicht allein aus der Überlegung heraus, deren »Menschenrecht« auf materielle Absicherung geltend zu machen, sondern im Vordergrund stand zugleich der Gedanke, dass Illegale – zu Schwarzarbeit gezwungen – am stärksten Prekarisierten sind. Damit hängt eine dauerhafte Verbesserung der eigenen Situation durchaus davon ab, inwieweit der Kampf der Sans Papiers um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen, und das heißt in erster Linie Papiere, erfolgreich ist. Andere gewerkschaftliche Aktionen und Vernetzungen rekurrieren auf den Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und Lohndruck einerseits und Überarbeit, häufige Unfälle und zunehmende Krankheiten in den Betrieben andererseits.

Als weiteres Beispiel sei die Debatte um den »Öffentlichen Dienst« genannt, in der teilweise in spektakulären Aktionen eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Einstellungen, Lohnerhöhungen und eine kostenlose Versorgung für alle, einschließlich der Sans Papiers, gefordert und teilweise durchgesetzt wurde.

In solchen Überlegungen und praktischen Ansätzen wird auf den sozialen Zusammenhang zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen insistiert, um ihn für eigene gewerkschaftliche Ansätze nutzbar zu machen. Die »strukturelle Gewalt der Konkurrenz«, so heißt es, müsse umgekehrt werden in ein Erkennen der gemeinsamen Interessen, die in einer Abwehr der Verschlechterung und im Recht auf eine »Ökonomie des Glückes« bestünden.

... für neue Formen von Interessenvertretung ...

Wenn aber die Überwindung der Konkurrenz zur Bedingung für einen erfolgreichen Kampf gegen »Prekarisierung« und »Globalisierung« gemacht wird, ist es nur konsequent, die jeweiligen sozialen Auseinandersetzungen zuvorderst daraufhin zu befragen, inwieweit sie die unmittelbar eigenen Anliegen in einen Zusammenhang zu den Problemlagen anderer sozialer Gruppen und ihrer Kämpfe stellen. Mit anderen Worten: Übergreifende Solidarisierung wird zum zentralen Maßstab der Beurteilung von sozialen und gewerkschaftlichen Bewegungen. Bourdieu selbst hat dies vorgeführt, als er den großen Streik im Öffentlichen Dienst 1995 vehement unterstützte, weil – wie die Massendemonstrationen mit Arbeitslosen, Beschäftigten der Privatindustrie, Studenten usw. gezeigt hätten – die Streikenden nicht nur ihre, sondern zugleich die Interessen all jener formuliert hätten, auf deren Kosten der »Liberalismus« betrieben würde (Bourdieu 1995). Auch für die zwei Jahre später sich ausweitende und radikalisierende französische Arbeitslosenbewegung begeisterte sich Bourdieu, aber im Gegensatz zu anderen nicht, weil es um den »Einschluss« der Ausgestoßenen in die Gesellschaft ginge, sondern weil die Bewegung die Mechanismen der allgemeinen »Degradierung« der Arbeit durch Arbeitslosigkeit voranstelle – und also die Arbeits- und Lebensbedingungen aller Lohnabhängigen thematisiere (Bourdieu 1998).
Ein solcher Anspruch, der hier gegenüber gewerkschaftlichen und sozialen Bewegungen formuliert wird, hat organisatorische Konsequenzen: Namentlich gewerkschaftliche Interessenvertretungen müssten Form und Funktionieren radikal ändern, wollten sie dem Neoliberalismus ihre Solidarität entgegensetzen. Man müsse aus den »ouvieristischen« Organisationsansätzen ausbrechen und sich den sozialen Bewegungen zuwenden, man müsse völlig neu überlegen, wie sozialer Protest zu denken und zu organisieren sei (Bourdieu 1998).

Ganz ohne Zweifel formuliert Bourdieu solche Überlegungen unter dem Eindruck des Streiks von 1995 und den anschließend erstarkenden linksgewerkschaftlichen Organisationsansätzen. Dieser Streik war nämlich, wie Beteiligte, Kommentatoren und Wissenschaftler immer wieder feststellten, durch genau jenes Moment besonders gekennzeichnet: Dem Willen, die Kämpfe der verschiedenen sozialen Gruppen zusammenzuführen, was in Massendemonstrationen weit über die eigentlichen Streikgruppen hinaus, täglichen städtischen Vollversammlungen und einer Fülle von lokalen und regionalen Netzwerken bemerkenswert weit umgesetzt wurde. Die zweite herausragende Besonderheit dieses Streiks war, dass weitgehend »die Basis« Beginn, Verlauf und auch Ende der Auseinandersetzungen bestimmte. Entscheidungen über Aktionen, Forderungen und weiteres Handeln wurde verbreitet auf Vollversammlungen getroffen. Diese waren nicht nur Gewerkschaftsmitglieder-Versammlungen, sondern darüber hinaus »Bürger-Versammlungen«, mit all jenen, die sich in die Bewegung einzubringen gedachten. Ein solcher massenhafter »Wille der Basis, die Bewegung zu kontrollieren« (Martin 1998) übersetzte sich – nach Abklingen der Bewegung – nicht zufällig in einen bemerkenswerten Aufschwung von linksautonomen Gewerkschaften, insbesondere den »sud«-Gewerkschaften, die mittlerweile vor allem im Öffentlichen Dienst verankert sind.

Um »mit den Mitgliedern zu kämpfen, und nicht für sie« wurden in diesen Gewerkschaften eine Reihe von Prinzipien verankert: limitierte Befugnisse, Einkommen, Mandate für Hauptamtliche, ein Rotationsprinzip und generell die Kontrolle des – vergleichsweise kleinen – Apparats durch Regionen und Mitglieder. Vor allem nach 1995 kommt ein weiteres, grundlegendes Element für das Selbstverständnis dieser Basisgewerkschaften hinzu: Ganz im Sinne der Streikbewegung definiert sie sich nun als »Gewerkschaft der sozialen Transformation« – einer Gewerkschaft, die dem »Neoliberalismus« eigene Vorstellungen gesellschaftlicher Veränderungen entgegensetzen will und die dafür mit all jenen Kräften zusammenarbeitet, die ein gleiches Anliegen haben.

Die bemerkenswerte Zusammenarbeit mit den Arbeitslosen, den Sans Papiers, den Obdachlosen-, Frauen-, Umwelt- oder Bauernbewegungen besteht dabei nicht in formellen Zusammenschlüssen, Flugblattunterschriften oder materieller Unterstützung, sondern wird – wie schon das »tous ensemble!« des Streiks – durch eine Fülle von Arbeits- und Diskus-

sionsprozessen jeweils inhaltlich fundiert und hergestellt. Entsprechend den Lebenslagen und Bedürfnissen der Beteiligten werden mögliche gemeinsame Forderungen formuliert, umgekehrt aber auch Divergenzen festgestellt, um dann auf Basis der Gemeinsamkeiten politische Aktionen durchzuführen, wie die Verhinderung von Abschiebung illegaler Einwanderer, die Besetzung leerstehenden Wohnraums oder auch von Verkehrsmitteln (um kostenlosen Transport durchzusetzen), die Mobilisierung gegen Atomtransporte, die Verteidigung verfolgter nordafrikanischer Frauen oder auch die intensive Beteiligung an den »Europäischen Märschen gegen Arbeitslosigkeit und Prekarisierung«. Im deutlichen Unterschied zur bundesdeutschen Debatte, wo sich die Gewerkschaften, sofern es überhaupt zu einer Zusammenarbeit mit Bewegungen kommt, mehrheitlich als Avantgarde ansehen, betonen die französischen AktivistInnen den inhaltlichen Gleichrang der Anliegen und versuchen ihm durch enge Zusammenarbeit bei gleichzeitiger Souveränität aller beteiligten Kräfte zu genügen: Die sogenannte Autonomie sozialer Bewegungen ist spätestens seit der Arbeitslosenbewegung ein Grundpfeiler im Selbstverständnis dieses Aktivistenmilieus.

Doch innerhalb von gesellschaftlichen Verhältnissen, die sich dynamisch verändern und dabei zugleich die Konkurrenz zwischen den sozialen, ethnischen und geschlechtlichen Gruppen um materielle und geistige Wohlfahrt weiter verschärfen, kann die Suche nach gemeinsamen Interessenlagen nur erfolgreich sein, wenn sie nicht nur als demokratischer, sondern zugleich als permanenter Prozess konzipiert ist. Es geht um ein Gewerkschaftsverständnis, was beständig nach den Gemeinsamkeiten sucht. Dies beinhaltet, dass die einmal gebildeten Netze und Forderungsplattformen nicht als selbstverständlich und für immer gegeben angesehen werden können – ebenso wie das Prinzip der Basisdemokratie in den »sud«-Gewerkschaften – sondern über konfliktorische Auseinandersetzungen immer wieder neu definiert werden muss.

In der Tat ist in den letzten Jahren von gewerkschaftlicher Seite auch eine Rückkehr zum Alltagsgeschäft zu beobachten. So waren bspw. die Auseinandersetzungen um die 35-Stunden-Woche wieder vornehmlich durch betriebliche Kämpfe charakterisiert, ebenso wie in weiten Teilen die derzeitige Streikbewegung. Doch selbst wenn die sozialen Auseinandersetzungen wieder stärker auf dem »eigenen Terrain« stattfinden, und der übergreifende Zusammenhalt vor allem eine Sache gemeinsamer Demonstrationen und Meetings (bspw. zur Unterstützung von José Bové oder zu den internationalen Demonstrationen der »Antiglobalisierungsbewegung«) geworden ist, so kann die breite kollektive Erfahrung damit, dass »Gewerkschaft« etwas ganz anderes sein kann, als eine hierarchische »Massengewerkschaft« die sich vor allem auf »Kernbelegschaften« stützt, aus der gewerkschaftlichen Diskussionszusammenhängen nicht mehr weggedacht werden. Eine solche Erfahrung der Veränderbarkeit von Institutionen bleibt vielmehr umgekehrt nicht auf die Gewerkschaften beschränkt.

Von der Neudefinition von Gewerkschaften zur Infragestellung gesellschaftlicher Institutionen

Anders als in der Bundesrepublik ist die »Politisierung der Gewerkschaften« in dem hier skizzierten »linksgewerkschaftlichen« Teil der Debatte in Frankreich nicht als eine Rückkehr zu bewährter Gewerkschafts-

politik konzipiert, sondern als offener Prozess in dem die Formen der Interessenvertretung selbst zur Disposition stehen. Das heißt aber, dass die gewerkschaftlichen Institutionen den Ansprüchen und Vorstellungen der Lohnabhängigen (in ihrem Kampf gegen den Neoliberalismus) genügen müssen – und nicht umgekehrt. Und eben dieser Gedanke wird in der Debatte über gewerkschaftliche Fragen hinaus ausgeweitet. Es geht um ein »Recht auf Aufenthalt«, um ein »Recht auf soziale Sicherheit«, ein »Recht auf Partizipation«, ein »Recht auf Bildung«, einen »öffentlichen Dienst für alle«, ein »Recht auf saubere Umwelt«. An diesem Verlangen der »Bürger« – verstanden als: »alle Menschen«, unabhängig von ihrem formalen Bürgerstatus – nach Glück, Wohlstand und Lebenssinn müssen sich gewerkschaftliche Strukturen, aber auch Grundpfeiler der Gesellschaft, wie Staat, Recht oder »Wirtschaft« messen – und geraten also in prinzipielle Kritik.

Gesellschaftliche Sphären und Institutionen werden damit als veränderungsbedürftig konzipiert, entsprechend den ständig – in Gewerkschaften, Bewegungen, Diskussionskreisen und auch in attac – debattierten und sich entwickelnden Maßstäben eines »Rechtes auf

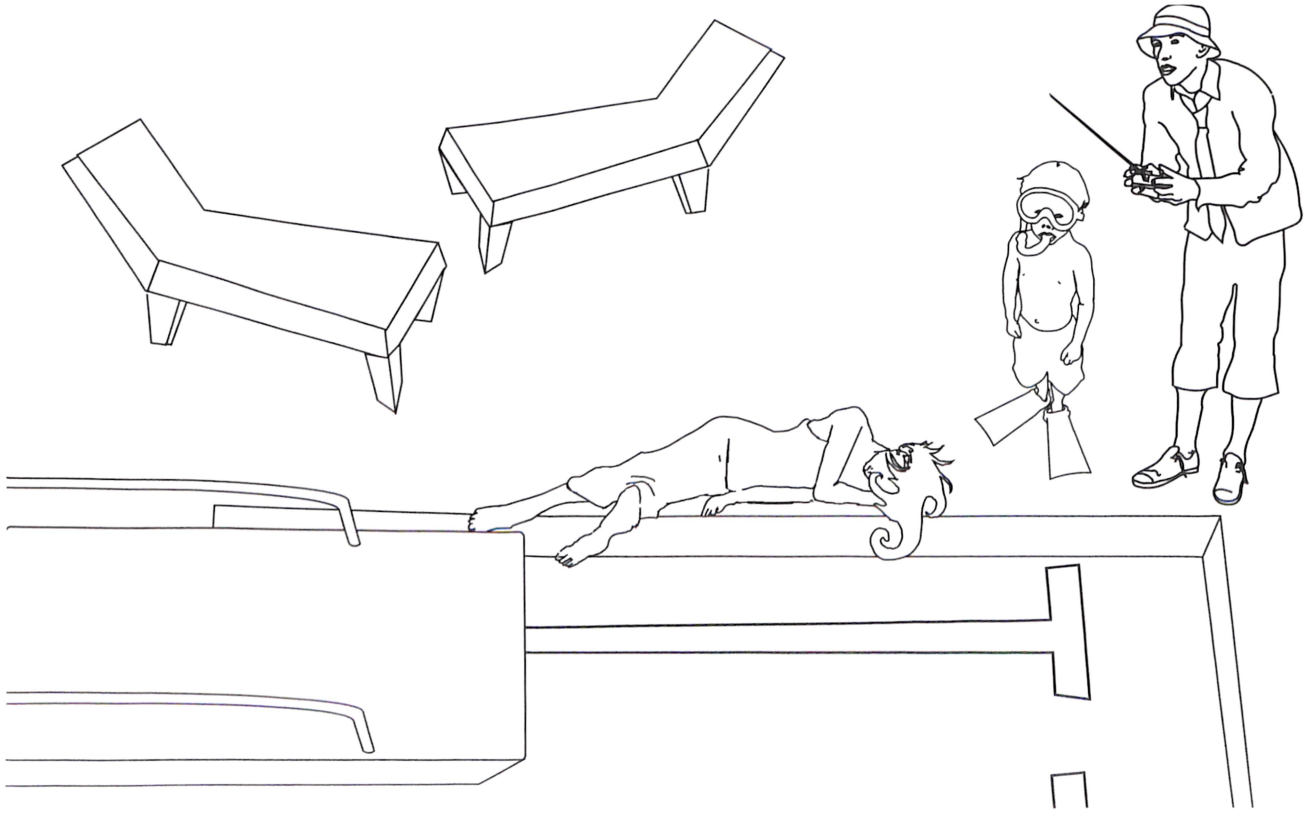
schönes Leben«. Nicht zuletzt von den Linksgewerkschaften werden so Vorstellungen von Selbstbestimmung, alternativen Lebens- und Gesellschaftsformen und einer anderen Art des Wirtschaftens über die bestehenden Verhältnisse hinausgetrieben – und damit an Überlegungen einer prinzipiell neuen, nachkapitalistischen Produktions- und Lebensweise überhaupt erst anschlussfähig.

Die Gegenüberstellung der französischen und der bundesdeutschen linksgewerkschaftlichen Debatten sollte nicht dazu dienen, letztere in »Sack und Asche zu hauen«. Auch die französische Diskussion hat aus kapitalismuskritischer Perspektive das Problem, Globalisierungskritik als Re-Regulierung einer vermeintlich »entfesselten« Ökonomie zu konzipieren und so nur ungenügend auf kapitalistische Verwertungszwänge einzugehen. Allerdings sollte die bundesdeutsche Gewerkschaftslinke zur Kenntnis nehmen, dass »Re-Regulierung« als offener, von den Lebensansprüchen der Bevölkerung ausgehender Prozess gedacht werden kann. Die Gestaltbarkeit der Gesellschaft – auf die ja die GlobalisierungskritikerInnen gegen die vermeintlichen Sachzwänge zu Recht insistieren – wird so ein von den Menschen getragener Prozess der sozialen Transformation und nicht ein politischer Strategiewechsel des Staates.

Stefanie Hürtgen

>texte<

<-> Béroud, Sophie / René Mouriaux: Le souffle de décembre. Le mouvement de décembre 1995. Continuités, Singularités, Portée. Paris
<-> Bischoff, Joachim / Richard Detje (1997): Die Ideologie der zweiten Moderne: Globalisierung. in: Pierre Bourdieu / Claude Debons / Detlef Hensche / Burkhart Lutz u.a.: Perspektiven des Protestes. Initiativen für einen europäischen Wohlfahrtsstaat. Hamburg
<-> Bourdieu, Pierre (1995): Combattre la technocratie sur son terrain. Rede vor streikenden Eisenbahnern am Gare de Lyon, Paris, am 12. Dezember 1995. zit. nach: http://www.homme-moderne.org/societe/socio/bourdieu/index2.html
<-> Bourdieu, Pierre (1998): Contre-feux. Propos pour servir à la résistance contre l'invasion néo-liberale, verschiedene Beiträge Paris ed. Raisons d'agir
<-> Coupè, Annick/Anne Marchand (ed.) (1998): Sud. syndicalement incorrect/Sud-Ptt une aventure collective. Paris
<-> Forum Gewerkschaften (2001): Jenseits von Modernisierung und Utopie. Zur Zukunfts- und Programmdebatte in den Gewerkschaften. Supplement der Zeitschrift *Sozialismus* Nr. 11
<-> König, Otto/Richard Detje (2002): Alphabetisierung – Der Kampf um die Köpfe. in: *Sozialismus* Nr 1, S. 28-29.
<-> Zinn, Karl Georg (1997): Globalisierung ist Mythenbildung. In: *Gewerkschaftliche Monatshefte*. Heft 4(1997); S. 251-256
<-> Zinn, Karl-Georg (2002): Die Globalisierung ist politisch gemacht. Interview mit Karl Georg Zinn in: *Junge Welt*, 29.06.2002, zitiert nach: http://www.jungewelt.de/2002/06-29/007.php



garip dünya

selbstgestrickt

Entleerte Zeit. Das Gerhartzer Programm

RANDGLOSSEN ZUM SPARDEITAG

Nichts öder als Schröders Reden nur zu lesen. Man muss schon an PHOENIX kleben, um ihre Wucht zu erfahren: Dann – vor der HörerInnenschaft – werden sie Teil einer Inszenierung, eines Unterwerfungsrituals. Wie in Frankreich und Österreich werden majestätisch Forderungen angemeldet – bei bescheidenster persönlicher Ausstattung. Notare der Notwendigkeit treten auf, die sich bei größter Willkür ihrer Setzungen nicht das Geringste abmarkten lassen ... Wenn schon Agent des Kapitals, dann wenigstens als Staatsschauspieler der Macht.

Schröders Reden sind Verkündungen, aber ohne Mitteilungswert. Nicht Neues soll vermittelt, sondern eine Denkform beigebracht, viel eher: eine andere abgewöhnt werden. Keiner verbietet strenger als Schröder, sich bei Begriffen das Herkömmliche zu denken. Etwa Gerechtigkeit: Auf keinen Fall besteht sie in Gleichbehandlung. Von Schröder interpretiert, verliert sie jeden Forderungscharakter. Sie ist lediglich »Teilhabe« manchmal auch »Teilnahme« oder »Anteilnahme«. Sie integriert durch Zwang. Und zwar ausnahmslos alle. Für niemanden soll es Ausschließung geben vom höchsten Gut: der Arbeit. Wo diese sich nicht ohne weiteres findet, wird sie von Staats wegen zugewiesen.

VOM MOTIVATIONS-RUCK ZUM ARBEITS-ZWANG-DRUCK

Viele beschwichtigen, es sei mit der »Agenda 2010« materiell gar kein so großer Einschnitt verbunden. Ein entscheidender Paradigmenwechsel liegt auf jeden Fall vor: im Verwerfen des Vertrags. Der Vertrag, die grundlegende bürgerliche Verkehrsform, wird durch gesetzlichen Druck ergänzt – wenn Arbeitslosen oder Auszubildenden eine Stelle aufgezwungen wird. Wie Karl Heinz Roth schon kürzlich bemerkte, verliert Marxens Rede vom »doppelt freien« Lohnarbeiter zunehmend ihr Recht. Richten sich die Arbeitsgerichte – wie zu erwarten – nach den geplanten Gesetzesänderungen, ergibt sich die Zuweisung an einen beliebigen Arbeitsort durch staatlich durchgesetzten Zwang. Herzogs Ruck-Rede hatte – vergeblich – noch auf Schwung, Entflammung, Begeisterung gesetzt. Die entfallen inzwischen zugunsten des nüchtern-beleidigten Appells an die »Gemeinschaft« und der gezielten Zwangsmaßnahme.

HUNDERTVIERZIG JAHRE OHNE EREIGNIS

Schröder kennt in seinen Reden keine handelnden Subjekte außerhalb der Partei, nur zu behandelnde. Das machte seine Rede zu »140 Jahren SPD« besonders deutlich. Als aktive Wesen durchwandern seine Vorstellungswelt nur Parteiführer und die Partei selbst. Jene, die Gewerkschaften und Partei einmal geschaffen hatten, als Mittel, um ihre Interessen durchzusetzen, dürfen nicht ins Blickfeld geraten. Für

Schröder stellt sich der Gang der Geschichte gerade umgekehrt dar: die Werte (Ziele) sind ewig. Sie bestimmen die Partei. Allerdings mussten andere Instrumente geschaffen werden, um diese Werte zu verwirklichen. Die Werte bleiben – krisensicher im Tresor verstaut. Als Instrument kann Verzicht auf Parität ihnen dann so gut dienen wie ihre Beibehaltung. Kein Wunder, dass bei dieser Betrachtungsweise keine Spaltung die Partei erschütterte, keine Krise sie berührte. Kein einziges Ereignis nennt Schröder, nur die Systeme, welche die Partei durchschritt. Trostlos diese unbewegte Starre! Schröder freilich garantiert sie sekundenlang Glanz der Nachfolge, nahtlose Kontinuität.

Solche wie ihn hat Franz Mehring vorausgesehen, als er im ersten und einzigen Kriegsheft der INTERNATIONALE seinen Aufsatz endete: Die logische Folge des Bruchs 1914 mit der Tradition »wäre eine nationalsoziale Arbeiterpartei, die sich mit dem Militarismus und der Monarchie versöhnt und sich mit demjenigen Maße an Reformen begnügt, das auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft für das Proletariat zu erreichen ist«. Das würde zur Not noch zur SPD bis Bad Godesberg passen. Mehring aber fährt fort: »Dagegen wäre es gleichbedeutend mit einer Vergiftung der Arbeiterbewegung auf unabsehbare Zeit, wenn der klaffende Riss, der die Gegenwart von der Vergangenheit trennt, mit tönenden Schlagworten verkleistert und vertuscht ... wird« (Franz Mehring: Gesammelte Schriften,Bd.15 Berlin 1977, S.666). Es gibt also noch etwas Schlimmeres als den bloßen Reformisten, nämlich den Reformisten, der vorgibt, die Revolution fortzusetzen, deren letzte Erinnerungsspuren er gerade totschlägt. Das ist Schröder. Wer sonst nichts hat, feiert Erinnerung. Nur dass ein solcher Rückgriff die Vergangenheit auslöffelt. Die lebenden Produzenten werden verdrängt. Der Gedanke der Produktion selbst soll nicht vorkommen. Wirtschaft, wie sie in den Parteireden verstanden wird, ist Management, Verkaufen, Zusammenfügen.

BERAUBTE ZUKUNFT

Kaum eine Rede Schröders, bei der nicht eine Schar verhärmter Kinder über die Rednerbühne humpelt. Unsere enteignete Nachkommenschaft. Ihre schwachen Schultern werden immer eigens betont. Woher der Jammer?

Wenn wir weiter Kredit aufnehmen, fressen wir denen die Butter vom Brot. Wir lassen ihnen kein eigenes Leben. Selbst der herkömmliche volkswirtschaftliche Unterschied zwischen Krediten zum Zweck der Produktion und denen zum Zweck der Konsumtion scheint nie gedacht worden zu sein. Wer über Hypotheken ein Haus baut und das den Kindern hinterlässt, wurde bisher selten auf eine Stufe gestellt mit dem, der per Überziehungskredit sich ein paar lockere Monate auf den Malediven verschafft. Der Fehler ist keiner der Logik, sondern einer des Willens zur Verdrängung. Würde auch nur die Möglichkeit zugelassen, an den potentiellen Reichtum der menschlichen Produktivkraft zu denken, könnte doch die Frage auftauchen bei solchen, die nicht alles vergessen haben: Und wie entfesseln wir diese Produktion? Das wieder würde stören – bei soldatischer Parteibegeisterung und der Verkehrung von Qual in Zwangslust: Es riss die Abgeordneten von ihren Sitzen. Stehend applaudierten sie minutenlang. Trotz all der liebenswürdigen Aufopferung für die Nachkommenden werden die Kindergärten, Schulen, Unis usw., die für die kommenden Generationen, zur Ausbeutung der oft erwähnten »Hirnbergwerke der Jugend« nötig wären, nicht gebaut. Im Selbstwiderspruch zeigt sich: alle Patentrezepte helfen dem Kapitalismus nicht mehr von dem Krankenbett, auf dem ihn am Ende der Weimarer Republik der Gewerkschaftsmann Tarnow schon sah. Der wollte, wie Schröder heute, schon damals nicht sein Totengräber werden, sondern sein Arzt. Man kennt den Ausgang der Erweckungsbemühungen. Und so entspricht die Leere dieser Zukunft der von Schröder stillgestellten Vergangenheit.

UND DIE GEGENWART?

Die Gegenwart der jetzt Anwesenden, Hörenden und Pflichtjubelnden kam in Schröders Parteitagsrede nicht vor. Für die jetzt Lebenden scheint es nur Sparen für die Zukunft zu geben. Darin enthüllt sich die Schwäche des ganzen Gedankengebäudes. Schröder geht es selbstverständlich ausschließlich um Gegenwart – die seine. Den nächsten Augenblick, die kommende Wahl ... An der Stelle, an der er selbst mit diesem Willen auftauchen sollte, präsentiert sich ein Vakuum. Denjenigen, die das mitbekommen, atomisiert, zerstreut, und weitgehend ohnmächtig, wie siee sind, gibt dieser Anblick zumindest eine Chance: die der Erkenntnis der Wahrheit in der Lüge. Derjenigen nämlich, dass Kapitalismus selbst von seinen Verteidigern nur noch so präsentiert werden kann – als Existenzform, der jeder Schein des Lebens ausgetrieben wurde, alle Aufschwünge, Entfaltungsträume und Überraschungen. Schröder, Chauffeur des Sachzwangs, fährt ein klapperndes Vehikel vor, das vor sich hin ruckelt, ohne Vergangenheit, ohne Zukunft und vor allem ohne Gegenwart.

Beitrag aus THEORIE PRAXIS LOKAL, FFM
Einblicke in den offenen Diskussionsprozess:
http://sozialistische-studienvereinigung.frankfurt.org

Verfassungsfeindlich Wohnen

NOMADISCH, RHIZOMATISCH, OFFENSIV OBDACHLOS

HE SIE ... ! Sie können hier nicht wohnen, das hier ist kein Wohnraum, weder Heim, noch Haus, noch Mietskaserne. Hier können Sie nicht stehen bleiben, packen Sie Ihre Gefährte und fahren Sie weiter; das hier ist kein Campingplatz, keine Landfahrerwiese und keine Kirmes. Wenn Sie keine Schausteller sind und kein Wanderzirkus, dann fahren Sie doch bitteschön woanders hin. Wir sind ja keine Unmenschen, wir gewähren und schützen durchaus jene Sonderrechte, die aus den demokratischen Verhältnissen erwachsen und in der Verfassung festgeschrieben sind; bestimmten ethnischen Minderheiten gestehen wir zu, keinen festen Wohnort zu haben, und manche Berufe erfordern es nun einfach, herum zu reisen. Und jeder kann bis zu drei seiner Wohnsitze angeben. All das ist gemäß unserer FDGO möglich. Wenn Sie aus der gesellschaftlichen Normalität herausfallen, sind Sie selbst schuld.

** wir sind Rhizom, leben, weben und verflechten uns: fahren hier- und dorthin, bereisen Städte, besuchen Freunde, finden neue Orte und Menschen; wir haben genug von Bäumen, von Hierarchien, von linearen Strukturen*

** wir sind herausgefallen und geblieben. wir haben genug von der Einsamkeit, vom Alleinsein, von der Unflexibilität enger Wohnungsmauern, vom Zwang, beständig hohe Summen Geldes zu erwirtschaften, um die Grundbedürfnisse zu decken, unsere ungesicherten Existenzen zu sichern. wir haben genug davon, unser Begehren zu kanalisieren, unsere Wünsche in Geldsummen zu fassen, unsere Wohnungen von anderen bauen und verwalten zu lassen ...*

IHR DA ...! Mit euch reden wir nicht; ihr seid uns schon viel zu lange ein Dorn im Auge gewesen. Es wird keine Verhandlungen geben, mit einem Kollektiv kann schließlich kein Mensch verhandeln. Und es wird keine Verträge geben; ihr würdet euch doch nicht daran halten. Und ohne Verträge habt ihr hier nichts zu suchen.

Hört zu. Das Gelände hier ist verseucht. Zu eurer eigenen Sicherheit und in 3TeufelsNamen müsst ihr hier weggehen, glaubt uns, es geschieht nur zu eurem Besten. Wohin? Das ist uns egal, aber, bitte, geht jetzt. Löst euch sofort in Luft auf! – sonst ist es aus mit unserer Geduld.

** beim Radio hast du viermal das Wort »Baumschatten« benutzt, sagen meine Mitbewohner und Freunde; vielleicht liegt´s am Sommer, sage ich ...*

Wie um Himmels Willen konnte das passieren? Wie kommen Sie plötzlich hierher, wo Sie die Polizei doch seit Wochen überwacht? Wir wussten von nichts. Was wollen Sie hier? Die Eigentümerin, eine Holding der Stadt Frankfurt, hat hier sowieso Anderes vor. Und: das hier ist nicht gut für Sie: es gibt intakte Gas-, Wasser- und Stromleitungen, und damit gefährden Sie sich zutiefst. Das wollen wir nicht. Sie müssen gehen. Und bringen Sie das Kleinkind hier weg – oder haben Sie etwa keine Angst vor der Polizei? Noch besser: wir nehmen Sie fest, um Sie aus dieser Selbstgefährdung zu retten. Dann sind Sie sicher.

** sicher sind wir uns nur in einem: wir bleiben zusammen, denn wir gehören zusammen, wir sind eins, so unterschiedlich wir sind; wir sind Nomaden, wir entziehen uns euren ordnungspolitischen Maßnahmen, manchen der sozialen Konventionen: zu bleiben / zu reisen, frei zu fluten, zu gehen oder zu bleiben, zu reden, zu schweigen, zu liebenhassen oder nicht – manchmal jeden tag woanders zu schlafen, und nie allein, manchmal wochenlang an einem ort zu sein, macht uns aus ... und auch: kollektiv zu wirtschaften, gemeinsam zu entscheiden, uns ökonomischer Puffer zu sein, feste emotionale Stütze und Freundesfamilie. Leben gemeinsam zu organisieren, schweißt zusammen; und das Politische daran: auch Freiraum für andere zu bieten, das eigene Wohnzimmer geöffnet zu halten für weitere Kreise und sozialer Mittelpunkt zu sein, Knoten, Knolle, Knorpel ...*

POSTSCRIPT

Am 22. Juli 2003 verlassen die Bewohnerlinnen »freiwillig« ihren Rödelheimer Wagenplatz, um (zivilrechtlich) den beachtlichen Räumungskosten und (strafrechtlich) Vorwürfen wie »Widerstand gegen die Staatsgewalt« zu entgehen und begeben sich auf eine Karawane durch die Stadt. Vom 2. bis 14. Juli 2003 hatten Innenstadtaktionen den Bekanntheitsgrad des Projektes gesteigert und die breite Anerkennung und Unterstützung von Passanten und

Presse aufgezeigt. Unter dem Motto »fantastic to be here« liefen viele kreative Aktionen und Performances von zivil ungehorsam bis kreativ aufmüpfig – und es wurde jene offensive Obdachlosigkeit geprobt, die als politisches Mittel für die Karawane eingesetzt werden sollte. Nur unter dem öffentlichen Druck einer symbolischen Römer-Besetzung mit den drei Gespannen der Karawane akzeptieren die Behörden 1 400 Unterschriften zu Gunsten des Projektes. Zahlreiche Presseartikel nehmen sich der Sache an und begleiten die weiteren Aktionen.

Am 26. Juli 2003 begeben sich einige FreundInnen und Unterstützer zur alten Polizeiwerkstatt in der Ginnheimer Straße 40, um exemplarisch auf deren Leerstand hinzuweisen und die Notwendigkeit von Verhandlungen aufzuzeigen, wohlwissend, dass mit gewaltsamem Widerstand seitens der Stadt zu rechnen ist. Sie beginnen, das Gelände zu beleben. Drei Tage später wird die Utopie zerschlagen. Die Reise geht weiter. Eine Leerstandskarte ist in Planung.

bea blau

[JETZT WIRD ÜBERALL GEWOHNT]

virtuelle wagenplätze auf: http//:freiraum.frankfurt.org und www.copyriot.com/platz und aktionsberichte auf: www.de.indymedia.org /2003/0757043.shtml und /57852.shtml und /57954.shtml. konventionell: www.wagendorf.de

DIE GEFAHR SEID IHR ALLE

In Frankfurt wie in vielen anderen Städten stehen Polizei- bzw. Gefahrenabwehrverordnungen für Ausgrenzun und Repression. Die Polizeiverordnung der Stadt Frankfurt soll nun abermals verschärft werden. Doch es besteht Uneinigkeit in den entscheidenden Gremien. Zudem regt sich Protest gegen die stetig repressiver werdende Innenstadtpolitik.

POLIZEIVERORDNUNG BEDEUTET NORMIERUNG UND AUSGRENZUNG ...

Die Polizeiverordnung der Stadt Frankfurt, die in vielen anderen deutschen Städten Entsprechungen unter dem Namen »Gefahrenabwehrverordnung« findet, dient der offiziellen Sprechweise nach zur Abwehr von Gefahren für die »öffentliche Sicherheit und Ordnung«. Doch der Blick in den Verordnungstext entlarvt die Stoßrichtung derselben: Was hier abgewehrt werden sollen, sind nicht etwa Gefahren für Leib und Leben der Stadtbewohner, sondern die Öffentlichwerdung von Symptomen gesellschaftlicher Disparitäten, verfehlter Wirtschafts-, Sozial- und Stadtpolitik, und das Öffentlichsein nicht der Norm des »braven Bürgers« entsprechender Verhaltensweisen. In diesem Sinne folgt dem Verbot bestimmter Verhaltensweisen bei Verstoß die polizeiliche Repression, die gewaltsame Vertreibung und Unterbindung.

... IN FRANKFURT UND ANDERSWO ...

In der geplanten Verschärfung der Frankfurter Polizeiverordnung geht es darum, Repressionen gegen so genannte soziale Randgruppen auszuweiten. Dazu soll die seit 1994 bestehende – und 1998 und 1999 geänderte – »Polizeiverordnung« ausgeweitet werden. Zusätzlich zu den schon bestehenden Repressionen soll jetzt auch das »Lagern und Verweilen« auf Fußgängerzonen, in Einkaufspassagen etc. verboten werden, außerdem das Nächtigen im Freien, auf Straßen und in Grünanlagen und das Trinken alkoholischer Getränke, wenn hierdurch andere Personen »gefährdet« werden. »Aggressives Betteln« soll nun pauschal untersagt werden. Das Hütchenspielen soll verboten werden. Des weiteren wird der Bereich der Geltung der Polizeiverordnung erweitert auf alle »von Straßen, Grün- und Spielanlagen oder unterirdischen Anlagen einsehbaren und unmittelbar frei zugänglichen Haus- , Geschäfts- und Grundstückseingänge.«

Es ist klar, worum es geht: Soziale Ausgrenzung und Vertreibung soll wieder einmal offensiv voran getrieben werden und somit dem »Zero-Tolerance«-Konzept für Frankfurt das Wort geredet werden. Jeder in der Innenstadt vorhandene öffentliche Raum soll staatlicherseits vollständig kontrollierbar, jede Form »störender« Handlungen sanktionierbar sein. Frankfurt ist in dieser Hinsicht paradigmatisch für Entwicklungen in vielen anderen Städten.

... REGT SICH PROTEST DAGEGEN

In Frankfurt hat sich gegen das Vorhaben, die Polizeiverordnung weiter zu verschärfen, ein Bündnis aus mehreren Gruppen und Einzelpersonen gebildet, das neben Kreativaktionen und Flugblattverteilen in

der Innenstadt eine Demonstration vor dem Römer organisiert und die Stadtverordnetenversammlung »kritisch begleitet« hat. Weitere kreative Polit-Aktionen von verschiedenen Initiativen sind in Planung. Auf der Ebene der städtischen Gremien hat es auch deswegen einigen Wirbel gegeben. Zudem haben die bisher in die Verhandlungen über die Ausgestaltung der Polizeiverordnung einbezogenen Kirchen Position gegen einen großen Teil der geplanten Verschärfungen bezogen, so dass sich eine Entscheidung über die Verschärfung der Verordnung, die nun wieder vollständig auf die parlamentarische Ebene verlagert ist, bis nach der Sommerpause hinziehen dürfte. Zeit genug, um aus Protest, z.B. in großen Gruppen in Fußgängerzonen oder am Main, bis spät in die Nacht laut Musik zu hören, Stöffsche zu trinken, Hütchen zu spielen und all das zu tun, was verboten werden soll.

Alexander Wagner

Nichtbestimmungsgemäßes Verweilen

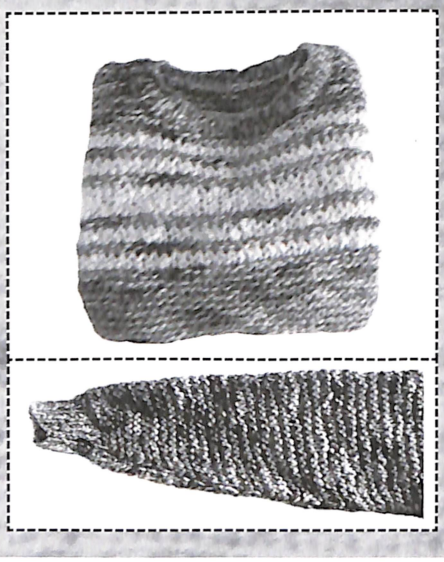
Bahnhof Leipzig, 22. Juni 2003, 18:35 Uhr: Wie von Geisterhand beginnen weit über 400 Menschen gleichzeitig am Leipziger Hauptbahnhof dieselben Gesten auszuführen. Sie zeigen in den Himmel, als seien überall die Anzeigetafeln für die Abfahrt der Züge, hocken sich gleichzeitig nieder, um sich die Schuhe zuzubinden, breiten die Arme aus, als seien sie lebendige Verbotsschilder. Dann beginnen sie bei dieser »Übung in nichtbestimmungs-gemäßem Verweilen« die Hausordnung zu übertreten: Aus der Geste, die Hand zur Begrüßung zu reichen, wird durch eine kleine 90°-Drehung der Hand die Geste des am Bahnhof verbotenen Bettelns.

Die BesucherInnen, die meist, ganz der Funktionalität des Raumes entsprechend, entweder shoppen oder reisen wollen, sind sichtlich irritiert. Nicht wenige fragen die Agierenden, was sie dort tun. Diese nehmen an einem Radioballett der Hamburger Gruppe LIGNA teil, dessen Choreographie auf der Frequenz des freien Radios Radio Blau ausgestrahlt wird. Sie versuchen mit ihrer Teilnahme, den Bahnhof für eine Zeit lang wieder als öffentlichen Raum herzustellen: »Der Raum ist öffentlich, wo er unkontrollierbar wird«, ist aus den Radios zu vernehmen. »Das Radioballett erzeugt eine unkontrollierbare Situation«. Tatsächlich haben die Wachleute für die Zeit des Radioballetts die Situation nicht unter der üblichen Kontrolle. Viele Passanten schließen sich spontan den verbotenen Gesten an: Als am rauchfreien Bahnhof in allen Ecken Zigaretten von den TeilnehmerInnen angezündet werden, ist dies eine willkommene Einladung. Kontrolliertes Verhalten, das an Bahnhöfen inzwischen »normal« ist, erscheint plötzlich wieder als abweichend – normal werden all die verdrängten und vergessenen Gesten und Verhaltensweisen, weil sie massenhaft zerstreut ausgeführt werden.

Die Bahn hatte zwei Tage vorher versucht, das Radioballett zu verbieten: Es sei nicht genehmigt worden. Die Radiogruppe LIGNA vom Freien Sender Kombinat in Hamburg hatte die Bahn jedoch schon lange vorher informiert: Ihrer Ansicht nach musste das Radioballett – anders als eine Versammlung im Bahnhof – nicht genehmigt werden, denn das Radioballett ist eine Zerstreuung. Entsprechend wurde unbeeindruckt dazu aufgefordert, zum Bahnhof zu kommen und gegen die Kontrollierung, Privatisierung und Zonierung öffentlicher Räume gestisch zu protestieren. Die Bahn konnte ihr Verbot nicht durchsetzen. In aller Ruhe setzten und legten sich die fast 500 Leute auf den blankpolierten Boden, spielten Kinderspiele und tanzten selbstvergessen zur Musik.

Für die Dauer des Balletts konnten so Gesten kollektiv eingeübt und erinnert werden, die jeder und jedem allein unmöglich gewesen wären. Nach dem Ende des Balletts, das spontan bejubelt wurde, stellt sich weiterhin die Frage, wie sich die fortschreitende Kontrollierung des Alltags, für die die Situation am Leipziger Bahnhof nur prototypisch ist, aufhalten lässt: Der öffentliche Raum als Ort politischer Artikulation, darauf hatte das Leipziger Bündnis gegen Rechts schon vor drei Jahren in der bundesweiten Kampagne *Save the Resistance!* aufmerksam gemacht, wird mehr und mehr eingeschränkt. Revolutionen sind nach einem Wort Walter Benjamins Notbremsen gegen die rasante Entwicklung des Kapitals – im Radioballett wurde die Notbremse zumindest gestisch schon einmal gezogen.

Sonja M. Fehler



Angegriffene Traditionspflege

Inmitten der bayrischen Voralpen, malerisch eingeschlossen zwischen Karwendel- und Wettersteingebirge liegt das stille Örtchen Mittenwald mit seinen beiden großen Kasernen in denen 2000 sogenannte »Gebirgsjäger« stationiert sind. Wie jedes Jahr seit 1952 treffen sich dort zu Pfingsten die alten Nazihelden der in Mittenwald ausgebildeten Divisionen gemeinsam mit Offizieren und Soldaten der Bundeswehr auf dem Bundeswehrgelände hinter der großen Karwendelkaserne um ihrer, in den beiden Weltkriegen gefallenen »Kameraden« zu gedenken.

Die Karwendelkaserne wurde erst 1995 nach großen öffentlichen Protesten umbenannt, nachdem sie jahrzehntelang den Namen des Nazi-Generalmajors und Gebirgsjägers Ludwig Kübler – auch bekannt unter dem Beinamen »Bluthund vom Lemberg« – trug. Noch heute werden dort die »Leistungen« der Vergangenheit gefeiert und voller Stolz erleben die greisen Wehrmachtsveteranen, dass Bundeswehrsoldaten in SFOR- und KFOR-Einheiten jüngst wieder auf dem Balkan kämpfen, wo sie selbst vor 60 Jahren wüteten. Bis heute leugnen sie die von ihnen begangenen Massaker und Zerstörungen während des zweiten Weltkrieges.

Einheiten dieser in Mittenwald ausgebildeten »alpinen Elitetruppe« verübten im 2. Weltkrieg zahlreiche Massaker an der Zivilbevölkerung in den von der Deutschen Wehrmacht besetzten Gebieten, so z.B. in Griechenland, Italien, Frankreich, Finnland, Jugoslawien, Polen, Albanien und der ehemaligen Sowjetunion.

»AN DIE GEWEHRE, AN DIE GEWEHRE, KAMERAD, DA GIBT ES KEIN ZURÜCK«
(Gesungen bei einer Gedenkveranstaltung dieses Jahr in Griechenland zu Ehren ihrer toten Kameraden)

Die Militärfeierlichkeiten werden vom »Kameradenkreis der Gebirgsjäger« organisiert und gelten mit ihren ca. 8.000 ehemaligen und aktiven Soldaten als die größte Soldatenfeier der BRD. Die ermordeten Opfer finden in diesen Heldengedenken selbstverständlich keine Erwähnung.

Stoiber beschrieb die Treffen der Gebirgsjäger als »unangreifbare Traditionspflege«. Diese dient einerseits der nachträglichen Legitimation der in den 40er Jahren verübten Verbrechen, zielt gleichzeitig aber auch ab auf jüngere Gebirgsjägereinsätze der Bundeswehr, u. a. im Kosovo und jüngst in Afghanistan; meint sowohl die historische Seilschaftenpflege der Kameraden als auch den Einsatz von Bundeswehr-Elitetruppen im Ausland. Beim letztjährigen Pfingsttreffen kam es immerhin zu Ermittlungen der Staatsanwaltschaft, weil einige ehemalige Tiroler Wehrmachtsveteranen stolz ihre Hakenkreuzorden trugen – das Verfahren wurde jedoch wegen Geringfügigkeit eingestellt. Obwohl die von den Gebirgsjägern verübten Massaker zu den schlimmsten Kriegsverbrechen der Wehrmacht zählen und die Namen der Täter mittlerweile längst bekannt sind, wurden sie bis heute nicht zur Verantwortung gezogen – und dies hat Tradition: Schon in der Entnazifizierungsphase direkt nach '45 sollten die Kriegsverbrechen der Wehrmacht aus den Nürnberger Verurteilungen herausgehalten werden; es wurde eine strategische Trennlinie gezogen, zwischen einer »guten Wehrmacht«, die als eine der Kriegsparteien nur ihre Pflicht tat, und einer – wenn sich Verbrechen beim besten Willen nicht mehr leugnen lassen – allein verantwortlichen SS. Ein Grund war die Absicht, mit der Bundeswehr eine neue Armee in der jungen BRD aufzubauen. Die »Sachkenntnis« der alten Wehrmachts-Offiziere wurde hier geschätzt; kaum einer der Nazi-Kommandanten wegen Kriegsverbrechen zur Rechenschaft gezogen; die meisten konnten ihre Wehrmachtskarriere bruchlos in der Bundeswehr fortsetzen.

Bereits in den 60er Jahren versuchten Überlebende beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe Entschädigungsforderungen geltend zu machen und die Täter anzuzeigen. Dies jedoch ohne Erfolg. Auch der Justizapparat war größtenteils noch mit Personen besetzt, die bereits im Nationalsozialismus in ihrem Beruf tätig waren. Nun konnten durch jahrelange Recherchen der VVN neue Beweise zusammengetragen werden, die unter anderem aus der monatlich erscheinenden Gebirgsjägerzeitschrift »Die Gebirgstruppe« herausdestilliert werden konnten. In schöner Regelmäßigkeit brüsten sich dort und auf dem Mittenwalder Pfingsttreffen Veteranen damit, an welchen Orten sie damals ihre »Heldentaten« verübten.

Pfingsten 2002 wurde zum ersten Mal und zur großen Überraschung der »Kameraden unterm Edelweiß« die traditionelle Mittenwaldfeier von AntifaschistInnen gestört, welche inmitten der Feierlichkeiten für die deutschen »Helden« zu einer Gedenkminute für deren Opfer aufforderten. Die Aktion endete im Tumult und mit Tritten und Schlägen für die DemonstrantInnen.

»DA STELLEN WIR EINE BÜRGERWEHR AUF UND HAUEN SIE RAUS – DIE KRÜPPEL«

(O-Ton eines Kameraden einer NDR-Moderatorin gegenüber während der Feier am Hohen Brendten)

Öffentlicher und breiter wurde zum diesjährigen Mittenwalder Pfingsttreffen ein Hearing als Gegenveranstaltung mit anschließender Demo und Mahnwache veranstaltet, gemeinsam organisiert von der »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten« (VVN/BdA), dem AK Distomo sowie dem AK Angreifbare Traditionspflege aus Wuppertal. Zum ersten Mal in der Geschichte kamen Opfer der Edelweiß-Gebirgsdivision nach Mittenwald, um die Täter mit ihren Taten zu konfrontieren.

Anlass war vor allem, die noch lebenden Täter rechtskräftig zu bestrafen, ebenso wie den Entschädigungsforderungen der Opfer Nachdruck und Öffentlichkeit zu verleihen. Dies nicht zuletzt auch als Zeichen gegen die nach '45 in Deutschland hegemonial gewordene Kultur des Vergessens und Tradition der Lüge: Erinnert sei nur daran, wie schwer verdaulich etwa die Wehrmachtsaustellung für die Mehrheitsgesellschaft war und wie bereitwillig der von Walser und anderen angestoßene antisemitisch konnotierte Normalisierungsdiskurs aufgegriffen wurde.

Etwa 300 AntifaschistInnen jeder Altersstufe waren der Gegenveranstaltung ins touristische Mittenwald gefolgt. Schon auf der Anfahrt kam es zu Schikanen der Polizei, welche die Busse akribisch durchforstete und etwa Flugblätter und Transparentstöcke beschlagnahmte, deren Umfang oder Länge nicht der Bayernnorm entsprachen.

Die anschließende Demonstration durch die bayrische Provinzstadt sorgte bei den zum großen Teil vom Alpentourismus und dem Kasernenstandort lebenden BewohnerInnen für einige Irritation: Kleine Scharmützel, Hitlergrüße am Straßenrand, Pöbeleien, dass dieser Aufzug nur Steuergelder verschlucke und die Aufforderung, dass die DemonstrantInnen sich »zum Teufel scheren« sollten, bzw. »vergast gehörten« prägten das Bild. Es gab nur einzelne und leise Stimmen, denen zumindest die Präsenz der Soldaten im Stadtalltag missfiel.

»... ES WAR EIN KLEINES EDELWEIß, EIN KLEINES EDELWEIß ...«

(Gebirgsjägerhymne, gesungen 2003 am Hohen Brendten)

Auch die Mahnwache auf dem Weg zum Hohen Brendten, eine Kundgebung mit Lautsprecherverweisen auf die Namen der Täter von Kephallonia und Distomo, mit Partisanenmusik untermalt, war für viele der vorbeiziehenden Gebirgsjäger und ihrer Gattinnen Anlass zu spontanen Hitlergrüßen und verbalen Ausbrüchen.

»Die Traditionspflege stellt die Würdigung schwerster Verbrechen dar«, so Ulrich Sander, der Sprecher der VVN-BdA. Derweil klagte der Organisator des Kameradenkreises, Coqui, dass die »Medien kommen, seit linke Demonstranten Krawall machen«. Sie störten die »schöne Veranstaltung,... die größte ihrer Art mit Fahnenabordnungen, Ehrensalut, mit Feldgottesdienst, Ehrenwache und Bayernhymne«. Es sei eine Zumutung, dass die diesjährig sprechenden Pfarrer »so ein Allgemeindenken« daraus machten. Ein Veteran untermauert diesen Ärger mit den Worten: »Wenn ich in Griechenland bin, dann denke ich dort über die Opfer nach. Wir sind hier aber bei uns«.

So wenig Platz am Pfingstsonntag in den Militärgottesdienstreden für die Opfer war, so ergriffen wurde am Pfingstsamstag einem »treuen Kameraden« der »Ehrengruß« gegeben: ein Maulesel-Denkmal wurde vor der Kaserne feierlich eingeweiht.

»WIR HABEN IN DEN LETZTEN 60 JAHREN DER WELT GENUG UNSERE REUE GEZEIGT«

(O-Ton eines Reserveoffiziers an Pfingsten auf dem Hohen Brendten)

Überlebende von Distomo fordern seit Jahren Entschädigungszahlungen. Ein griechisches Gericht fällte vor 3 Jahren ein Urteil, welches die BRD als Rechtsnachfolgestaat zu damals 56 Mio. DM verpflichtete. Nach langen Verzögerungen gab es nun im Juni diesen Jahres ein Urteil: Das zuständige deutsche Gericht lehnte jede Zahlung mit dem formalen Verweis auf die »Staatsimmunität« ab, nach der nur Staaten gegen Staaten, nicht aber Privatpersonen gegen Staaten klagen können. Als Voraussetzung für eine Entschädigung und eine Verfolgung der Täter müsste die Tat als Verbrechen anerkannt werden. Aber bereits in einem Brief aus dem Jahr 1995 stellte sich die deutsche Regierung deutlich auf den Standpunkt, dass das Massaker an der Zivilbevölkerung von Distomo kein Verbrechen, sondern vielmehr eine reguläre »Maßnahme im Rahmen der Kriegsführung« gewesen sei.

nomadenheinzel und streuobstwiese

www.nadir.org/nadir/kampagnen/mittenwald
www.geocities.com/hellasunterdemhakenkreuz
www.nrw.vvn-bda.de
www.kamkreis-gebirgstruppe.de

INDETERMINATE!

KOMMUNISMUS. INTERNATIONALER KULTURKONGRESS
7.-9. 11. 2003 IN FRANKFURT AM MAIN

Dass die bestehende Gesellschaft nicht das natürliche *happy end* der geschichtlichen Entwicklung ist, sondern aus vielen guten Gründen überwunden werden muss, ist klassischer Bestandteil emanzipatorischer Philosophie und Politik, emanzipatorischen Kunst- und Kulturschaffens. Noch immer, aber anders, gilt die kritische Erkenntnis, dass der Kapitalismus diejenigen Qualitäten zugleich bereitstellt und blockiert, die eine freie und gerechte Gesellschaft virtuell ermöglichen. Gegen die Gewalt der aktuellen Postpolitik wird hier vorgeschlagen, sich dieser Erkenntnis durch eine neue große Geste zu vergegenwärtigen: Verstanden als Überwindung und Negation kapitalistischer Vergesellschaftung bleibt der Kommunismus handlungsanleitender Bezugspunkt kritischer Theorie.

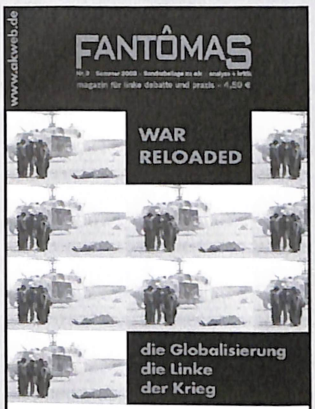
> »Der Kommunismus ist für uns nicht ein *Zustand*, der hergestellt werden soll, ein *Ideal*, wonach die Wirklichkeit sich zu richten haben [wird]. Wir nennen Kommunismus die *wirkliche* Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt. Die Bedingungen dieser Bewegung ergeben sich aus der jetzt bestehenden Voraussetzung.« (Karl Marx: Deutsche Ideologie)

Ausgehend von einer Analyse der veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse eines postmodernen Kapitalismus sollen gegen ein »Ende der Politik« diskursive Freiräume für ein Nachdenken über grundlegende gesellschaftliche Alternativen eröffnet werden. Ziel ist es, durch theoretische Auseinandersetzungen und vielfältiges künstlerisches Arbeiten mit dem Bezugspunkt »Kommunismus« die »Systemfrage« in postkonventioneller Hinsicht wieder in das öffentliche Bewusstsein zu rücken, ohne jedoch dabei von der Suche nach emanzipatorischen Eingriffspunkten für eine kapitalismuskritische Praxis auch diesseits einer globalen Überwindung des Kapitalismus zu entlasten. Der Bezug zum Begriff »Kommunismus« wird hierbei in Abgrenzung zu orthodoxen marxistischen Theorietraditionen oder zum real-existierenden Sozialismus in Ermangelung eines besseren Begriffs für eine noch nicht näher definierte fundamental andere gesellschaftliche Assoziation zum Zwecke der Provokation und des Denkanstoßes verstanden. Die zahlreichen Verfehlungen historischer kommunistischer Versuche reflektierend, ist es heute der Kommunismus, der sich zum Platzhalter der Errungenschaften des Liberalismus macht. Die einsame Stunde der letzten Instanz schlägt nie: Die Evidenz der Aktualität des Kommunismus speist sich auch außerhalb der klassischerweise als »Ökonomie« verstandenen Sphäre etwa aus den Topics Geschlechterverhältnisse, Postkolonialismus, Biotechnologie, Gedenkpolitik oder der Demokratietheorie.

Sich von einem agitatorischen, funktionalitischen Verständnis von Kunst und Kultur verabschiedend, benachbart dieser Kongress sowohl diskursive als auch kulturelle Bearbeitungsformen des Themas »Kommunismus«. Stattfinden wird sowohl ein inhaltlich-theoretischer Teil, der in relativ »klassischer« Weise Panels, Foren und Arbeitsgruppen beinhaltet, als auch ein kulturell-künstlerischer Teil, der vielfältige Ausdrucksformen wie Filmvorführungen, Performances, Theateraufführungen, Konzerte, Lesungen, bildende und Videokunst und Installationen umfasst. Dabei wird die Trennung von »Politik / Theorie« und »Kunst / Kultur« in ihrer Institutionalisierung kritisiert und in ihrem Material korrigiert.

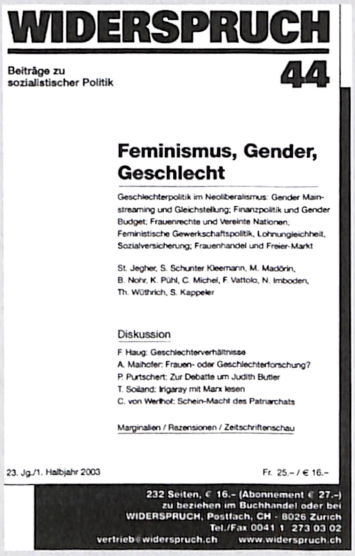
»Indeterminate!« ist ein Aufruf, Determinismen zu zerlegen. Das Unmögliche zu versuchen. Sich alles nochmal genau zu überlegen. Selbst zu entscheiden. Geschichte zu gefährden.

Infos, Anmeldung & Diskussion:
http://www.demopunk.de
http://www.kommunismuskongress.de



Themen: Friedensbewegte Frontlinien
Kriege am Beginn des 21. Jahrhunderts
churkenstaaten und gefährliche Klasser
ystematische sexuelle Gewalt in Krieger
er Irakkrieg und die Debatte um Empir

Preis: 4,50 € + Porto (per Rechnung)
oder 5 € Schein beilegen
(Fantômas ist im ak-Abo enthalten)
Bestellungen an: fantomas@akweb.de
ak, Rombergstr. 10 · 20255 Hamburg
Tel.: 040-40170174 · Fax: 40170175



232 Seiten, € 16.– (Abonnement € 27.–)
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, CH - 8026 Zürich
Tel./Fax 0041 1 273 03 02
vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

Waffenstillstand mit der Friedensbewegung?
Welcome to the War. Krieg, Kino, Science Fiction
Was vom Kriege übrig bleibt
Generation Tabubruch. Die neue Linke im Libanon

In jedem gut sortierten linken Buchhandel erhältlich
Einzelpreis 4 Euro; erscheint 3-4x im Jahr
Probeheft gegen 2 Euro in Briefmarken
Bestellungen und Infos: c/o Buchladen Schwarze Risse,
Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin, arranca@nadir.org,
awww.nadir.org/arranca

Antifaschistisches Blatt
Info Neu
Nr.59 | 2/2003

Schwerpunkt
Rechtspopulismus

NS-Szene
Das Verbot der NPD

Geschichte
FDP: Braune Vergangenheit

Antifa
Die Trennung der AAB

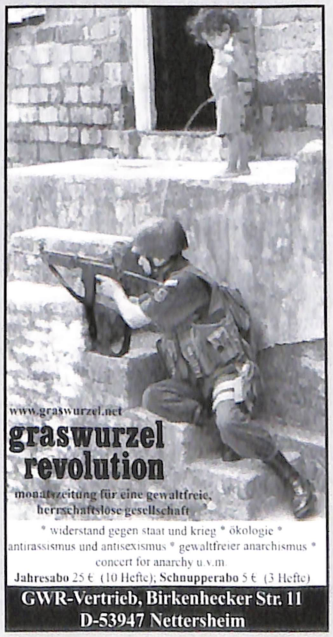
und vieles mehr...

Kostenloses Probeexemplar:

Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin

e-mail: aib@mail.nadir.org
web: www.nadir.org/nadir/periodika/aib

Einzelexemplar 3,10 Euro
Abo 15,50 Euro (fünf Ausgaben)



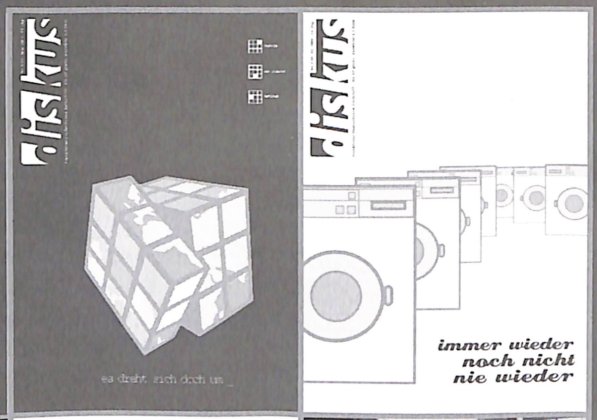
GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11
D-53947 Nettersheim

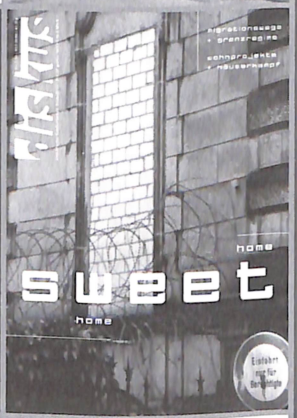
el rojito
Sandino-Kaffees aus Nicaragua

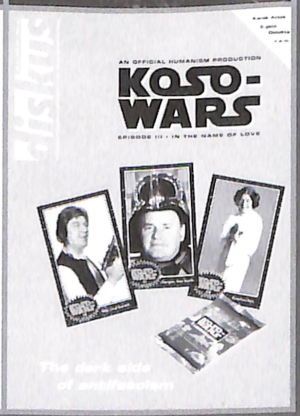
Fon: 040/390 68 98
E-Mail: kaffee@el-rojito.de
www.el-rojito.de

Abo? Backissues?

Alte Ausgaben gibts für die Portokosten, das Abo mit 4 Ausgaben für 5 Euro in Briefmarken oder Scheinen bei: diskus · Mertonstraße 26–28 · 60325 Frankfurt/Main · *Rabatte auf Anfrage*

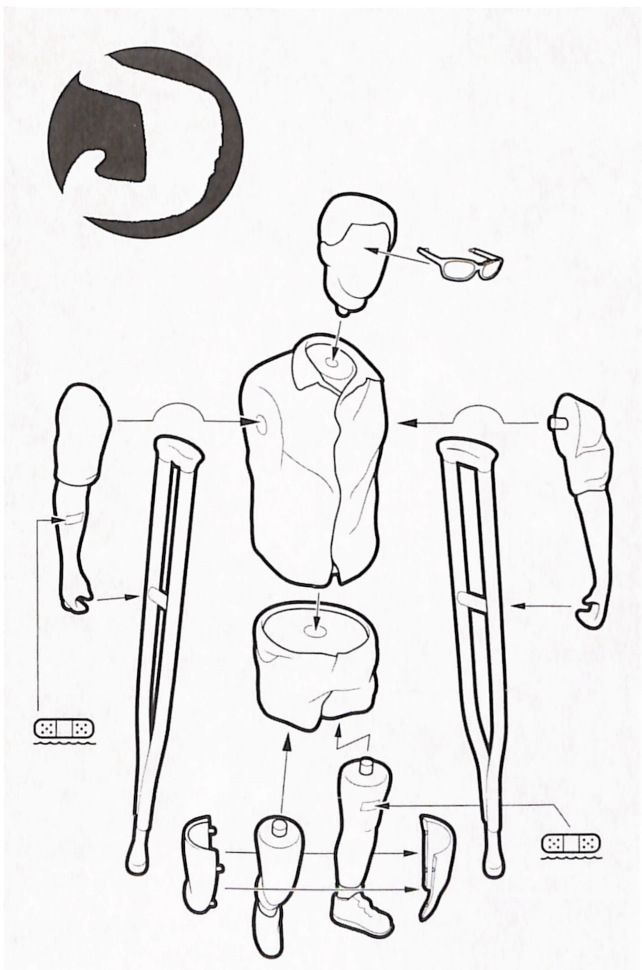






Jungle World

Die linke Wochenzeitung



Probe-Abo

☐ Ich möchte die Wochenzeitung *Jungle World* jetzt 5 Wochen lang für nur 10 Euro testen.

Das Abo verlängert sich nicht automatisch. Einen Zehneuroschein oder einen Scheck habe ich beigelegt.

name

vorname

straße, nr.

plz, ort

diskus

Jungle World · Bergmannstr. 68 · D-10961 Berlin

JUNGLE-WORLD.COM

impressum

diskus · Frankfurter StudentInnen Zeitschrift
Heft Nr. 1.03 · August 2003 · 52. Jahrgang

Anschrift: Mertonstr. 26 – 28 · 60325 Frankfurt

Tel: (069) 79828912 · Mittwochs 20 – 22 Uhr

Fax: (069) 702039

E-mail: diskus@copyriot.com

Webarchiv: www.copyriot.com/diskus

HerausgeberInnen: Katrin Amelang · Dietmar Flucke · Wolfgang Kim Hörbe · Alexandra Rau · Bernadett Settele · Stefan Trenkel

Redaktion: Bini Adamczak · Katrin Amelang · Dietmar Flucke · Oliver Groß · Oliver Schupp · Bernadett Settele · Stefan Trenkel

Bilder: Cover: be settele/p kybert.
Text: 1 d flucke 2 oli/ikey/be 3 uli goll 4 flo maak 5 uli goll. Subtext: d flucke, oli, be/p. Bildstrecke: p kybert. Posttext: oli

dtp: hot_oven : dtp : schupp*settele

Druck: Imprenta, Obertshausen

Auflage: Achttausend

Erscheinungsweise: Vierteljährlich

Preis: Bis Offenbach gratis – auswärts 2,5 Euro

Namentlich unterzeichnete Beiträge liegen in Verantwortung der AutorInnen.

Fotokopien
Digitaldruck
Konfektion

Kopier Werk
FRANKFURT

Alles andere sind nur Kopien!

Buchkopien
Einzugskopien
Digitalkopien
Farblaserkopien
Overheadfolien
Farbfolien

Leimbindung
Spiralbindung
Wire-O-Bindung
Bucheinband
Bindematerial
Laminierungen
Mousepads

Wir vervielfältigen und binden auch Eure Diplomarbeiten und Dissertationen in überzeugender Qualität zu fairen Preisen. Holt Euch ein Angebot ein.

Kopierwerk GmbH
Adalbertstraße 21a
60486 Frankfurt am Main
Fon: 069 / 707 607 44
Fax: 069 / 707 607 45

Öffnungszeiten
Mo - Fr 8.30 - 20.00 Uhr
Sa 9.00 - 14.00 Uhr

Muzial – statt – staat